

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis vordemnach:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Illustration Sonntag-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnements-Preis 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisklasse. Unter Preisband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Kurland, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interfions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgepostete Rollen-
 zeile oder deren Raum 50 Pf. für
 vollstellige und gemeinschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste Zeit-
 gebäude Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellungs- und Schlo-
 ssen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 4. Mai 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der preußische Knutenkurs am Pranger.

Die sozialdemokratische Interpellation über die Ausweisungspraktiken der preussischen Polizei gegenüber russischen Staatsangehörigen beschäftigte heute den Reichstag. Wie zu den Zeiten des Sozialistengesetzes sah die Polizei wieder einmal auf der Anklagebank, und die wuchtige Anklagerede des Genossen **Webel** deckte in Sensation erregender Weise Handlungen der Polizei auf, die ebenso sehr gegen jede gesunde Vernunft wie gegen Moral und Gesetz verstießen.

Niemals hat sich der blinde reaktionäre Furor preussischer Polizeiwirtschaft so sinnlos betätigt, wie bei der Russenausweisungsgeschichte. Diese Ausweisungen tragen den Stempel einer so tollen Systemlosigkeit, daß es schwer ist, irgend welche politische Motive — selbst vom Polizeistandpunkt aus — in ihnen zu entdecken. Genosse **Webel** sprach von einer „sabbatischen Freude am Ruinieren von Existenzen“ und man könnte wirklich versucht sein, nach einer solch pathologischen Erklärung zu suchen. Denn es werden nicht nur solche Elemente ausgewiesen, die man ihrer sozialen Lage nach im Verdacht revolutionärer Gesinnung haben könnte, sondern auch zahlreiche wohlhabende Leute, sogar Millionäre, denen man doch wahrhaftig keine gesellschaftsumstürzlichen Pläne zutrauen kann. Weshalb man sich auch geflüchtet haben mag, aus Furcht vor der Revolution oder aus Furcht vor den Strafmaßnahmen der Durnow'schen Konterrevolution — alles wird mit gleichem Maße gemessen. Ob Kaufmann, ob Student, ob Künstler, ob Proletarier, ob Rentnerverzehrer — alles wird mit brutalem Besen ausgekehrt. Will man der russischen Regierung die revolutionären Elemente als Schürer des Freiheitskampfes zum Dank für Algeiras zurückschicken, oder will man den Zarenstolzen entlassene Anführer wieder in die Arme treiben — man vermag es schwer zu erraten! Fürchtet sich das stolze Altdeutschland vor einer Invasion durch Landesfremde? Das ist kaum glaublich, begünstigt unsere sozialpolitische Regierung doch systematisch die Einwanderung landesfremder Proletarier, um die Löhne der nationalen Arbeiterklasse herabzudrücken, rührt sie doch keinen Finger, um die Entfischung polnischer Provinzen im westdeutschen Industriegebiet zu verhindern! Oder wäre ein bornierter antisemitischer Instinkt die Triebfeder der unbegrifflichen und unsinnigen Ausweisungen? In unserer Ära der Robilitierungen semitischer Kapitalisten und Sportsfreunde erschiene auch diese Annahme abenteuerlich!

Es bleibt keine andere Erklärung übrig, als die, daß den Ausweisungen eine pathologische Stimmung, eine Art unbestimmten Verfolgungswahns zugrunde liegt, die sich noch am besten als europäische Knutenangst definieren ließe. In blindem Wüten schlägt man auf alles los, was aus Russland kommt, ohne Rücksicht auf internationales Recht, auf Kulturempfinden, auf Humanität, selbst auf das wirtschaftliche Interesse. Wie gegen Pest und Cholera sucht man sich durch eine politische Quarantäne gegen den Vajillus der Revolution zu sichern — so unsinnig auch jedem politisch nicht ganz Verwirrten solche Maßregeln erscheinen müssen!

In ihrer Ratlosigkeit suchte sich die Regierung der für sie so peinlichen Situation zu entziehen. Graf **Pofadowsky** erklärte im Namen des Reichskanzlers, verfassungsrechtlich gehöre die Angelegenheit nicht vor den Reichstag, die Ausweisungsbefugnisse seien landesgesetzlicher Art, die Regierung lehne daher die Verantwortung ab, sie wolle nicht in die Kompetenzen der Einzelstaaten übergreifen. Nicht immer hat die Reichsregierung so gehandelt, der Reichskanzler selbst verteidigte schon mehrfach die polizeilichen Ausweisungspraktiken gegen die „Schnorrer und Verschwörer“.

Der Regierung nützte jedoch die Verschönerung hinter verfassungsmäßige Bedenken nichts, auf Antrag **Singers** fand die Besprechung der Interpellation statt, und nun brach das verdiente Strafgericht über die preussische Polizei und die preussische Regierung herein.

An einer Reihe von einzelnen Ausweisungsfällen zeigte **Webel** die Brutalität in der Vernichtung der Existenz ganzer Familien, die totale Grundlosigkeit der Ausweisungsmassregeln, kurz den ganzen Aberwitz dieser Ausreisepolitik.

Aber **Webel** enthüllte zugleich auch ein polizeiliches Gegenstück zu diesem ungeheuerlichen Treiben. Er zeigte, wie die internationale Reaktion diesseits und jenseits der Weichsel sich nicht nur ebenbürtig ist in Anmutung und Verhöhnung alles dessen, was Kultur heißt, sondern auch im plumper und läppischen Vespiegelung. Mit denselben jämmerlichen Mitteln, mit denen die Reaktion gegen Fortschritt und freiheitliche Regimen in eigenen Lande ankämpfen zu können wähnt, glaubt sie auch ihre eigenen Verbündeten überdelpeln zu können! Und sie glaubt noch besonders pfiffig zu sein, wenn sie sich einbildet, unter den Leuten, in denen sie Sendboten der Revolution wittert, auch Werkzeuge ihrer staatsmännischen Spitzerei finden zu können.

An einem speziellen Falle entlarbte nämlich **Webel** die verbrecherische Tätigkeit polizeilicher Beamten, die einen russischen Kaufmann durch das Damoklesschwert der Ausweisung zu hoch- und landesverräterischen Diensten gegen sein Vater-

land zu bewegen gesucht hatten. Für diesen letzteren Fall präsentierte **Webel** unwiderlegbares Beweismaterial — falsches Zeugnis, falschen Paß, ausgestellt vom Berliner Polizeipräsidentium — und behauptete, daß damit das Berliner Polizeipräsidentium ein Verbrechen begangen habe. Wohl erteilte der Präsident für diese Behauptung **Webel** einen Ordnungsruß, aber **Webel** bezeichnete es als eine Gewissenlosigkeit sondergleichen, ehrenwerte Männer direkt zum Verbrechen aufzufordern. „Wir sind es der Ehre Deutschlands schuldig, diesem Zustand ein Ende zu bereiten,“ rief **Webel** unter dem stürmischen Beifall der Genossen.

Die Erregung war infolge dieser Enthüllungen eine hochgradige im ganzen Hause, und es gehörte die ganze junkerliche Unterfrenheit des Abgeordneten **v. Oldenburg** dazu, diese Polizeitaten zu verteidigen. Ausbrüche des Unwillens, aber auch Stürme von Heiterkeit rief das burleske Auftreten dieses Redners hervor, dessen Rede selbst in den Reihen seiner Junkerengenossen Unbehagen erweckte.

So gern der Abgeordnete **Spahn** als Führer der stärksten Regierungspartei der Regierung Liebesdienste erweist, wagte er es doch nicht, die skandalösen Vorkommnisse zu entschuldigen, er machte dagegen sogar der Regierung einen ersten Vorwurf, daß sie sich ihrer Verantwortlichkeit durch die Ablehnung der Beantwortung entzogen habe.

Nur dem Drehscheibenpolitiker **Bassermann** blieb es vorbehalten, in einem kläglichen Gieranz die ganze Charakterlosigkeit des Nationalliberalismus augenfällig zu demonstrieren. Persönlich hätte auch er gewünscht, die Regierung hätte sich der Beantwortung nicht entzogen, denn dann hätte er ja im Angesicht der Regierung die lächerlichen Entschuldigungsgründe für die schmachvolle preussische Politik gegenüber unliebhamen Ausländern bringen und damit die nationalliberale Anechtlichkeit vor der Regierung noch anschaulicher dokumentieren können. Nun, es wird auch so der nationalliberalen Kläglichkeit die verdiente Würdigung zuteil werden!

Von den freisinnigen Rednern, **Pohl** und **Schrader**, fand der erstere scharfe Worte gegen die gekennzeichnete Polizeitätigkeit, die auch er als einen Verstoß gegen die verfassungsmäßigen Bestimmungen zwischen Deutschland und Russland bezeichnete. Auch der Pole **Charkinski** geißelte scharf die gerügten Zustände.

Die antisemitischen Redner, **Dattmann** und **Fröhlich**, stellten die Ausweisungen als eine notwendige Maßregel gegen die jüdische Einwanderung aus Russland dar und geisterten gegen die revolutionäre Gesinnung der Ausgewiesenen, denen doch, wie **Webel** nachgewiesen hatte, keine politische Tätigkeit nachgewiesen worden ist! Die antisemitische Solbaderei erwies sich wieder einmal als eine Hausknechterei für das brutale preussische Junkertum.

Genosse **Sue** nahm noch Gelegenheit, die Haltung der Parteien in dieser Frage zu kritisieren und wies besonders dem Zentrum nach, wie es durch seine Sozialpolitik selbst die Maßnahmen gegen die ausländischen Arbeiter, wie gegen inländische, fördere.

Damit schloß die Verhandlung, die eine nicht weit zu machende Plamage für die Reichsregierung wie für die preussische Regierung bedeutet.

Daß die Regierung schwiege, wird bei allen anständigen Menschen im Lande nur als Beweis ihres niederdrückenden Schuldbewußtseins gedeutet werden. Sie schwieg, aber ihre Laten schreien ihre Schmach um so lauter in die Welt! —

Die Revolution in Russland.

Das neue Ministerium.

Der „Post. Ztg.“ wird aus Petersburg vom 3. Mai gemeldet: „Offizielle Meldungen über den Ministerwechsel liegen noch nicht vor. **Goremykin** scheint entgegen anderer Auffassung die Berufung nur unter der Bedingung angenommen zu haben, daß er sich ein eigenes Kabinett wählt. Der Minister des Innern **Durnowo**, der Justizminister **Alimow** sowie Finanzminister **Schipow** dürften daher bereits ebenfalls entlassen sein. Für Finanzen ist **Rokozow** ausersehen, für die Justiz **Iwan Grigorewitsch Schischeglowitow**, bisher Oberprokurator des Kassationsdepartements im Senat für Strafsachen. Er ist verhältnismäßig jung, seit 1881 im Staatsdienste und gilt als schneller Arbeiter, der alle seit Herbst 1905 geschaffenen Gesetze hergestellt hat. Das Innere übernimmt **Stolypin**, zuletzt Gouverneur von Saratow. Er wird von den Demokraten als rechtlich denkender Mann geachtet, obwohl er gegen die Bauernunruhen mit Strenge vorging und auch nicht genügend eingegriffen haben soll, als die Kerzte in **Belaschow** geprügelt wurden. Bei dem scharfen Kampfe, der bei Hofe geführt wird, darf gegenwärtig keine, noch so sicher sich gebende Meldung als unbedingt zutreffend betrachtet werden. Jede Stunde bringt oben einen Stimmungswechsel. Das Blatt „Strana“, das gute Beziehung zum Senat hat, bezeichnet den Hofmeister **Peter Michailowitsch v. Kaufmann** als kommenden Unterrichtsminister. Geboren 1857 in Tiflis, absolvierte er das Alexander-Lyzeum, trat 1877 in die Kanzlei des Ministerrates, war 1892 bis 1898 Vorgesetzter der Kanzlei der Kaiserin-Mutter und wurde 1900

Senator. Er ist wiederholt des allerhöchsten Dankes gewürdigt worden. Das Verkehrsministerium soll Fürst **Worisschowskij Golitsyn** übernehmen. Er ist Akademiker und Kammerherr, war zuletzt Direktor der Druckerei für Staatspapiere. Schließlich soll zum Oberprokurator des Synods Fürst **Alexej Alexandrowitsch Schirnski-Schachmatow**, Hofmeister und Senator ernannt werden.

Der Charakter dieses neuen Ministeriums erhellt schon aus der — wenigstens vorläufigen — Ablehnung der „Kadetten“, sich an diesem Ministerium zu beteiligen.

Versuch zur Rettung der bäuerlichen Abgeordneten.

Petersburg, 3. Mai. Der Kampf um die Bauernstimmen hat scharf eingesetzt. Die Regierung verfuhrte, die bäuerlichen Abgeordneten durch „Einkaufserwerb“ auf Staatskosten zu isolieren. Die demokratischen Wähler **Anilin**, **Abidin** und **Dmitro** warnen ihre Leute vor dieser Zuvorkommenheit der Bürokratie und fordern alle Bauern zum Zusammenschluß auf, da sie alle ein gemeinsames Interesse vertreten. Viele der bereits eingetroffenen Bauernvertreter, die teilweise in das ihnen angebotene Staatsquartier gegangen waren, ziehen von dort wieder aus.

Neue Gärung in den Ostseeprovinzen.

Riga, 3. Mai. Infolge des Ausbruchs des Streiks der Arbeiter in der Drahtindustrie hat sich hier die Situation wieder verschlimmert. Man befürchtet den Ausbruch eines politischen Streiks. Die Straßen zeigen ihr gewöhnliches Bild schon nicht mehr. Der regelmäßige Verkehr der Straßenbahnwagen ist eingestellt; auch fahren keine Droschken. Die politischen Gefangenen wollen ihre Freilassung durch einen Hungerstreik erzwingen.

Die Ermordung von politischen Gefangenen.

Odesa, 3. Mai. Die Stadt befindet sich in großer Aufregung, weil Gerüchte zirkulieren, daß der Offizier **Tarassow** vorgestern im Gefängnisgebäude zwei politische Gefangene ohne jegliches Gerichts Urteil von Soldaten habe erschießen lassen. Der Professor **Nichemkin** hat telegraphisch vom Ministerrat strengste Untersuchung verlangt.

Vom Zentralkomitee des „Bundes“ geht uns das unten folgende geheime Rundschreiben mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Stabskanzlei des Wilnaer Militärbezirks
 18/31. März 1906, Wilna. Höchst dringend!
 Nr. 682. Geheim!

Der Herr Chef des Generalstabes teilt telegraphisch mit, daß Seine Majestät Allerhöchst zu Befehlen gerufen hat, die Korpskommandeure in Kenntnis zu setzen, daß eingetroffenen Nachrichten zufolge die bekannte revolutionäre Organisation „Der Bund“ beschloffen hat, durch jüdische Soldaten eine regierungsfindliche Agitation im Militär einzuleiten. Es wird hierdurch befohlen, die geeigneten Mittel zur Vorbeugung einer derartigen Tätigkeit der Juden schleunigst zu ergreifen.
 gez. Stabschef Generalleutnant **Littwinow**.
 gez. Fähnrich **Plyshewski**.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Mai.

Die Flickschusterei im Plenum.

Das Abgeordnetenhaus überwies am Donnerstag den Antrag **Schiffers** (nall.) auf Abänderung des Artikels 26 und Aufhebung des Artikels 112 der preussischen Verfassung an eine Kommission. Bekanntlich soll damit die Streitfrage aus der Welt geschafft werden, ob ein einheitliches, zusammenhängendes Schulgesetz erlassen werden muß, oder ob auch einzelne Teile der Schulgesetzgebung im Rahmen der Verfassung abgeändert werden dürfen. Es handelt sich also darum, den Wadern, die an dem Schulverfassungswerk arbeiten, den Weg zu ebnen. Erwähnenswert ist, daß der Antragsteller in seiner Begründung der Regierung ausdrücklich das Recht zugestand, nach wie vor im Wege der Verordnung Schulfragen zu regeln, und das, obwohl das Ministerium Stundt mit derartigen Verordnungen den denkbar schlimmsten Mißbrauch treibt!

Das Haus nahm mit großer Mehrheit definitiv die beiden Novellen zum Wahlgesetz an, nachdem die Abg. **Dr. Wiemer** (namens der freisinnigen Volkspartei) und **Broemel** (namens der freisinnigen Vereinigung) sich noch-mals dagegen erklärt hatten. Diese sogenannte „vierte Lesung“ war erforderlich, weil es sich um eine Änderung der Verfassung handelt. Nunmehr hat erst noch das Herrenhaus das Wort, bevor die Novellen Gesetzeskraft erlangen können. Am Freitag steht die Sekundärbahnvorlage zur Beratung.

Reichseinnahmen und Steuervermehrung.

Als im November vorigen Jahres der Reichshauptsekretär zur Vorlegung seiner Steuervermehrungspläne schritt, brachte die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ als Einleitung der Aktion einen längeren, „Reichsfinanzfragen“ betitelten offiziellen Artikel, der die Reichsfinanzlage grau in grau malte und z. B. die zu erwartenden Mehreträge aus dem neuen Polltarif nach Abzug der gesetzmäßigen Rückstellungen für die geplante Waisen- und Witwenversicherung nur auf jährlich 25 bis 30 Millionen Mark bezifferte. Bereits damals haben wir wiederholt auf die Oberflächlichkeit dieser Abschätzung hingewiesen und ausgeführt, daß eine derartige Steigerung der Pollerträge schon allein binnen kurzem infolge der Zunahme unserer Wareneinfuhr eintreten werde, daß aber, ganz abgesehen hiervon, auch der Mehretrag aus den am 1. März 1906 in Kraft tretenden Polltariferhöhungen viel zu niedrig veranschlagt sei.

Einem Beweise dafür, wie recht wir hatten, der offiziellen Ertragsberücksichtigung zu misstrauen, liefern die soeben bekannt gegebenen Vollerträge des Etatsjahres 1905. In dem Etat für 1905 waren die Erträge aus den Zöllen nur mit circa 536 Millionen Mark veranschlagt, die wirkliche Einnahme beträgt aber über 621 Millionen Mark, so daß sich für das Etatsjahr 1905 allein bei den Zolleinnahmen ein Ueberschuß von 85 Millionen Mark ergibt. Allerdings hat Freiherr v. Stengel schon etwa zwei Wochen später, in seiner Rede vom 6. Dezember 1905, in gewisser Hinsicht eine Korrektur an dem Artikel der „Nordb. Allgem. Zeitung“ vorgenommen, indem er auf Grund der bis dahin bekannten Vollerträge aus den Zöllen eine Erhöhung der Gesamtzollerträge für das Etatsjahr 1905 um 22 Millionen Mark in Aussicht stellte; doch selbst wenn man diese nachträgliche Selbstberichtigung in Ansatz bringt, ergibt sich noch immer das für den Reichsäckel vorteilhafteste Resultat, daß die Zollerträge 63 Millionen Mark mehr eingebracht haben, als noch vier Monate vor Schluß des Etatsjahres Freiherr v. Stengel ahnte — gerade kein Beweis seiner besonderen Sachverständigkeit.

Dieser beträchtliche Ueberschuß aus den Zolleinnahmen geht indes zum Teil wieder dadurch verloren, daß die Einnahmen aus den Verbrauchssteuern hinter der Veranschlagung zurückgeblieben sind. Die Zucksteuer war im Etat mit 130 Millionen Mark angesetzt, die Vorkaufsteuer stellt sich nur auf 113 Millionen, bleibt also um 17 Millionen hinter dem Vorschlag zurück, und ferner hat die Branntweinverbrauchsabgabe mit Einschluß des Zuschlages nur umgekehrt 94 1/2 Millionen Mark gebracht, so daß sich auch bei dieser ein Fehlbetrag von neun Millionen ergibt. Dafür weisen aber verschiedene andere Verbrauchssteuern, zum Beispiel die Tabak-, Raifschottisch-, Salz-, Schaumwein- und Branntwein-, Ueberschüsse auf. Rechnet man die Reichseinnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern für das Jahr 1905 zusammen, ergibt sich ein Gesamtbetrag von 945 Millionen Mark, gegen 884 Millionen im Etatsanschlag. Es bleibt also immerhin noch ein Ueberschuß von 61 Millionen Mark.

Außerdem stellen sich die Erträge aus den Reichsteuern um ungefähr 12 Millionen, aus dem Reichspost- und Telegraphenbetrieb um 10 Millionen und aus dem Reichseisenbahnbetrieb um 4 Millionen Mark höher, als veranschlagt war.

Gewiß ein Resultat, mit dem das Reichsschatzamt recht zufrieden sein kann, zumal der Ausfall bei der Zucker- und der Branntwein-Verbrauchsabgabe sich aus besonderen zeitlichen Verhältnissen erklärt. Der Ueberschuß der Zuckereinnahme ist lediglich eine Folge der letzten ungünstigen deutschen Rübenernte und der sich daran anschließenden Spekulation, die eine beträchtliche Steigerung der Zuckerpriese und damit zugleich den Zuckerkonsums zur Folge hatte. Und ebenso resultiert das Zurückbleiben der Branntwein-Verbrauchsabgaben nur aus der ungünstigen Kartoffelernte des letzten Jahres. Nicht jedes Jahr aber braucht mit derartigen ungünstigen Ernten und dementsprechenden Konsumrückgängen gerechnet zu werden.

Für die Beratung der neuen Steuerpläne im Plenum des Reichstages ist der Nachweis über die Reichseinnahmen für das Etatsjahr 1905 gerade zur rechten Zeit gekommen, denn er beweist auf das deutlichste, wie vage und tendenziös die Berechnungen bezw. die Schätzungen sind, auf welche hin die Regierung neue Steuern in der Höhe von 220 bis 230 Millionen Mark fordert. Sie hat augenscheinlich den bei manchen Händlern üblichen Kniff angewandt, beträchtlich aufzuschlagen, in der Voraussetzung, daß der Reichstag doch die volle geforderte Summe nicht bewilligen werde.

Deutsches Reich.

Die abgehauene Hand und die verlogene Scharfmacherpresse.

Die räthselhafte Geschichte von der abgehauenen Hand, die von der Sozialdemokratie zur Aufsehung der Arbeiter in allen Blättern verbreitet worden ist, entpuppt sich als dreifacher Schwindel. So schrieb gestern noch frech und gottesfürchtig die „Konservative Korrespondenz“, die der kleinen konservativen Amtsblatt-Prese die geistige Nahrung liefert. Es kommt ihr dabei weniger auf Schnelligkeit und Wichtigkeit an, als auf Hebe gegen die Sozialdemokratie. So schwindelt sie denn gemüthlich den von und schon am Dienstag gekennzeichneten Schwindel der „Schlesischen Morgenzeitung“ und der „Post“ nach, daß dem Bierfäller Biewald die Hand nicht abgehauen, sondern zerhackt sei, und das nicht im Hausflur, sondern als er dem Pferde eines berittenen Schützen in die Pfote gefallen sei. Im Hospital sei die Hand dann schließlich abgenommen worden. Und obgleich wir schon am Dienstag festgestellt haben, daß die Breslauer „Volkswacht“ nie als gemeldet habe, die Hand sei ihr in die Redaktion gebracht worden, schreibt die „Konservative Korrespondenz“ unbestimmt und läßt es unbestimmt durch die gesamte Amts-Prese weiter verbreiten:

Die Behauptung der „Volkswacht“, die „abgehauene Hand“ sei von Arbeitern aufgehoben und in die Redaktion des Blattes gebracht worden, ist also eine Lüge, die um so frecher ist, als das sozialdemokratische Blatt deren Aufdeckung jeden Augenblick gewärtig sein mußte.

Indes, die „Kons. Korrespondenz“ nimmt wohl von sozialdemokratischen Zeugnissen und Feststellungen prinzipiell nur dann Notiz, wenn sie sie zur Hebe gegen die Sozialdemokratie glaubt verwenden zu können. Wir wollen dem edlen Blatte nicht zumuten, diesen braven Grundfah zu verletzen. Aber den Vorwurf der Leichtfertigkeit können wir ihm doch nicht ersparen. Denn schon am Mittwoch hat die „Breslauer Zeitung“ — ein freisinniges Blatt, das bei dem Blutbad keineswegs gegen die Polizei Stellung genommen hat — folgendes Schreiben veröffentlicht, das ihm von dem mit der Vertretung der Interessen des Verletzten betrauten Justizrat Mamroth zugegangen ist. Es heißt darin:

Biewald stand an der Tür des Hauses, in dem er wohnte, da sah er eine Anzahl Schulleute, in der offenkundigen Absicht, die Straße absperrt zu stellen, einherkommen. Infolgedessen zog er, wie sämtliche übrigen an der Haustüre befindlichen Personen, sich in das Innere des Hauses zurück, und einer der Hausbewohner zog die Haustür von innen zu. Unmittelbar darauf wurde sie jedoch durch einige Schulleute von außen aufgestoßen und die Schulleute stürzten mit gezogenen Säbeln in das Haus hinein. Die meisten der in dem Hausflur befindlichen Personen schüchtern erschreckt nach hinten, dem Hofraum zu. Biewald lief nach der anderen Seite des Hausflurs. Bevor Biewald jedoch die Treppe erreicht hatte, erhielt er von einem der Schulleute von hinten einen Säbelhieb über die Schulter und unmittelbar darauf einen zweiten über den Hinterkopf, so daß ihm das Blut herunterlief. Er hob bittend die Hände und rief dem Schützenmann zu, er solle doch von ihm ablassen, er sei ja ganz unbeteiligt, er sei Arbeiter bei Weide und wolle nur in seine Wohnung hinauf. Der Schützenmann machte trotzdem Miene, weiter auf ihn einzuschlagen. Biewald wollte deshalb die Treppe hinaufspringen. Raun hatte er aber die ersten Stufen erkliegen, so erhielt er von dem Schützenmann von rückwärts einen Säbelhieb, der die linke Hand, mit welcher er das Treppengeländer ergreifen wollte, glatt von dem Arm abschlug. Die alsbald herbeigerufene Feuerwehr legte dem Verwundeten einen ordentlichen Verband an, schaffte ihn nach dem Allerheiligen-Hospital und nahm auch die noch im Hausflur liegende abgeschlagene Hand mit.

So Herr Justizrat Mamroth, der natürlich erst nach sorgfältigsten Ermittlungen diese Darstellung veröffentlicht hat, am Mittwoch. Und die „Kons. Korrespondenz“ schreibt am Donnerstag und die von ihr gespeiste konservative Provinzialpresse wird am Freitag und Sonnabend ihre nachdrücken:

„Somit ist die „abgehauene Hand“ auch nicht, wie die sozialdemokratischen Lügner schreiben, ein furchtbares Zeugnis von der Grausamkeit der Gewalt“, sondern ein warnendes Beispiel für Leute, die sich von sozialdemokratischen Hechern auf die Straße treiben lassen und die die öffentliche Ordnung mit Gewalt durchbrechen wollen.“

Ob die „Konservative Korrespondenz“ soviel Anstandsgefühl haben wird, in ihrer nächsten Nummer zu gestehen, daß ihr giftiger Ausfall auf die sozialdemokratische Presse und ihre Verteidigung der Breslauer Polizei durch die Veröffentlichung des Justizrats Mamroth ad absurdum geführt ist? Wir sind begierig darauf. Ob die „Post“ widerrufen wird? Wir sind begierig darauf.

Für die grenzenlose Verwahrlosung der „freisinnigen“ „Völkischen Zeitung“ spricht übrigens Bände die Tatsache, daß sie das Schreiben Mamroths aus der „Breslauer Zeitung“ wiedergibt, aber nicht ein noch so schwaches, nicht ein noch so zahmes Wort des Tadelns für die Breslauer Schulleute findet, die in Hausflure eindrangen und dort mit dem Säbel auf friedliche, unbeteiligte Leute einschlugen!

Justizrat Mamroth will übrigens für seinen Klienten Schadenersatz erstreiten. Er verpflichtet sich indes nicht viel davon, den Schützenmann oder gar das Polizeipräsidium für die Verfräppelung eines Unschuldigen haftbar zu machen. Dagegen glaubt er, die Stadtgemeinde auf Grund des Tumultgesetzes vom 11. Mai 1850 zum Schadenersatz verpflichten zu können. Der § 1 dieses Gesetzes lautet nämlich:

„Finden bei einer Zusammenkunft oder einem Zusammenlaufe von Menschen durch offene Gewalt oder durch Anwendung der dagegen getroffenen gesetzlichen Maßregelungen Beschädigungen des Eigentums oder Verletzungen von Personen statt, so haftet die Gemeinde, in deren Bezirk diese Handlungen geschehen sind, für den dadurch verursachten Schaden.“

Demgemäß hat Mamroth einen Schadenersatzanspruch bei dem Breslauer Magistrat angemeldet. Ein Vercheid ist ihm jedoch bisher nicht geworden.

Ein deutsches Courridres.

Am 10. Juli v. J. beim Brand der Besche Borussia konnten nur 14 Leichen geborgen werden. Das Oberbergamt ließ wegen der mit der Vergung verbundenen Lebensgefahr (Gase) die Rettungsarbeiten einstellen und man setzte die Grube bis zur Ferse der vierten Sohle unter Wasser bezw. dämpfte das Wasser durch Kohlensäure. Erst vor wenigen Tagen gestattete man die Vergung der Leichen, vorläufig nur für die westliche Abteilung des Reviers II, wo man — wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt — die Verunglückten wußte. Man fand in der Tiefe von 425 Metern 22 Leichen teils gruppiert, teils vereinzelt, von denen nur eine einzige wegen der Schädelabnormität rekonstruiert werden konnte. Sie lagen zum Teil in kompakter gestimmter Lage mit geschwemmten Gliedmaßen und entblöhtem Oberkörper, fast wie Skelette eingetrocknet; die Haut ist lederartig und läßt das Knochengestirb durchsehen; die meisten sind bis zur Unformlichkeit entstellte, die Kopfgehöhrungen mit dichtem Schimmel ausgefüllt. Das genannte Blatt schreibt: „Aus dem Umstand, daß die Leichen alle mit entblöhtem Oberkörper gefunden wurden, geht hervor, daß sie tatsächlich alle den Versuch gemacht haben, den Zugang gefährlicher Gase dadurch zu hemmen, daß sie ihre Hemden auszogen und damit die Lugen in den Wettersäcken dichteten.“ — Man vermutet, daß noch vier Leichen in der Grube liegen.“

Unter ähnlichen Umständen erhielten sich bekanntlich bei der Katastrophe in Courridres mehrere Verglute wochenlang am Leben. Daher läßt sich die Annahme nicht abweisen, daß eine Fortsetzung der Rettungsarbeiten auch hier vielleicht das Leben der Verunglückten erhalten hätte.

Dem Verdienste seine Krone. Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Schiffer, bisher Landgerichtsrat in Magdeburg, ist nach einer Mitteilung der „R. Hamb. Ztg.“ zum Landgerichtsdirektor in Berlin ernannt worden. „Die Regierung hat“, schreibt das Blatt, „seine Ernennung aber noch nicht veröffentlicht, damit der Abgeordnete Schiffer sein Mandat nicht verliere. Schiffer arbeitet bei den Nationalliberalen darauf hin, daß sie die preussische Schulvorlage annehmen. Die Regierung hält, um sich seine Heiferdienste zu sichern, mit der Veröffentlichung seiner Ernennung zurück.“

Herr Schiffer dürfte sich dankbar erweisen. — Ueber allerlei höfische Intrigen weiß unter dem Stichwort „Unberantwärtliche Ratgeber“ die „Deutsche Tageszeitung“ zu berichten:

Ein konservatives Provinzialblatt erzählt, daß unberantwortliche Ratgeber die Stellung des Staatssekretärs v. Tirpitz zu erschüttern gesucht hätten und daß davon also verantwortlicher Leiter der Reichspolitik auch Fürst Bälou betroffen worden sei. Auch wir haben davon gehört, daß man bemerkt gewesen ist, Mißtrauen gegen Herrn v. Tirpitz zu erzeugen, weil er bei der Flottenverleumdung nicht die unerlösen Wünsche der heißhörnigen Flottenschwärmer berücksichtigt hat. Daß sich diese Wachenchaften auch indirekt gegen den Kanzler richteten, liegt auf der Hand. Denn Fürst Bälou ist in bezug auf die Flottenverleumdung mit Herrn v. Tirpitz einer Meinung. Bis jetzt haben die Wachenchaften keinen Erfolg gehabt, und sie werden hoffentlich auch ferner keinen Erfolg haben. Wenn aber gewisse Flottenschwärmere Streife sich nach dieser Richtung hin betätigen, dann dürfen sie sich nicht wundern, daß eine solche Betätigung als gemeingefährlich bezeichnet wird.“

Schon vor einiger Zeit wußten die „Adm. Ztg.“ und die „Schles. Ztg.“ von allerlei Versuchen zu erzählen, die Krankheit des Reichslanzlers dazu auszunutzen, dessen Stellung zu untergraben. Allem Anschein nach haben die Intriganten versucht, von verschiedenen Seiten ihr Ziel zu erreichen. Für die Art, wie Minister entstehen und verschwinden, ist das Vorkommnis nicht uninteressant.

Gefahr zur Sicherung der Bauverordnungen. In der heutigen Sitzung des Bundesrates wurde den Ausführanträgen zu dem Antrage Preußens betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung der Bauverordnungen und betreffend die Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen sowie des allgemeinen Fahrverkehrs hinsichtlich des Ausweichens der Fußwege zugestimmt.

Die Beratung der Diätenvorlage in der Zweiten badischen Kammer führte zu dem Resultat, daß nunmehr rückwärtig für diese Session ein Diätenlah von sechs Mark pro Tag an die zu Karlsruhe anwesenden Abgeordneten bezahlt werden soll. Die außerhalb der Residenz wohnenden Volksvertreter empfangen wie bisher das Doppelte. Die Diäten werden auch für die Sonn- und Feiertage bezahlt, so lange die Kammer nicht vertagt ist.

Ein Opfer der polizeilichen Revolutionangst. Die Magdeburgerische „Volkstimme“ meldet am Schluß ihrer Verichte über die Raifseier zu Magdeburg:

Ohne Blutvergießen sollte aber diesmal die Raifseier nicht abgehen. Ein Schützenmann wurde durch einen Revolvererschuß schwer verletzt und am Nachmittag, als sich draußen im „Luisenpark“ die Raifseiernden harm-

loser Festlichkeit hingaben, handte der Bedauernswerte sein Leben aus. Freilich, Arbeiter, Maidemonstranten waren es nicht, die dem Mann die tödliche Verletzung beibrachten. Er fiel von der Kugel eines seiner Kameraden. ... Die Beamten hatten natürlich wieder Revolver bekommen, damit sie die „Revolution“ im Keime ersticken konnten, und einer von ihnen, der Schützenmann Hecht, war damit beschäftigt, sich das Schießeisen näher anzusehen. Offenbar war er nicht vertraut mit dem Mechanismus des Nordgewehrs, denn plötzlich ging der Schuß los und die Kugel sog dem Schützenmann Schmidt IV in den Unterleib, ihm die Leber verlegend. Man nahm im Krankenhaus noch eine Operation an dem Unglücklichen vor, aber es war vergeblich, gegen 3 Uhr nachmittags starb er. Der Verstorbene war ein bei seinen Kameraden und beim Publikum außerordentlich beliebter Beamter, der seinen Dienst immer mit viel Eifer und Umsicht versah. Er stand im besten Mannesalter und hinterließ eine Frau, die in nächster Zeit ihrer Entbindung entgegensteht.

Kitzlich hat sich schon einmal ein Polizeibeamter mit seinem scharfen Säbel die ganze innere Handfläche aufgeschnitten. Diefem Vorfalle reiht sich jetzt der Tod des Schützenmanns Schmidt IV an. Beide Ereignisse sind Folgen der lächerlichen Revolutionangst der herrschenden Kreise und der Sucht, durch übertriebene Schnelligkeit zu glänzen.

Das „bedauerliche Versehen“, womit die fromme „Germania“ ihre Veröffentlichung der Aufforderung zur Anwendung des Wohnungsbofotts gegen den Lehrer Eiges in Werden entschuldigen will, wird in ein eigentümliches Licht gerückt durch die Tatsache, daß noch einem größeren Zentrumsblatt, der „Essener Volkszeitung“, daselbe „Versehen“ passiert ist. Bemerkenswert ist auch, daß die „Königliche Volkszeitung“ kein „Versehen“ des Essener Blattes ihrer Partei in der Veröffentlichung der Aufforderung verurteilt, sondern mit Aufwand wissenschaftlichen Rüstzeugs die „Essener Volkszeitung“ herbe rüffel! Allerdings geschah das erst, nachdem die „Adm. Ztg.“ die „Entgleisung“ der „Essener Volkszeitung“ angezweifelt hatte.

Sehr dringlich scheint also der „Adm. Volkszeitung“ die Verteidigung der wahren Toleranz, die bei aller sachlichen Gegnerschaft Geduld gegen die Person verbietet und die nach ihrer Versicherung für alle Katholiken Pflicht ist, nicht gewesen zu sein. Denn sie muß doch die „Essener Volkszeitung“ ebenso früh zu Gesicht bekommen haben, wie die nationalliberale „Königliche Zeitung“. Weshalb hat übrigens das führende Zentrumsblatt des Rheinlandes denn nicht längst die kleine Kaplandpresse zur wahren Toleranz belehrt, die so gerne zu Gewaltthatigkeiten gegen sozialdemokratische Flugblattverteiler auffordert? Und weshalb hat das nie die duldsame „Germania“ getan? —

Opfer der deutschen Kolonialpolitik. Nach amtlicher telegraphischer Meldung aus Dar es Salaam sind an Krankheitsgefahren: Unteroffizier Peter Barth, geboren am 14. Januar 1879 zu Kitz, früher im Infanterie-Regiment Nr. 69, am 23. April d. J. auf Etappe Kuluha, Bezirk Kilwa, an Dysenterie; Unteroffizier Otto Bahn, geboren am 27. September 1882 zu Drossen, früher im Infanterie-Regiment Nr. 112, am 27. April in Hindi, Bezirk Kilmatinda, an Herzschwäche, Malaria und Dysenterie. —

Frankreich.

Russenhege in Frankreich.

Paris, 2. Mai. (Fig. Ber.)

Die Bourgeoisdemokratie sinkt immer tiefer in den Fuß der Schande. Das Ministerium Sarrien-Clemenceau-Briand liefert nicht nur der zarischen Regierung die Ersparnisse des Landes für den Kriegsfonds der Gegenrevolution aus, sondern es ist eben darangegangen, eine Russenhege im größten Stil ins Werk zu setzen.

In Paris leben jetzt viele Tausend ausgewanderte Russen, Studenten und Arbeiter, besonders viel russische Juden, zum größten Teil Schneider. Die Regierung hat nun die Maidemonstrationen als Gelegenheit benutzt, gegen diese „lästigen Ausländer“ nach berückichtigtem — preussischem — Muster mit größter Brutalität vorzugehen. Die Polizeibeamten hatten gestern den Befehl erhalten, alle Ausländer, die ihnen in der Nähe der Arbeitsbüroe in den Weg kämen, zu verhaften! Wie sie diesen Auftrag ausführten, zeigt ein Bericht des konservativen „Figaro“:

„Eine kleine Gruppe blasser, blonder, junger Leute überschreitet die Place de la Republique, ohne zu manifestieren. Ein Polizeioffizier, Herr Jorallie, tritt ihnen entgegen: „Sie sind Russen, nicht wahr? Und Sie gehen nach der Arbeitsbüroe?“ — „Ja.“ — „Gut.“ — Und auf ein Zeichen sind sie von einer Abteilung Polizisten umringt und werden sämtlich in die Kaserne des Chateau d'Orang abgeführt.“

Diese Leute nun, die nicht einen Ruf ausgestoßen, nicht die geringste Feindseligkeit gegen das Land, in dem sie leben, auch nicht gegen seine jetzige Regierung, unternommen haben, werden sämtlich ausgewiesen! Herr Lépine hat es gestern nacht allen Journalisten erzählt. Nun hat er eine förmliche Treibjagd veranstaltet, um möglichst viel „Fremde“ zur Strecke zu bringen. Man kann sie nicht bestrafen, denn sie haben nichts Ungefährliches begangen, aber sie werden aus dem Gebiete der „demokratischen“ Republik erbarungslos hinausgetrieben. Zwischen dem Polizeipräsidenten des republikanischen Paris und dem der preussischen Hauptstadt wird das schärfste Auge keinen Unterschied herausfinden.

Der regierende bürgerliche Radikalismus sucht sich aus dieser unwürdigen Situation mit faulen Redensarten herauszuwinden. Die Blätter der äußersten Linken erheben in ihren Artikeln über die gestrigen Kundgebungen wohl formell Protest gegen das brutale Vorgehen der Polizei, jedoch im ganzen sind sie mit der Taktik der Regierung einverstanden! Diese heuchlerische Demagogie ist aber mit ihrem Latein ganz zu Ende. Die Aktion der radikalen Regierung gegen das Proletariat hat der humanitären Windbeutelei den Todesstoß verlegt.

Interessant wird es immerhin sein, wie sich die „Gesellschaft der Freunde des russischen Volkes“, die im vorigen Jahre gegründet worden ist und zumeist Regierungstrabakale zu ihren Mitgliedern zählt, angesichts der Ausweisungen verhalten wird. Sie wird doch die Gelegenheit, dem russischen Volke ihre „Freundschaft“ zu bezeugen, nicht vorübergehen lassen wollen. —

Wenn sich nach dem oben Geschilderten im Augenblick auch das System der französischen Regierung von dem der borusischen Nachbarn wenig unterscheidet, so steht doch das Verhalten der richterlichen Beamten Frankreichs vorteilhaft ab von der Manier in gewissen anderen Ländern, jener Manier: nach Vorkommnissen, wie sie sich am 1. Mai in Paris abspielten, durch Verurteilung zu empfindlichen Freiheitsstrafen den Schein von Liebdenerei gegen die respektive Regierung zu erwecken. Schon die Schnelligkeit, mit der man dergleichen Dinge in Frankreich aburteilt, steht vorteilhaft ab von der deutsch-preussischen Langsamkeit in gleichen Fällen. Die Pariser Richter scheinen die Taktik nicht zu kennen, Sünden vom Schläge der am 1. Mai Verhafteten monatelang in der Untersuchungs-kasse auf die Aburteilung warten zu lassen.

Schon am 2. Mai standen 61 verhaftete Demonstranten vor den Pariser Schenurgerichten und wurden wegen Verleumdung der Polizisten oder wegen Widerstandes zu Gefängnisstrafen von zwei Tagen bis zu einem Monat verurteilt. Ein Ausländer (vermutlich Deutscher) namens Berl, der Polizisten mit Steinen beworfen hatte, erhielt sechs Monate Gefängnis zuzubüßen.

Inzwischen durchschneffelt der Pariser Untersuchungsrichter André die bei den Hausdurchsuchungen beschlagnahmten Papiere, um Material für weitere Konfessionen in der „Komplot“-Angelegenheit zu entdecken. —

Die Schopenhauerstrasse in Hamburg

vor dem Schwurgericht.

Siebenter Verhandlungstag.

Hamburg, 3. Mai.

Gerichtshof, Geschworene, Verteidigung und Staatsanwälte sind sich dahin einig geworden, die Verhandlung heute zu Ende zu führen, so daß eine Dauerfrist in Aussicht steht.

Es werden zunächst die Schuldfragen, 120 an der Zahl, verlesen. Die Vorlesung dauert 1/2 Stunden.

Zur Begründung der Anklage ergreift zunächst der Vertreter des Oberstaatsanwalts, Staatsanwalt Jermann, das Wort. Das, was die heutigen Angeklagten begangen, führt er aus, haben Hunderte von Personen ausgeführt. Wenn Sie heute bestrafen, fällt Sie Ihre Strafe so, daß es dem Gerichtshof möglich ist, die Angeklagten mit der ganzen Schwere des Gesetzes zu treffen, damit eine tatsächliche Sühne für die verletzte Ordnung eintritt. Bedenken Sie, daß Furcht das beste Erziehungsmittel ist. Den ergebendsten Elementen müsse ein heilsamer Scharf in die Glieder fahren, damit sie es sich in Zukunft zweimal überlegen, ähnliche Taten herbeizuführen. Mitleid gegen Aufrührer und Landfriedensbrecher ist nicht am Platze, das vertritt sich nicht mit dem Zweck des Staatswesens. Scharfe Anwendung der Gesetze ist erforderlich, damit der bestehende Staat und die gesellschaftliche Ordnung geschützt werden. Lassen Sie sich nicht durch Mitleid dazu verleiten, die Angelegenheit unter einem falschen Gesichtswinkel zu betrachten. Die Angeklagten tragen hier ein so gestittetes Wesen zur Schau, das in diametraler Gegensatz steht zu ihren Taten. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Fortstellung von den schweren Verbrechen, die viele Leute sich bilden, in den meisten Fällen nicht zutrifft. Deshalb lassen Sie sich auch durch das jegliche Benehmen der Angeklagten nicht täuschen. Gleichfalls bitte ich Sie, kein Gewicht auf das gute Kennzeichnungszeugnis, das vielen Angeklagten ausgestellt wird, und auf die Unbestraftheit der meisten zu legen. Wer sich so frech an den Zusammenrottungen zum Angriff auf die öffentliche Ordnung und an den Mordanschlägen beteiligt, der hat jede Mitleid verschärzt. Der Staatsanwalt geht dann auf die Vorbedingungen für die Strafmilderung ein. Am Abend des 17. Januar habe in der Hamburger Bürgerschaft die Wahlrechtsvorlage zur Beratung gestanden. Selbstverständlich sollte die Sozialdemokratie alles daran, diese Vorlage zu Fall zu bringen. Seit Wochen wurde in der Presse und in den Versammlungen gegen die Wahlrechtsvorlage gehetzt und am Abend des 16. und am Morgen des 17. Januar wurde die Arbeitererschaft zum Generalstreik aufgefordert. Und die Massen folgten dem Rufe. Die Protestversammlungen am Nachmittag waren von 25 000 Personen besucht, und das zu so außerordentlich kurzer Stunde. Der Zweck dieser Reden sollte sein, die Zuhörererschaft in die richtige Empörung zu setzen, die Gemütsverfassung zu beeinflussen, was ja auch gelungen ist. In gewaltigen Massen zogen die Versammlungsteilnehmer nach dem Rathaus und den umliegenden Straßen, um zu protestieren und die Bürgerschaft (Parlament) zu beeinflussen. Die Tatsache bleibt bestehen, daß nach Schluß der Versammlungen, deren acht tagten, die Menschenmengen nach dem Rathaus zogen. Die Folgen dieses Beginns zeigten sich vollumfänglich auch jedem urteilsfähigen Menschen klar sein, denn bei solchen Zügen gehe es nicht so zu, wie bei kirchlichen Prozessionszügen. Die Polizei hatte die Aufgabe, die Massen vom Parlamentsgebäude zurückzuhalten. Hätten sich die Schulleute nicht so besonders tüchtig gezeigt, so wäre aus dem „roten“ ein blutiger Mordmord geworden, was eingetroffen sein würde, wenn Militär hätte requiriert werden müssen. Die Argumentation, daß die Besucher des Kasernenviertels die Erzeile und Mordanschläge verübt hätten, sei nach den Befundungen der Schulleute und nach der Aussage des Kadettenhelfers Rosenbrock unrichtig. Nicht die typischen Verbrecher hätten die Angriffe auf die Schulleute verübt und an den Mordanschlägen teilgenommen, sondern sonniglich geliebte Menschen. Fest steht ja, daß nur Stange politisch organisiert ist und die meisten Angeklagten unbestraft sind, wie auch nur zwei der Angeklagten an den Verbrechern gezählt werden können. Aber ebenso fest steht, daß die Angeklagten zu jener Volkskraft gehören, aus der sich die Sozialdemokratie rekrutiert. Die Massen hatten das Ziel, das deutlich in dem Ruf zum Ausdruck kam: „Nieder mit dem Wahlrechtsraub!“

Der Staatsanwalt schildert sodann den äußeren Rahmen der Ausfährungen und meint am Schluß, daß nur durch die erwähnten Vorbedingungen Hamburg die Aufrührerstunden besichert worden seien.

Staatsanwalt Hollender erklärte eingangs seines zweifelhafteu Klaidobers, daß es nur seine Aufgabe sei, die den Angeklagten zur Last gelegten Straftaten durchzugehen. Trotzdem unterrichtet er noch einige Stellen des von Staatsanwalt Jermann fliggeuten „allgemeinen Rahmens“. Entgegen der Behauptung des anständigen Teiles der Presse und vieler Leute ist der Staatsanwalt der Meinung, daß der „innere Zusammenhang“ zwischen Protestversammlungen und Erzeilen nicht aus der Welt geschafft werden könne. Dagegen gibt er zu, daß bei den den Angeklagten zur Last gelegten Fällen die politische Seite ausschleide. Welcher Partei die Angeklagten angehören, komme nicht in Frage, wie dies auch nicht als strafmildernd oder strafschärfend in Betracht gezogen werden dürfe. Auch die Herren Geschworenen dürften sich bei Abgabe ihres Verditts nicht von ihrer politischen Parteilichkeit beeinflussen lassen. Der Staatsanwalt hält mit Ausnahme des Angeklagten Ritter sämtliche Angeklagte für schuldig. Für die Angeklagten Ruck, Jörn, Angeltroop, Gerdmann und Wilhelm Bornemünde und Brand beantragt er die Verhängung der strafmildernden Nebenfrage.

Als Verteidiger der als Rädelsführer bezeichneten Angeklagten Stange, Elise Rudolph und Leed und des wegen Mordanschlägen angeklagten Ritter führt Rechtsanwalt Dr. Pferdmenges aus, daß zwischen der Wahlrechtsdemonstration und dem Mordanschlag und seinen Begleiterscheinungen kein Zusammenhang bestehe. Hinter dem Rücken der Demonstranten hätten sich viele Reugierige und andere Elemente eingefunden, welche die Ausfährungen begingen. Was in diesem Prozeß fehle, das seien die eigentlichen Täter, deren man nicht habe habhaft werden können. Als Aufrührer oder sogar als Rädelsführer kämen die heutigen Angeklagten sicher nicht in Betracht, dazu fehle es an den nötigen Merkmalen. Nach der Auffassung des Reichsgerichts gehöre zu den charakteristischen Merkmalen des Aufruhres das bewußte Zusammenwirken von Personen, und das könne hier nicht nachgewiesen werden. Ritter müsse ohne weiteres freigesprochen werden. Die weiteren von ihm verteidigten Angeklagten hätten sich höchstens des Widerstands schuldig gemacht. Den Aussagen der Postbeamten dürfe man nicht so viel Gewicht beimessen. Während die Aussagen der Zivilbeugen zögernd gemacht wurden, klangen die Aussagen der Schulleute so bestimmt, als wenn sie sagen wollten: „An uns kann keiner lippen.“

Verteidiger Dr. Jaques, der den „Rädelsführer“ Postenarbeiter Rudolph vertritt, tritt den Ausfährungen des Staatsanwalts Jermann scharf entgegen. Wenn der Staatsanwalt meine, daß Furcht das beste Erziehungsmittel sei, so seien das ganz außerordentliche Worte, die er, der Verteidiger, noch in seinem Geschäftsfoale gehört habe. Dieser Standpunkt sei veraltet. Um abschreckend zu wirken, seien früher die Hinrichtungen öffentlich vorgenommen worden; dieser Standpunkt sei glücklicherweise überwunden. Auch den Standpunkt des Staatsanwalts könne er nicht begreifen, daß man bei der Beurteilung der Tat nicht die Person ansehen solle, ob sie bestraft sei oder nicht. Das spiele doch bei der Sache eine große Rolle. Nicht Furcht und Liebe sollen hierbei von entscheidender Bedeutung sein, nicht die Politik dürfe hier ins Auge gefaßt werden, sondern es solle Gerechtigkeit geübt werden. Rudolph habe keine Rädelsführerrolle gespielt, sondern habe nur einfachen Widerstand begangen.

Hamburg, 3. Mai, 8,15 Uhr nachmittags. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Die Verteidiger Schulte,

Huebbe, Heimann und Goldenberg treten ebenfalls der Ansicht der Staatsanwälte entgegen, daß Landfriedensbruch bzw. Aufrühr vorliegt. Hinsichtlich der Eigentumsdelikte liege nur einfacher Diebstahl oder Unterschlagung, keine Mordanschläge vor. Um 8 Uhr abends ziehen sich die Geschworenen zur Beratung zurück.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 3. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 1/2 6 Uhr.

Wiederum werden zahlreiche Urlaubsanzeigen zur Kenntnis gebracht.

Die Sommerferien der Versammlung sollen auch in diesem Jahre von Anfang Juli bis Ende August währen.

Zur Beratung gelangt zunächst der schon im September v. J. gestellte Antrag Kelle auf Einrichtung eines Stadtschulbuches.

Stadtv. Kelle (A. L.): Die Beratung meines Antrages ist auf vielseitigen Wunsch zurückgestellt worden, bis der Etat erledigt wäre und wir einen neuen Kämmerer hätten. Der Antrag ist nützlich für die Stadt wie für die Interessenten. Die Einrichtung in das Stadtschulbuch wird manchem den Erwerb einer Stadtschulobligation etwas schmackhafter machen; daneben aber kommt die Einrichtung des Stadtschulbuches in höchstem Maße zugute, indem sie ihnen absoluten Schutz vor Feuergefahr oder sonstigem Verlust, namentlich aber auch gegen Verfall durch die Verlosungen bietet. Die Einrichtungskosten werden sehr gering sein. Das Frankfurter Beispiel kann nur zur Nachahmung auffordern.

Kämmerer Dr. Steiniger hat für die Tendenz des Antrages persönlich alle Sympathie, weist aber auf den Mangel ausreichender Erfahrungen über die Einrichtung hin. Im alten Rathaus mangelte es durchaus an Platz für einen neuen Treffer, vor Vollendung des neuen Verwaltungsgebäudes werde nicht daran zu denken sein.

Stadtv. Solmitz (Fr. Fr.) empfiehlt den Antrag und legt der Verwaltung nahe, sich bereit zu erklären, event. auch die ausgelassenen Beträge wieder in Stadtschulbuch anzulegen. Vielleicht würde später der Druck von Obligationen überhaupt überflüssig.

Stadtv. Gelske (Fr. Fr.) hält letzteres doch nicht für durchführbar, da die Stadt nur amortisierbare Anleihen ausgeben. Redner beantragt Ausschuhberatung.

Stadtv. Kelle sieht in dem Stadtschulbuch nur eine Hinterlegungstelle. Von der Umbauung der städtischen Anleihen in eine Buchschuld könne keine Rede sein.

Nachdem noch Stadtv. Ledewig (A. L.) für, Stadtv. Rommsen (Fr. Fr.) gegen den Antrag gesprochen haben, wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Verkauf des seinerzeit als herrenlose Erbschaft der Stadt zugefallenen Grundstücks Marktstr. 89 für 91 200 M. an einen Herrn Heimann ist im Ausschuh mit 7 gegen 3 Stimmen gutgeheßen worden; auf das nachträglich vom Stadtv. Jhlyck abgegebene Gebot von 92 000 M. hat man sich nicht eingelassen.

Stadtv. Mangel (Soz.-fortsch.) spricht sich gegen den Verkauf des Hauses aus. Das gute Geschäft, welches der Erwerber machen würde, könne die Stadt selbst machen. Mit 91 200 M. werde das Haus viel zu billig weggegeben, denn der frühere Eigentümer habe es 1886 für 117 000 M. erworben.

Die Mehrheit beschließt nach dem Ausschuhantrage. Die Vorlage wegen Vermehrung der etatsmäßigen Stellen, wodurch für 1906 218 neue Beamtenstellen verlangt werden, empfiehlt der Ausschuh zur Genehmigung.

Referent Stadtv. Ballach (A. L.) hebt noch hervor, daß dieser Antrag auf Wunsch des Magistrats vorweg vom Ausschuh gestellt wird, obgleich letzterer mit seinen Arbeiten noch nicht fertig ist, weil der Magistrat die 218 neuen Beamten notwendig braucht und sie einstellen möchte.

Ohne Debatte tritt die Versammlung dem Ausschuhantrage bei. Mit den Magistratsvorstellungen betreffs der Vodelschwingh'schen Gründung „Hoffnungstal“ hat sich der eingeleitete Sonderausschuh in seiner Mehrheit einverstanden erklärt. Danach soll mit dem Verein ein Pachtvertrag auf 18 Jahre abgeschlossen werden, auf die Pacht aber städtischerseits eine Vergütung gewährt werden, die 5108 M., bis 1910 jedoch 7558 M. jährlich betragen soll. (Der Pachtzins ist auf 9688 M. jährlich in dem Vertrage festgesetzt worden.) Die Stadt leistet ferner für 1906 an den Verein einen Beitrag, welcher pro Kopf der ihm vom städtischen Obdach überwiegenen Kolonisten bis zur Höchstzahl von 150 Personen 70 Pf. pro Tag beträgt. In dem Wortlaut des Pachtvertrages sind einige Änderungen vorgenommen worden, um gewisse Klauseln für die städtische Verwaltung zu gewinnen.

Referent ist Stadtv. Werner (A. L.): Die Annahme der Magistratsvorlage ist mit 6 gegen 5 Stimmen erfolgt, nachdem im Ausschuh eine besondere Debatte über die prinzipiellen Bedenken gegen den Abschluß eines solchen Vertrages veranlaßt worden war.

Stadtv. Grünbel (Soz.): Wir haben uns gegen diese Vorlage zu erklären. Uns kann der Vorwurf nicht treffen, daß wir für die Armen und Elenden kein Herz hätten; wir vermögen aber abfolut nicht einzusehen, warum die Stadt Berlin einem Mann wie dem Pastor Vodelschwingh diese große Subvention gewähren soll. Würde tatsächlich durch diese Ausgabe den armen Opfern geholfen, so wäre sie ja nicht zu hoch. Aber hier soll ein Unternehmen subventioniert werden, in dem die Ausbeutung in der raffinierten Form betrieben werden soll. Sind etwa bei größter Lichtigkeit 25 Pf. ein genügender Lohn? Damit beutet man doch nur die Arbeitskraft der Arbeiter aus. Wir haben uns die Kolonie angesehen. Es ist den Leuten ein Obdach gemöhrt und Arbeitsgelegenheit. Aber Herr v. Vodelschwingh dafür so große Zuschüsse zu geben, dafür sehen wir keinen Grund ein. Mit den 150 Mann, die wir dahin abgeben, schaffen wir beim Kopf keine Abnahme des Judrangs, sondern wir schaffen bloß mehr Platz. Wenn die Stadt glaubt, ein neues Asyl für Obdachlose schaffen zu müssen, dann mag sie das in die eigene Hand nehmen, aber nicht Herrn v. Vodelschwingh als Mittelperson benutzen. Es ist aber auch zu bedenken, daß die Leute, die draussen beschäftigt werden, von der Offenlichkeit ganz abgeschlossen sind und keine Möglichkeit haben, sich um Arbeit zu bemühen. Niemand wird dort entlassen, der seine etwaigen Schulden an die Anstalt nicht abgearbeitet hat; kommt ein solcher auf die Straße, so fängt für ihn das Elend von vorn an, und auf das Zeugnis des Herrn v. Vodelschwingh hin wird es ihm sehr schwer werden, neue Arbeit zu finden. Herr v. Vodelschwingh weiß sich eben mit dem Mantel des Wohlwärters der Menschheit zu drapieren. Wenn die Leute, die da draussen sind, das Betteln so gut verstehen, wie der Herr Pastor, so wäre ihnen geholfen.

Stadtv. Sonnenfeld (A. L.): Die große Mehrheit meiner Freunde ist für die Vorlage. Der Vordredner hat keine sachlichen Gegenstände vorgebracht, es ist alles bloß eine persönliche Annosität gegen den Herrn v. Vodelschwingh. Es ist Grund vorhanden für die Annahme, daß mancher, der jetzt der Arbeitslosh verfallen ist, dort auf den guten Weg zurückgebracht werden wird. Ein Versuch nach dieser Richtung sollte jedenfalls gemacht werden. Es handelt sich hier keineswegs um ein zweites Obdach der Arbeitslosh. Das städtische Obdach ist bloß eine Notanstalt für vorübergehende Notfälle; das Arbeitshaus ist eine Strafanstalt für Arbeitscheue, die der Arbeitslosh überführt sind. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) In „Hoffnungstal“ sollen nur diejenigen Unterkunft finden, die ganz freiwillig sich dort einfinden und welche sich der Arbeit entwöhnt haben, gleichviel ob ohne oder mit Verschulden. Wenn einzelne dahin von uns Ueberwiesene einige Monate lang an die Arbeit wieder gewöhnt werden, so wird das für sie und für die Stadt ein Segen sein. Es wird natürlich Aufgabe der dortigen Verwaltung sein, diesen durch Empfehlung und Fürsprache Beschäftigung zu vermitteln, namentlich in der

Landarbeit. Von Ausbeutung der Leute zu reden, ist um so weniger angebracht, als von einer Bereicherung auf der anderen Seite nicht gesprochen werden kann, vielmehr bedeutende Opfer gebracht werden und Herr v. Vodelschwingh mit reinen Händen hinausgeht.

Stadtv. Friedemann (Soz.-fortsch.): Mit einem Teil meiner Freunde trete ich ebenfalls für den Antrag ein. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß nicht, was daran so lächerlich ist, der größere Teil meiner Freunde ist dafür. Die gute Arbeit der Verwaltung verdient zweifellos, daß ein Versuch mit der Sache gemacht wird. Ein Zwang gegen die Anstalten der Arbeiterkolonie „Hoffnungstal“ wird nicht ausgeübt; der Eintritt ist völlig freiwillig. So kann man auch von einer Ausbeutung nicht reden. Es besteht auch die Absicht, mit dieser Arbeiterkolonie in Verbindung einen Arbeitsnachweis einzurichten.

Stadtv. Grünbel: Von einem freiwilligen Hinussgehen nach „Hoffnungstal“ kann abfolut nicht die Rede sein; die Arbeitslosh stehen vor der Alternative, bestraft zu werden oder arbeiten zu gehen, Arbeit zu finden, wird ihnen aber tatsächlich nicht leicht werden. Wer vom Kopf kommt und der Kolonie „Hoffnungstal“ überwiesen war, wird nicht ohne weiteres in Arbeit genommen werden, denn er ist für die meisten Arbeitgeber ein etwas zweifelhafter Mensch. Mit dem Arbeitsnachweis da draussen hat es auch keine großen Bedenken. Ich werde der Sache freundlich gegenüberstehen, wenn Sie mir nachweisen werden, daß es dem Pastor v. Vodelschwingh gelungen ist, den ersten arbeitsloshen Rechtsanwalt in Berlin unterzubringen. (Große Heiterkeit.)

Stadtv. Cassel: Warum Herr Grünbel bloß an heruntergekommene Rechtsanwölte denkt, ist mir nicht klar (Heiterkeit); es gibt auch viele Leute, die, ohne heruntergekommen zu sein, etwas ganz anderes geworden sind, als sie vorher waren, und sogar gelernt haben, solche unächlichen Bemerkungen zu machen. Wir machen ja mit Herrn v. Vodelschwingh keinen Vertrag auf die Ewigkeit. Man hält uns hier oft für Vorträge darüber, daß wir unser soziales Empfinden betätigen sollen; da sollte doch auch dieser Versuch als berechtigt anerkannt werden. Die uns auferlegten Verpflichtungen sind ganz geringe. Daß 25 Pf. kein bedeutender Lohn ist, stimmt; aber ist es denn besser, daß die Leute sich auf den Beitel begeben, als daß man ihnen Gelegenheit gewöhrt, in bescheidener Weise ihr Brot zu verdienen? Bevor der Versuch gemacht ist, kann niemand aprioristisch sagen, es werde aus der ganzen Sache nichts werden. Im letzten Monat haben von 88 Entlassenen 39 eine anderweitige Arbeitsgelegenheit gefunden. (Hört! hört!) Redner gibt hierauf ein erlautendes Anerkennungszeugnis für die Persönlichkeit und die Bedeutung des Herrn v. Vodelschwingh ab. Stadtrat Jishkeel macht genaue Angaben über die Zahl derer, die von der Kolonie aus wieder Arbeitsgelegenheit erlangt haben, und betont, daß es bei 5 Jugendlichen gelungen ist, sie mit ihren Eltern auszuführen und diesen zurückzugeben. Nicht der Vorstand der Kolonie, nicht der Pastor v. Vodelschwingh hätten irgend eine Eigennützigkeit bei ihren Zielen im Auge.

Damit schließt die Beratung. Die Vorlage und der Vertrag werden mit großer Mehrheit angenommen.

Mit der Ueberlassung des Platzes vor dem Rathaus zu Restaurationszwecken an den Restaurationspächter Falkenberg auf 1906 im vorjährigen Umfange soll die Versammlung sich einverstanden erklären, mit der Maßgabe, daß dem Pächter bemerklich gemacht wird, die gleiche Genehmigung werde im nächsten Jahre vorausichtlich nicht wieder erteilt werden.

Vom Stadtv. Peris ist die Streichung des Wortes „vorausichtlich“ beantragt.

Stadtv. Peris (A. L.): Wir wünschen, daß sich die Verunstaltung vor dem Rathaus nach Ablauf dieses Jahres nicht wiederholt; das kann nur durch Annahme unseres Antrages geschehen.

Stadtv. Mischelet (Fr. Fr.) möchte nicht der Versammlung durch diesen Antrag für alle Zukunft die Hände gebunden sehen.

Stadtv. Singer: Indirekt erkenne jetzt der Magistrat durch die Vorlage an, daß auch die Versammlung bei der Vergabung des Platzes vor dem Rathaus mitzureden hat. Mir genügt es, daß dies durch die Vorlage tatsächlich geschehen ist, wenn auch der Magistrat sich bemüht, seinen früheren Standpunkt zu stützen. Wir können die Vorlage ruhig unbedändert annehmen. Was die Stadt Berlin im vorigen Jahre tat, kann sie auch noch ein Jahr länger tun, namentlich wenn man weiß, daß es das letzte Jahr ist. So viel Solidaritätsgefühl mit dem Magistrat habe ich auch (Heiterkeit); daß ich nicht wünsche, daß jemand, der Ausgaben gemacht hat auf die Autorität des Magistrats hin, hernach noch geschädigt werden soll.

Stadtv. Cassel: Die Ansichten über die Zweckmäßigkeit und die Würde der Sache sind geteilt; wir haben keine Veranlassung, das „vorausichtlich“ zu streichen. Vorausichtlich wird ja nach 1906 der Magistratsantrag nicht wiederkehren.

Bürgermeister Dr. Reide: Ich kann nicht unterschreiben, was Herr Singer über den Nechtsstandpunkt gesagt hat, er liest zu viel zwischen den Zeilen. Der Magistrat wünscht sich mit seiner Schwesterbehörde zu verständigen, aber unsere frühere Auffassung sehen wir nicht als unbedeutend an.

Stadtv. Peris zieht seinen Antrag zurück. Die Stadtv. Singer und Cassel erklären in ihrer Rechtsauffassung durch die Darlegung des Bürgermeisters nicht erschüttert worden zu sein.

Die Vorlage wird darauf angenommen. Es folgt der Antrag Antrid betreffend die Einführung von Bestimmungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter Berlins.

Auf Antrag Dinse (A. L.) wird die Verhandlung dieses wichtigen Gegenstandes bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Für die Verfertigung der Bedürfnisanstalt und für gärtnerische Arbeiten im Invalidenpark werden 2000 M. verlangt.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Die Zeitungen brachten eine Notiz, wonach die erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit gemachte Parkanlage an der Verolina vor dem Worenhause Tieg zugunsten dieses Anlegers abgeändert worden ist und daß von demselben der Parkverwaltung eine Summe gegeben worden ist, um die bisherige Baumanlage zu beseitigen. Erst ein Teil der Umwandlung ist erfolgt; die Bäume um die Verolina sollen auch noch entfernt werden, nachdem schon 6 entfernt sind, um einen freieren Ausblick zu verschaffen. Ein solches Verfahren ist nicht zu rechtfertigen, ganz unzulässig aber ist, daß die Parkverwaltung sich von einem Privatmann für die Umgestaltung Mittel geben läßt, das kann sie gar nicht verantworten.

Bürgermeister Dr. Reide: Die Notiz ist mir bekannt, aber der Sachverhalt ist dort entstellt. An Stelle eines unscheinbaren Hauses wurde am Alexanderplatz ein umfangreicher Neubau errichtet. Da die Bäume den Neubau verdeckten, trat der Baumeister, unser Kollege Cremer, an die Parkverwaltung heran. Diese hat sich nicht entschließen können, die Bäume zu beseitigen. Der Baumeister legte später ein anderes Projekt vor, das der Parkverwaltung sehr viel genehmer erschien und der Versammlung vorgelegt werden sollte. Der Baumeister wünschte aber möglichst sogleich ein Stückchen des Platzes in einen Rasenstreifen zu verwandeln. Da wir kein Geld hatten, stellte er es zur Verfügung in Höhe von 3000 Mark. Auch ein Freund des Herrn Borgmann hat als Mitglied der Parkdeputation kein Bedenken dagegen erhoben. Das ganze Projekt wird im nächsten Jahre vorgelegt werden, es kostet 87 000 M.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß sich die Sache so abgespielt hat. Jegliche Mittel für öffentliche Anlagen hat zuwenden lassen. Damit wird das Recht der Versammlung zweifellos alteriert. (Sehr richtig!) Ist ein Wunsch auf Beseitigung der Bäume in der Versammlung schon ausgesprochen worden? Im Gegenteil. Die Bäume sollten doch möglichst erhalten werden. Dazu kann doch jeder nur den Kopf schütteln, daß hier die Bäume weggenommen wurden. Wir verlangen, daß diejenigen Bäume, die n-4 herausgerissen werden sollen, stehen bleiben.

Bürgermeister Reide: Versagen und Verwaltern ist doch zweierlei. Die Verwaltung ist wohl in der Lage, wenn sie es für gut befindet, eine Manipulation vorzunehmen, wozu es gehört, daß ein paar Bäume weggenommen werden. (Lebhafte Widerspruch und andauernde Lärme.) Es handelt sich ja um Dinge, die dem öffentlichen Interesse zugute kommen, denn allseitig wird geflagt, daß der Platz sehr schlecht sei. Da verstehe ich nicht, daß die Herren so empfindlich sind.

Stadtv. Gottfried Schulz (Soz.): Der Beschluß der Deputation wurde nicht einstimmig gefaßt; ich war beim zweiten Male dagegen. Die Sache wurde zum Schluß gemeinschaftlich (Heiterkeit); da wir keine Mittel hätten, würde der Bürgermeister dem Baumeister sagen, wenn er die Mittel gebe, könnten die Bäume vielleicht herausgerissen werden. Jetzt sind die schönen Bäume weg und es liegt ein ganz elender Rasen da!

Bürgermeister Reide: Die Bäume sind jetzt acht Jahre alt. Es hat keine unvorschriftsmäßige Behandlung der Sache in der Deputation stattgefunden. Herr Gremer hat ein sehr schönes Projekt vorgelegt. Die Umgestaltung des Platzes wird erfolgen und eventuell können ja dann die Bäume, die jetzt auf dem Rasen Markt stehen, wieder gepflanzt werden. (Heiterkeit.)

Stadtv. Singer: Die Ausführungen des Bürgermeisters fordern den schärfsten Protest heraus. Mit solchen rechtsrechtlichen Aufstellungen muß jedes geordnete Verwaltungs- und Staatsrecht in die Brüche gehen. Ich bedaure aufs tiefste, daß die Stadtdeputation und der Bürgermeister keine Empfindung für das Bedenkliche des Verfahrens hatten, gegen Entschädigung durch Privatleute eine öffentliche Einrichtung zu machen. Von der jetzt beliebten Ueberschiebung auf das ästhetische Gebiet rede ich nicht. Die 3000 M. dürfte sie nicht annehmen. Der Bürgermeister hat doch auch so ungefähr gewußt, für wen es war, denn Herr Gremer war der Architekt des Warenhauses Tieg. Ich bin erstaunt, daß so etwas in der Verwaltung möglich ist. Vorläufig habe ich zu dem Magistrat noch so viel Vertrauen, daß er mit mir die Unwürdigkeit empfindet, die in diesem Verfahren liegt. Die 3000 M. müssen mit dem Vermerken zurückgegeben werden, daß die Stadt nicht gewohnt ist, die Anlagen im öffentlichen Interesse sich von irgend einem Unternehmer bezahlen zu lassen; der Platz muß in den vorigen Zustand wieder versetzt werden, um den Fleck auszuwischen, der sonst auf der Verwaltung sitzen bleibt.

Stadtv. Stapp gibt ebenfalls eine Darstellung der Vorgänge in der Deputation.

Bürgermeister Reide: Nicht aus Liebe zu irgend einem Privatmann ist die Umwandlung erfolgt. Es sind nur 6 Bäume weggenommen worden. Als wir den anderen Plan annahmen, wußten wir nichts davon, daß uns das Geld angeholet werden würde.

Stadtv. Cassel glaubt, daß die Deputation und der Bürgermeister bona fide gehandelt haben, findet aber das Verfahren auch sehr bedenklich und ohne Präjudiz. Deputation und Magistrat sollten erwägen, ob nicht eine anderweitige Verwendung der 3000 M. möglich sei. Die Integrität der Verwaltung werde durch den Fall in keiner Weise berührt.

Damit schließt die Erörterung. Die Vorlage wird angenommen. Schluß 10 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Schlimme und gute Raifeier-Folgen.

Die armen Rühnmänner sind wegen der Raifeier in einer schlimmen Zwangslage; sie „müssen“ nämlich aussperrten, wie sie behaupten.

Vor uns liegt folgende gedruckte Postkarte:

Ober-Schönebeck, den 1. Mai 1906.

H. P.

Da heute unsere Arbeiter mit wenigen Ausnahmen nicht zur Arbeit erschienen sind, haben dieselben auf Beschluß des „Verbandes Berliner Metall-Industrieller“ auf 8 Tage ausgesperrt werden müssen. — Unsere Lieferungen erleiden dadurch eine bedauerliche Unterbrechung, die wir mit Rücksicht auf die Zwangslage (!) zu entschuldigen bitten. — Wir hoffen, den Betrieb Anfang kommender Woche wieder in vollem Umfange aufnehmen zu können und zeichnen hochachtungsvoll

Gummitwert Obersee
G. m. b. H.

Die Geldentat der Aussperrung scheint nach dem Wortlaut dieser Postkarte doch mit einem starken Gefühl wehmütiger Resignation unternommen zu sein. Von einigen Bestellern soll das Werk übrigens Antworten erhalten haben, die nicht gerade sehr beifällig über die Ursache der Verzögerung und die angebliche „Zwangslage“ der Rühnmänner sich äußerten.

Zu den Berliner Aussperrten zählen auch circa 1000 Buchbinder von 2—3000 Raifeiernden. Die Mehrzahl der Buchbinder-Unternehmer hat sich demnach als vernünftig erwiesen und macht jetzt die Arbeiten, welche den Scharfmachern ihres Gewerbes infolge ihrer Raubheimlichkeit der austretenden Arbeiterkraft gegenüber entgeht. Die Innungsämter in den Buchbindergewerbe wollen die Gelegenheit beim Schopf nehmen, um die unbedequate Tarifgemeinschaft loszuwerden.

An den Maiausperrungen ist auch der Schmiede-Verein mit circa 600 Mitgliedern beteiligt; davon entfallen nur etwa 250 auf Innungsbetriebe und die übrigen auf Fabriken der Rühnmänner. Die Innungsämter bemühen sich aber schon sehr angelegentlich, ihre ausgesperrten Leute wieder zu erhalten. Gegen 100 Mann sind gestern schon wieder in ihre alten Werkstätten hineingeholt worden.

Von den Holzbearbeitungsmaschinenarbeitern wurden in 23 Betrieben insgesamt 126 Mitglieder des Verbandes ausgesperrt; davon 46 einen Tag, 10 von ihnen zwei Tage und 83 vier Tage. Sieben wurden entlassen. Bei der Firma Radge wurden 54 Verbandmitglieder vier Tage ausgesperrt; da dasselbst ein Teil der Arbeiter nicht wieder eingestellt werden soll, so ist die Firma von der Organisation gesperrt worden.

Auch circa 60 Graveure und Ciseleure sind ausgesperrt worden und ist es hier insbesondere der „Verein Berliner Metallbildhauer“, der nach dem Beschluß des Verbandes der Metall-Industriellen aussperrten „mußte“. Die Arbeiter dieser Branche werden bei Gelegenheit nicht verfehlen, diesen Herren die entsprechende Antwort zu geben.

Die angekündigten Massenentlassungen in Potsdam haben nicht stattgefunden. Der größte Teil der Arbeitgeber steht eben auch hier ein, daß der Kampf gegen die Raifeier zwecklos ist. Was die Massenbewegte Arbeiterkraft einmal erfaßt hat, das läßt sie so leicht nicht wieder fahren. Die hier vorgekommenen Maßregelungen sind deshalb auch ohne jeden Eindruck geblieben. Der bekannte Bauunternehmer Thimann entließ mehrere Maurer, ebenso ein Berliner Unternehmer einige Bauhilfsarbeiter. Die Gemahrgelerten sind bereits anderweitig untergebracht.

In der Metallbranche sind wegen der Raifeier neun Schlosser bei der Firma E. B. Glauer entlassen worden. Die Firma ist für Verbandmitglieder gesperrt. Zugang ist fern zu halten.

In Drewitz sind 600 Metallarbeiter der Maschinenfabrik von Orenstein u. Koppel A. G. auf eine Woche ausgesperrt worden.

In Rühlhausen i. T. wurden 110 Textilarbeiter aus einigen kleineren Betrieben ausgesperrt, weil sie, trotz Verbot, den 1. Mai gefeiert hatten. In einem Betriebe forderten die Arbeiterinnen die sofortige Wiedereinstellung der gemahrgelerten Kollegen. Diese anerkennenswerte Solidaritätskundgebung der Arbeiterinnen, die fogleich auch drohten, in den Streik zu treten, bewirkte, daß der Unternehmer alsbald die Aussperrung für beendet erklärte. Die Textilarbeiter haben in Rühlhausen dieses Jahr erstmalig den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert und die Unternehmer haben sich noch nicht, wie in den anderen Gewerben am Ort, an diese Neueinrichtung gewöhnt. In vielen Betrieben der anderen Branchen, wo ebenfalls die Arbeit ruhte, sind keine Maßregelungen vorgekommen.

Die Unternehmer der Holz- und Metallindustrie Leipzig's ihre Drohung mit der Aussperrung wahr gemacht. Von den 2700 an der Maidemonstration teilgenommenen Holzarbeitern sind 1700 ausgesperrt worden. 14 Tage sollen sie dafür büßen, daß sie es gewagt haben, der Drohung zu trotzen und die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen. Allen Scharfmachern der Holzindustrie tun es die Neuen Leipziger Rüstwerke wieder zuvor, die eine schwarze Liste an die Mitglieder des Unternehmerverbandes versandten, worauf die Namen von 23 Arbeitern mit genauer Adresse verzeichnet stehen. Die Metallindustriellen „begnügten“ sich mit der Aussperrung von 200 Arbeitern. Außer in diesen Betrieben sind in einer Anzahl anderer Verufe noch Arbeiter ausgesperrt worden, so daß die Zahl der ausgesperrten Arbeiter weit über 2000 ist.

Eine Anzahl von Fabriken in Nürnberg, die dem Industriellenverband angeschlossen sind, haben die Feiern entlassen, sie sollen erst vom 3. Mai ab nach Bedarf wieder eingestellt werden. In den Siemens-Schuckertwerken waren nahezu 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen an der Feier beteiligt. Die Aussperrten dieses Establishments hielten am 2. Mai zwei große Versammlungen ab und beschloßen, am 3. Mai geschlossen in der Fabrik zu erscheinen, aber, falls nur ein einziger wegen Beteiligung an der Raifeier gemahrgelagt werden sollte, sofort wieder den Betrieb zu verlassen. Da auch Christliche und Hirsch-Dunderscher an der Feier teilgenommen haben, gilt der Beschluß auch für den Fall, daß Angehörige dieser Gewerkschaften aus dem gleichen Grunde gemahrgelagt werden sollten. Aussperrt hat auch ein großer Teil der Bauunternehmer, die Innung der Stuckateurmeister hat jedoch die Aussperrungsmaßregel zurückgenommen. In verschiedenen Betrieben der Holzindustrie sind ebenfalls Aussperrungen erfolgt. Lebensfalls wird aber überall die Arbeit am 3. Mai wieder aufgenommen werden können.

Der Effekt aller dieser Machinationen ist klar, wenn man sich vor Augen hält, daß in Berlin gerade diejenigen Angehörigen der Metallindustrie die Raifeier in größerem Umfange begingen, die vor einem halben Jahre die Aussperrung in der Elektro-Industrie über sich ergehen lassen mußten.

Ein gewerkchaftlicher Erfolg der Raifeier.

Die bekannte Bekfirma Markiewicz in Berlin hat ihren Arbeitern aus Anlaß der Raifeier den Achtstundentag bewilligt! Die Geschäftsleitung ließ den Arbeiterauschuß rufen und teilte demselben dies mit, wobei alle die Gründe, welche aus Anlaß der Achtstundentagforderung für die soziale Notwendigkeit einer verkürzten Arbeitszeit ins Feld geführt werden, voll gebilligt wurden.

In Betracht kommen 120 Tischler.

Welcher nicht im Scharfmachermahn befangene Arbeitgeber wird nachfolgen gleich dieser Firma, den eindringlich demonstrierenden Arbeitern freiwillig geben, was sie sich über kurz oder lang doch in schweren Kämpfen erringen werden?

Berlin und Umgegend.

Achtung, Freisergehilfen!

Die bisherigen weiß-grünen Kontrollkarten sind bis spätestens am 10. Mai im Bureau Rosenthalerstr. 57 abzugeben.

Die zu den neuen Bedingungen arbeitenden Mitglieder erhalten vom 14. d. M. an die neue Kontrollkarte ausgehändigt, mit welchem Tage diese in Kraft treten.

Verband der Freisergehilfen Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Vororte.

Der Vorstand. J. A.: Paul Diere.

Dreißig Zeitungsfrauen von der Moabiter Filiale des „Lokal-Anzeiger“ haben gestern morgen wegen Differenzen mit dem Filialleiter Adamski in der Mathenowerstraße die Arbeit niedergelegt. Die Frauen waren dahin vorstellig geworden, daß ihnen das Abtragen der Zeitungspallete von dem Expeditionswagen erlassen werde, da diese Arbeit ihnen nicht gebührt und auch nicht bezahlt wird. Statt der Abhilfe zu schaffen, fuhr der Filialleiter die Kommissionsmitglieder in nicht wiederzugebender Weise an und entließ eine seit 11 Jahren dort beschäftigte Frau. — Die Streikenden, die sämtlich Mitglieder des Fabrik- und Hilfsarbeiterverbandes sind, beschloßen gestern, die Angelegenheit jetzt einmal Herrn Scherl persönlich vorzutragen.

Die Ursachen des Färberstreiks bei der Firma W. Spindler sind folgende: Im vergangenen Jahre traten die Arbeiter der genannten Firma in eine Bewegung um Einführung einer Vertretung bezw. Arbeiterauschusses, was auch nach einigen Verhandlungen zugefagt wurde. Von einer 15prozentigen Lohnerhöhung wollte die Firma jedoch nichts wissen, sondern hat den Arbeitern nach und nach „freiwillig“ etwas zugelegt, damit die Humanität zutage trete. Die Färber waren aber von einer Lohnaufbesserung ausgeschlossen, vielmehr erhalten dieselben seit 15 Jahren denselben Lohn. Aus diesem Grunde sahen sich die Färber veranlaßt, durch den Arbeiterauschuß eine 15prozentige Lohnerhöhung zu fordern. Daß man nun aber nicht, wie bisher, unterläßt gebeten hat, sondern forderte, scheint bei der Firma wohl etwas verschmüpft zu haben. Die Forderung wurde dem Arbeiterauschuß gegenüber einfach abgelehnt. Nachdem die Forderung abgelehnt war, traten die Färber zusammen und wählten eine Kommission von fünf Personen, welche im Beisein der Subkommission des Arbeiterauschusses mit den Firmeninhabern verhandeln sollte. Diese Kommission überreichte am Montag vor acht Tagen der Firma die Forderung nochmals und bat darum, mit den Firmeninhabern im Laufe des Tages verhandeln zu dürfen. Da man jedoch vergeblich auf eine Antwort wartete, erkundigte man sich nach einer solchen und erhielt den Bescheid, das Protokoll der Arbeiterauschußverhandlungen sei noch nicht fertig, die Herren wollten es vorher lesen. Als nunmehr erklärt wurde, wenn die Färber bis Dienstag mittag keinen Bescheid erhalten hätten, sie am Nachmittag die Arbeit nicht mehr aufnehmen würden, wurde am Dienstag kurz vor Mittag ein Vertreter der Arbeiter zur Verhandlung hinzugezogen. Der Firmeninhaber erklärte nun, keine höheren Färberlöhne zahlen zu können, da das Färbergewerbe schlecht floriere — obgleich doch andere kleine Firmen nur von Färberlei gut bestehen —; man solle nur tun, was man nicht lassen könne. Hierauf legten am Dienstagmittag die Färber in einer Zahl von 85, welche sich im Laufe der Woche auf nahezu 100 erhöhte, da man Laboratoriumsarbeiter usw. zur Streikarbeit kommandieren wollte, die Arbeit nieder. Am Mittwoch wurde sodann durch Anschlag am schwarzen Brett bekannt gemacht und ob dem Streikomitee mitgeteilt, daß alle Färber und Arbeiter, welche am Donnerstag, den 26., die Arbeit nicht auf-

genommen haben, als entlassen gelten und bei einer eventuellen Wiedereinstellung als Neueingetretene behandelt werden. Das Resultat war, daß nicht ein einziger von den Streikenden abtrünnig wurde. — Derselben Anschlag hat man auch dieser Tage gemacht, für alle diejenigen, welche den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern wollten. Am Montag erklärten sich dann, wie schon mitgeteilt, die Hilfsarbeiter mit den Streikenden solidarisch.

Deutsches Reich.

Aussperrungen bei Krupp?

Man schreibt uns aus Essen: Durch den bürgerlichen Blätterwahn macht augenblicklich ein Wochenzettel die Runde, der zeigt, wie leicht es ist, den bürgerlichen Blättern einen Bären aufzubinden, hauptsächlich wenn Sozialdemokratie und Gewerkschaft damit in Verbindung gebracht werden. Ein Abklatz der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, „Der Anzeiger“, brachte eine Notiz, in der behauptet wird, die Firma Krupp hätte eine Anzahl freier Gewerkschaftler entlassen, weil sie eine lebhaft propagandistische für die Sozialdemokratie entfalteten. Die Firma Krupp mag sich bei dem Räseblättern bedanken, wenn der Zuzug fern bleibt. Die Firma hat keine Ursache Leute zu entlassen, denn der Abgang zum Frühjahr und Sommer ist so groß, daß ein Ersatz nicht so leicht zu bekommen ist, und mit dem Gedanken, daß alles, was an Handwerker hier zuhause, organisiert ist, hat die Firma Krupp sich schon lange vertraut gemacht. Bei diesem albernem Wochenzettel, ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Schmod grant es vor der aufstrebenden Arbeiterbewegung, daher der Wind mit dem Jauchpfehl!

Eine originelle „Maiausperrung“

leisten sich die Hamburger Scharfmacher in der Seeschiffahrt. Bekanntlich streiken seit Wochen die Hamburger Seeleute. Die Reederei behaupten zwar, daß sie trotz des Streiks alle Schiffe anstandslos expedieren konnten. Der 1. Mai kam aber ihnen und ihren Helfershelfern recht gelegen, unter dem Vorwande einer „Maiausperrung“ die Tätigkeit der Hafnarbeiter bis zum 10. Mai einzuschränken. Nun werden sie behaupten, die Nichterpedierung von Schiffen sei nicht eine Folge des Streiks der Seeleute, sondern die einer Aussperrung der Hafnarbeiter.

Wie gewöhnlich! Wir erhalten folgende Zuschrift: Bei dem in Schweningen (Baden) ausgebrochenen Maurerstreik leisten die Hirsch-Dunderscher gewohnheitsweise Verräterdienste.

Hirsch-Dundersche Praktiken!

Als die Bergleute Mitteldeutschlands in den Streik traten, entzog der „Generalrat“ seinen mit im Streik stehenden Mitgliedern die Unterstützung, und zwar schon nach der ersten Woche. Darob offene Rebellion, Aufruhr und Empörung unter den Mitgliedern des Gewerkschaftsverbandes. Schließlich Massenübertritte in den Deutschen Bergarbeiterverband. Diese panikartige Flucht mußte zunächst aufgehalten werden, indem man die Leute aus dem Gewerkschaftsverband der Fabrik- und Handarbeiter zum Übertritt in den Gewerkschaftsverband der Bergarbeiter zu überreden suchte, was beides so ziemlich ein und dasselbe ist. Als auch dieses Mittel nicht fruchtete, wies man auf einen letzten verzweifelten Ausweg: Man zahlte nämlich weiter Unterstützung! Vorher mußte jedes einzelne der treugebliebenen Schächten des Gewerkschaftsverbandes und bei den Unternehmern um Arbeit nachfragen; tat er dies und er wurde nicht eingestellt — dann erst bekam er Unterstützung! Die Zeitung des Gewerkschaftsverbandes hält also seine Mitglieder direkt zum Streikbruch an. Diese Tatsache steht wieder einmal unverrückbar fest. Die gezahlten Gelder werden nun nicht etwa als Streikunterstützung verbucht, sondern als Arbeitslosenunterstützung. Um die Unterstützungssätze auf dieselbe Höhe zu bringen, wie die vom Bergarbeiterverband gezahlten, werden die örtlichen Fonds mit aufgebraucht!

Ausland.

Ein Schneiderstreik in Schweden. Die Schneider und Schneiderinnen in Östergöteborg haben die Arbeit niedergelegt, nachdem ihr alter Tarifvertrag am 1. Mai abgelaufen und die Verhandlungen über einen neuen Tarif gescheitert waren. Ungefähr 800 Personen sind an dem Streik beteiligt.

Eingegangene Druckschriften.

Der Arbeitsmarkt. Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkterichte. Herausgeber Professor Dr. J. Jastrow. — **Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht.** Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Herausgeber: Dr. J. Jastrow und Dr. R. Fleck. Verlag von W. Reimer, Berlin.

Von der „Neuen Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Elin Braun (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.) ist (eben das 18. Heft des 2. Bandes erschienen).

Bericht der Grobhandels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. Hamburg, über das zwölfte Geschäftsjahr 1905. 34 Seiten. Selbstverlag.

Bericht der Arbeiter-Konsumvereine des Reichs in Wuppertal. Selbstverlag.

Jahresbericht des Verbandes der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend pro 1905. 46 Seiten. Selbstverlag des Verbandes.

Geschäftsbericht der Ortskrankenkasse für Fabrikbetriebe zu Krefeld für das Rechnungsjahr 1905. 55 Seiten. Selbstverlag.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stephanj ausgeliefert.

Strasburg i. El., 3. Mai. (W. T. V.) Der frühere Polizeikommissar Stephanj wurde heute nachmittag in das hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Der Wahlrechtskampf in Oesterreich.

Wien, 3. Mai. (W. T. V.) Die Parteileitung der Sozialdemokratie in Oesterreich hat gestern beschlossen, bei dem ersten Anzeichen ernstlicher Bedrohung oder Verschleppung der Wahlreform die Anordnung des Massenaustrittes auf die Tagesordnung der Beratung zu setzen.

Streiks in Oesterreich.

Wien, 3. Mai. (W. T. V.) Die Streikbewegung in der österreichischen Eisenindustrie beginnt große Dimensionen anzunehmen. In den Wiltowitz Eisenwerken dürfte morgen, in den Oberberger Eisenwerken in den nächsten Tagen der Generalstreik ausbrechen. Auch in den Werken der böhmischen Montanengesellschaft nimmt die Streikbewegung derart zu, daß diese Werke längere Zeit gezwungen sein werden, ihren Betrieb einzustellen.

Die Achtstundebewegung in Frankreich.

Paris, 3. Mai. (W. T. V.) Aus verschiedenen Städten wird gemeldet, daß Arbeiter, die am 2. Mai nach achtstündiger Arbeit die Werkstätte verlassen, entlassen wurden. Infolgedessen haben die anderen Arbeiter der beteiligten Werkstätten beschlossen, morgen in den Ausstand zu treten.

Ausstände in Russland.

Riga, 3. Mai. (W. T. V.) Hier streiken bereits 18 000 Arbeiter von 33 Fabriken. Die durch Privattelegramme hier bekannt gewordene Nachricht vom Rücktritte Witte's macht einen äußerst depressierenden Eindruck.

Kiew, 3. Mai. (W. T. V.) In der Tabakfabrik Kohen und in der Defabrik Marr ist ein Streik ausgebrochen.

Reichstag.

98. Sitzung vom Donnerstag, den 3. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf Pofadowich.

Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Interpellation betreffend

Ausweisung russischer Staatsangehöriger.

Sie hat folgenden Wortlaut:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Polizeipräsident von Berlin mit Billigung des preussischen Ministers des Innern im Widerspruch mit Artikel 1 des deutsch-russischen Handels- und Schifffahrtsvertrages vom 28. Juli 1901 russische Staatsangehörige in Massen des Landes verweist? Und was begehrt der Herr Reichskanzler gegen diese ungesetzlichen Maßnahmen zu tun?

Staatssekretär Graf Pofadowich:

Nach § 4 Abs. 1 der Reichsverfassung unterliegt die Fremdenpolizei der Beaufsichtigung des Reiches. Diese Verfassungsbestimmung soll verhindern, daß durch die einzelstaatliche Gesetzgebung die Vorschriften der Verfassung über die Freizügigkeit beeinträchtigt werden. Diese Bestimmung der Verfassung hat, so lange sie nicht durch Spezialgesetz ausgeführt ist, einen provisorischen Charakter und so lange bleiben für das ganze Reich die einzelstaatlichen Bestimmungen in Kraft. Die Einzelstaaten haben das Recht, zu verlangen, daß in ihre gesetzliche Sphäre durch das Reich nicht eingegriffen werde. Die Bezugnahme auf die Vorschriften des deutsch-russischen Handelsvertrages ist eine schlechte; denn im Artikel 2 desselben ist ausdrücklich bestimmt, daß die Vorschriften auf dem Gebiete des Gewerbes, des Handels und der Polizei nicht davon berührt werden. Ferner bemerke ich, daß ein besonderer Niederlassungsvertrag zwischen Rußland und Deutschland nicht besteht. Aber auch bei den Staaten, mit welchen ein solcher Niederlassungsvertrag besteht, werden die Vorschriften der Fremdenpolizei davon nicht berührt. Auch das Freizügigkeitsgesetz bezieht sich lediglich auf die Reichsdeutschen. Aus diesen formalen Gründen lehnt der Reichskanzler die materielle Beantwortung der Interpellation ab, ganz abgesehen davon, daß es für die Reichsbehörden ganz unausführbar wäre, die Ausweisungen in verschiedenen Bundesstaaten zu prüfen. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Singer (Soz.): Auf Grund des § 33 der Geschäftsordnung beantrage ich die Vesperrung der Interpellation, trotz der Ablehnung der Beantwortung seitens des Vertreters der verbündeten Regierungen.

Präsident Graf Ballestrem: Dieser Geschäftsordnungsantrag bedarf der Unterzeichnung von 50 Mitgliedern.

Die Vesperrung der Interpellation wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und einem Teile des Zentrums beschlossen.

Abg. Bebel (Soz.):

Es erscheint mir sehr zweifelhaft, ob die Antwort, die der Herr Reichskanzler geben hat geben lassen, politisch klar war. Ich meine, auf jeden Fall hätte sich der Herr Reichskanzler vor einer derartigen Erklärung, wie wir sie hören gehört haben, die Frage vorlegen sollen, warum er nicht auch früher denselben Standpunkt eingenommen hat, den er heute einzunehmen beliebt. Am 19. Januar 1904 ist hier eine Interpellation verhandelt worden, die sich auch mit den Ausweisungen russischer Staatsangehöriger befaßte, und zwar mit Ausweisungen, die ebenfalls vom Berliner Polizeipräsident verfügt waren. Damals nahm der Staatssekretär ausdrücklich Bezugnahme auf die Sache zu äußern. Am 27. Januar 1904 und am 17. März 1905 ist derselbe Gegenstand hier ebenfalls ausführlich verhandelt worden. Und damals hat nicht nur der Staatssekretär des auswärtigen Amtes, sondern auch der Herr Reichskanzler selbst Verantwortung genommen, in die Debatte einzugreifen und die Maßnahmen der Polizei zu vertreten. Wie also heute der Herr Reichskanzler dazu kommen will, die Beantwortung der Interpellation abzulehnen, das verstehe ich nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt noch ein anderes: Zweifellos sind die Ausweisungen Angelegenheiten der Einzelstaaten. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß die Art und Weise, wie die Ausweisung von Ausländern gehandhabt wird, unter Umständen zu Verwickelungen mit dem Auslande führen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Ausland glaubt, darüber Klage erheben zu müssen, so ist ein auswärtiger Staat selbstverständlich gar nicht in der Lage, sich an die Einzelstaaten zu wenden, sondern er ist unter allen Umständen genötigt, sich an das Deutsche Reich und den Herrn Reichskanzler zu wenden. Wenn also der Reichskanzler in einem solchen Falle verpflichtet ist, die Handlungen der einzelnen Regierungen zu vertreten und zu verantworten, und wenn die Konsequenzen möglichenfalls das Deutsche Reich zu tragen hat, so kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß wir in jedem Augenblick berechtigt sind, solche Anfragen zu stellen und daß wir auch erwarten dürfen, daß der Reichskanzler auf eine solche Frage antwortet. Das ganze Verfahren zeigt sich als nichts anderes, denn als eine Geringschätzung des deutschen Reichstages und wir haben alle Ursache, und gegen eine solche Geringschätzung zu wenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es mag ja sein, daß, wenn eine andere Partei, etwa das Zentrum, eine solche Interpellation eingebracht hätte, es eine andere Antwort bekommen hätte. Ich bin sogar überzeugt, daß dem Zentrum nicht dieselbe Antwort gegeben worden wäre wie uns. Das ist uns aber gleichgültig, wir sind hier im Reichstage gleichberechtigte Parteien, und wenn eine Partei eine solche Anfrage stellt, so sollte der Reichskanzler darauf antworten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Ausweisungen von Fremden

haben uns bereits eine ganze Reihe von Sitzungen beschäftigt. Es ist ja allgemein bekannt, daß die meisten Staaten, mit denen das Deutsche Reich Handels- und Freundschaftsverträge geschlossen hat, das Recht der Ausweisung lästiger Ausländer sich vorbehalten haben. Aber gerade deshalb ist in eine Reihe von Verträgen die Bestimmung aufgenommen, daß die Ausländer mit den eigenen Landesangehörigen gleichgestellt werden. Derartige Verträge haben wir mit Langoon und Hawaii, und ebenso mit Guatemala und Japan. Die Angehörigen eines jeden der vertragsschließenden Teile sollen hiernach dieselbe Freiheit genießen, Handel und Gewerbe zu treiben, und danach sind Ausweisungen überhaupt undenkbar. Im Abschnitt 1 des deutsch-russischen Handels- und Schifffahrtsvertrages folgt auf die vom Grafen Pofadowich vortragene Stelle eine Bestimmung, wonach gegenseitiges Einverständnis darüber herrscht, daß die Angehörigen der vertragsschließenden Teile das Recht haben, in jedem der beiden Länder Handel zu treiben und ihr Gewerbe auszuüben. Die Angehörigen eines der beiden vertragsschließenden Teile, welche sich im Gebiete des anderen Teiles niedergelassen haben oder sich dort vorübergehend aufhalten, sollen dort dieselben Rechte genießen, wie die Angehörigen des Landes. Zweifellos haben danach russische Staatsangehörige das Recht, sich in Deutschland niederzulassen und Handel und Gewerbe ebenso auszuüben, wie es bei einem Deutschen der Fall ist. Dieses Kardinalrecht besteht und wird auch den Ausländern gegenüber respektiert, soweit nicht ein Staat aus irgend einem Grunde von einem Ausländer nichts wissen mag. Im allgemeinen wird von dem Rechte der Ausweisung Gebrauch gemacht, wenn ein Ausländer öffentliche Unterbringung in Anspruch zu nehmen gezwungen ist oder vor der Gefahr steht, in eine solche Lage zu geraten. Weiter werden solche Ausländer ausgewiesen, welche ein Verbrechen oder Vergehen begangen haben. Innerhalb gewisser

Grenzen kann dies mit dem § 3 des Freizügigkeitsgesetzes identifiziert werden, wonach die Möglichkeit besteht, daß in einem solchen Falle auch Deutsche aus einem Staate ausgewiesen werden können. Wir haben sogar den ungesetzlichen Zustand in Preußen und Sachsen, daß selbst eigene Staatsangehörige in Preußen auf Grund eines Gesetzes von 1842 aus Berlin oder jedem anderen Orte ausgewiesen werden können, wo die Polizeibehörde es verfügt, und ähnliche Bestimmungen gelten auch in Sachsen.

Soweit solche Bestimmungen gelten, wird man sich nicht wundern können, daß sie auch auf Ausländer angewendet werden.

Endlich weist man Ausländer aus, die sich aus irgend einem Grunde politisch mißliebig gemacht haben. Der Terminus technicus lautet in solchen Fällen: Der Betreffende hat sich lästig gemacht. Wo durch er sich „lästig“ gemacht hat, wird nicht gesagt. Die Polizeibehörde weist nach Gutdünken aus, und wenn der Betreffende verlangt, wenigstens die Gründe für seine Ausweisung zu erfahren, damit er instande ist, festzustellen, ob ein Recht dazu vorliegt, so nicht die Polizei selbst über ihn falsch unterrichtet ist, so wird ihm in allen Fällen erklärt: Du hast keinen Anspruch darauf, das zu erfahren, wir haben keine Verpflichtung, es Dir zu sagen, und damit basta! Mit anderen Worten: Die Polizei befindet sich noch heute in den sogenannten konstitutionellen Staaten in der Lage der absoluten Könige, welche sagten: Car tel est notre plaisir! (So ist's unter Wille!) (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Polizei kann die Existenz eines Menschen ruinieren, sie kann das ganze Familienleben ruinieren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Weder Menschlichkeit noch Humanität kommt irgendwie in Frage, es heißt einfach: Dich wollen wir nicht haben, mach' daß du fortkommst! und der Betreffende ist ganz außerstande, das zu hintertreiben. Um dieses Recht der Polizei wenigstens einigermaßen einzudämmen, weil es bei dem entwickelten modernen Handel und Verkehr ganz undenkbar ist, die Grenzen vor jedem Ausländer so abzuklaffen, wie es in alten Zeiten geschah, hat man in die Handels- und Schifffahrtsverträge Bestimmungen aufgenommen wie die Anfangs vorgetragen. Nun, meine Herren, sind in ganz besonderer Maße die Untertanen des russischen Reiches im preussischen Staate dieser Ausweisung ausgesetzt. Ich betone ausdrücklich: im preussischen Staate, aber mit denselben Gründen wie in Berlin kann man auch in einer Reihe anderer Staaten zu denselben Maßregeln greifen: in Sachsen, Bayern, Württemberg, Elsaß-Lothringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun ist nicht zu bezweifeln, daß wir uns in einem Zustande der Invasions von russischen Staatsangehörigen nach dem Westen befinden. Nicht allein nach Deutschland geht diese Invasions, sondern auch nach Italien, der Schweiz, Frankreich, Belgien, England, und in sehr hohem Maße sogar auch nach den Vereinigten Staaten. Diese Invasions ist die Folge und das Werk der Ereignisse, die sich in den letzten Jahren in Rußland zugetragen haben. Die kriegerischen und revolutionären Ereignisse haben Zehntausende russischer Staatsangehöriger veranlaßt, nach dem Westen zu gehen.

Vorwiegend sind von den Ausweisungen die russischen Juden betroffen.

Sie wissen alle, daß in Rußland die Juden in den verschiedensten Distrikten furchtbaren Verfolgungen ausgesetzt sind, die an Brutalität und Grausamkeit genau denen entsprechen, die wir vor vier, fünf Jahrzehnten in Deutschland gehabt haben. Es ist nun ganz selbstverständlich, daß diese jüdischen Männer, Frauen, Familien, um ihr Leben und ihr Eigentum zu retten, in ihrer Verzweiflung die Flucht nach dem Westen ergriffen haben und daß sie da auf dem Boden zunächst halt machen, den sie von Rußland aus zuerst erreichen. Zu diesen russisch-jüdischen Auswanderern gehören Angehörige aller Klassen: Kaufleute, Fabrikanten, Gutbesitzer, Gelehrte, Studenten, Handwerker, Händler, Arbeiter, Diensthofen usw.; es ist nicht eine Schicht der russischen Gesellschaft bei dieser Flucht unbeteiligt. Daß so viele Studenten auswandern, darf nicht wundernehmen zu einer Zeit, wo fast alle russischen Hochschulen geschlossen sind. Und daß russische jüdische Arbeiter in so großer Zahl nach hier gekommen sind, erklärt sich ganz natürlich. Sie sind eine intelligente Rasse und verstehen im Gegenfalle zu den eingeborenen russischen Arbeitern fast alle die deutsche Sprache; zu ihnen gesellt sich dann noch eine große Menge russisch-deutscher Arbeiter aus den russischen Disceprovinzen. Also diese Ursachen sind ganz natürliche Erklärungsgründe dafür, daß diese Massen nach Deutschland gekommen sind. Aber nun behaupten wollte, daß diese Elemente in ihrer überwiegenden Zahl revolutionär gesinnt seien, sich bei der russischen Revolution irgendwie beteiligt hätten und aus diese in Grunde genötigt wären, ihre Heimat zu verlassen, ertt sich ganz gewaltig. Diejenigen Russen, die sich an der Bolschewegung der letzten Jahre beteiligt haben, wissen ganz genau, daß sie speziell aus Preußen auf Grund des traurigen russisch-preussischen Ausweisungsvertrages jede Minute ausgewiesen werden könnten, und wie Sozialdemokraten haben es stets als unsere Aufgabe angesehen, solche Leute mit den nötigen Mitteln auszustatten, damit sie so rasch als möglich die preussische Grenze verlassen. Aber diese Art ist unter den Auswanderern, die sich hier niederlassen, so gut als gar nicht vertreten. Damit soll nicht gesagt sein, daß es unter ihnen nicht trotzdem Männer und Frauen gibt, die sozialdemokratisch gesinnt sind. Aber sie allein aus diesem Grunde auszuweisen, wäre doch eine Kampfmethode, die mit dem Begriffe eines Kulturkates in schneidendem Widerspruch stände. Ich kann konstatieren, daß nicht nur

das Berliner Polizeipräsidium,

sondern auch verschiedene Polizeibehörden in der Umgebung von Berlin mit wahrer Begeisterung für die absolute Gleichheit bei diesen Ausweisungen eingetreten sind. Ich greife nur einige Fälle heraus: So ist eine 70jährige Diensthofin, die seit mehr als zwanzig Jahren bei ihrer Herrschaft das Brodbrot ertt, ausgewiesen worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es beweist das, wie leichtfertig die Berliner Polizei vorgeht. Die Menschen werden einfach wie Rassen behandelt. In Schöneberg ist sogar ein russischer Viehhändler ausgewiesen worden, der der größte Holzhändler der Welt sein soll und viele Tausende deutscher Arbeiter beschäftigt. Weiter der Geheime Hofrat Dr. Schwarz, Redigierender Verordnungsgeber, der sich studienhalber hier aufhält! Dreiviertel Millionen Mark sollen die Ausgewiesenen in Berliner Banken niedergelegt haben.

Vor einigen Wochen erschien hier ein reicher Russe mit seiner Gattin, da legte sie sich in einer Klinik einer Operation unterziehen wollte. Als dies geschehen war, reisten sie wieder ab, nachdem sie in Berlin namhafte Einkäufe gemacht hatten. Sie können sich die Ueberraschung vorstellen, welche diesen Russen traf, als er nachträglich auf seinem Gute einen deutschen Ausweisungsbefehl bekam! Wenn das nicht Leichtfertigkeit und Willkürhaftigkeit auf Seiten der Polizei ist, dann weiß ich nicht, was das ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In wie hohem Grade diese Maßregelungen Empörung selbst in sehr ruhigen, friedlichen, bürgerlichen Kreisen hervorgerufen haben, das zeigt der Beifall, den vor einigen Tagen die Berliner Handelskammer

gefaßt hat. In diesem wird gegen die Ausweisungen mit Rücksicht auf die Interessen von Handel und Industrie protestiert. Die politischen Interessen gibt man in diesen Kreisen preis! Aber die Zerstörung von Handelsinteressen veranlaßt die Handelskammer zu ihrem Protest. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Durch die Masse der Ausweisungen werden zahlreiche wirtschaftliche und soziale Beziehungen zerstört. Ich habe die Aktien einer ganzen Reihe von aufgeworfenen Russen eingesehen. Da kann ich denn sagen, daß unter den vierzig verschiedenen Ausweisungen im ganzen nur drei Personen waren, die

wegen einer auch in Deutschland strafbaren Handlung bestraft wurden, davon eine, die sich einmal ein Sittlichkeitsvergehen hatte zuschulden kommen lassen. Ich meine, auch gerade in solchen Fällen läge es im Staatsinteresse, wieder hochkommende Existenzen nicht zu stören. Die Polizei sollte sich vielmehr freuen, wenn jenen die Gelegenheit gegeben würde, sich wieder emporzuarbeiten. Ich erkläre ferner, daß nicht in einem einzigen Falle von den vielen Ausweisungen der Grund angegeben werden konnte: daß der betreffende oder seine Familie der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fallen könnten. Wohl aber wird in der russischen Presse jetzt dafür agitiert, deutsche Waren zu boykottieren! (Hört! hört! links.) Man erreicht also durch die Ausweisungen gerade das Gegenteil von dem, was man durch Abschluß des russischen Handelsvertrages erreichen wollte. Wenn jemals Staatsbehörden durch ihre Handlungsweise beunruhigt haben, daß sie nicht verstehen, die Interessen der eigenen Staatsangehörigen wahrzunehmen, so haben es jetzt die preussischen Polizeibehörden getan. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich haben diese Massenentwürfungen lebhafteste Aufregung und Proteste in allen Kreisen hervorgerufen, insbesondere die Berliner Jüdische Gemeinde und der Hilfsverein deutscher Juden haben Veranlassung genommen, beim preussischen Minister des Innern über dieses Vorgehen der Polizei Beschwerde zu führen. Der Minister hat ihnen versprochen, „Rücksicht zu nehmen“, die Verhältnisse sorgfältig zu erwägen, so daß so wenig wie möglich Schaden gestiftet würde, aber der ganze Inhalt seiner Rede befaßt doch, daß alle in Berlin seit 1904 angefallenen Russen ausgewiesen werden sollen. Höchstens daß der Minister zukünftig den betreffenden Vereinigungen rechtzeitige Mitteilung machen will, damit sie eventuell die nötige materielle Hilfe leisten! In ganz besonderer Maße hat sich der Minister aber gegen die Zumutung getraut, die russischen Arbeiter, die seit 1904 zugezogen sind, sich einwandfrei geföhrt haben, sich über eine eigene Wohnung und ausreichenden Arbeitslohn auszuweisen, in Berlin zu belassen. Er werde „mit aller Vorsicht“ und „mit aller Rücksicht“ vorgehen, aber hinaus müssen sie! Dabei bedeutet doch die 6-7000 russisch-jüdischer Arbeiter, die in den letzten Jahren hier zugezogen sind, gegenüber den 1/2 Millionen Berliner Arbeitern gar nichts. Bis heute ist auch nicht in einem einzigen Falle nachgewiesen worden, daß diese russischen Arbeiter sich der Lohndrückerei schuldig gemacht und unter schlechteren Arbeitsbedingungen gearbeitet hätten als die deutschen Arbeiter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber diese Motive spielen ja bei der preussischen Polizei keine Rolle. Sie unterföhrt mit aller Macht die Bestrebungen, alljährlich Zehntausende russisch-polnischer Arbeiter über die Grenze nach Deutschland zu schaffen, damit sie den ostelbischen Junkern um Hungerlohn fronden. Sie hat nicht das geringste dagegen einzuwenden, wenn die Agenten der reinlich-westfälischen Schlot- und Kohlenbarone bis nach Rumänien reisen und von dort Zehntausende von Arbeitern herbeiföhren, damit sie hier Lohndrücker spielen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie läßt unbillig zahllose Menschen, die durch die Schuld ihres Staates unrettbar auf außerordentlich tiefer Kulturstufe stehen, hier wohnen. Sie tut nichts dagegen, daß diese vor Schmutz starrenden Armen die elchaftesten Krankheiten unter die deutschen Arbeiter tragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ja, der Minister des Innern sollte einmal wagen, gegen den Willen der Schlot- und Kohlenbarone fremde Arbeiter mit Rücksicht auf die öffentliche Gesundheit von Deutschland fern zu halten! Da giuge ein Donnerwetter über ihn nieder, daß er die längste Zeit auf seinem Sessel zugebracht hätte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn wo ihre Interessen in Frage kommen, haben die Kapitalisten die nötige Macht, um auch den König von Preußen zu bestimmen, ihre Interessen zu wahren. Haben wir auch kein konstitutionelles System, so doch ein kapitalistisches, und wo die kapitalistischen Interessen in Frage kommen, sind auch der König von Preußen und seine Minister nichts als Diener der kapitalistischen Gesellschaft, der sie zu parieren haben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ich werde Ihnen nun an der Hand der Tatsachen aus den Akten eine Reihe von Einzelfällen vortragen. Ich habe sie nicht danach ausgewählt, daß sie besonders traurig sind, nein — alle übrigen Fälle sind genau so gelagert.

Da war ein russischer Weber namens David Altmann, seit 1904 in Berlin, der am 9. März ausgewiesen wurde mit dem Beschl, Preußen binnen 4 Wochen zu verlassen. Er hatte 23 M., seine Frau durch Ködenähnen 12 M. wöchentlichen Verdienst. Er konnte also eine bescheidene Arbeiterexistenz recht wohl führen. Er wurde ausgewiesen ohne Angabe von Gründen, obwohl er sich weder in Deutschland noch sonst irgendwo jemals um Politik gekümmert hatte.

Der Photographengehilfe Salomon Mos wurde am 29. März als lästiger Ausländer mit einer Frist von 14 Tagen ausgewiesen, nachdem er gerade in eine Fachschule für Photographengehilfen eingetreten war. Sein monatliches Einkommen hatte etwa 100, später 130 M. betragen. Die Eheleute Czajka, seit März 1905 in Berlin, mit einem Wochenverdienst von 82 M. wurden ohne Angabe von Gründen im April ausgewiesen, obwohl sie sich gleichfalls nie um Politik gekümmert hatten. Die Frau war wenige Tage zuvor entbunden, ein Kind lag seit Dezember im Urban-Krankenhaus.

Der Pianist Alexander Führer wurde gleichfalls als lästiger Ausländer ausgewiesen. Er war im Dezember 1905 nach Berlin gekommen zu dem Zwecke, seine Gesundheit wiederherzustellen und begab sich in die Behandlung des Prof. Oppenheim. Er litt infolge seines Berufes an Krämpfen an beiden Händen. Er ist der Sohn des kaiserlich russischen Notars in Dtschalow. Der Vater ist sehr vermögend. Auf Beschwerde wurde dem Ausgewiesenen mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand ein Aufschub vom 1. bis 8. April bewilligt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Ebenfalls ausgewiesen wurde seine Schwester, die seit September 1905 sich im Sternschen Konservatorium ausbilden ließ. Weßhalb — wissen die Götter und die Berliner Polizei oder vielleicht auch diese nicht! (Weiterkeit.)

Ausgewiesen wurde der Handelsmann Grünberg, der seit Oktober 1904 in Berlin lebt. Mit Rücksicht auf seine hochschwangere Frau wurde ihm die Aufenthaltserlaubnis von Anfang Februar bis auf den 1. Juni verlängert. Es war also offenbar auch nicht der mindeste Grund für eine Ausweisung vorhanden. Die soziale Stellung des Mannes war durchaus gesichert, und er entfaltete keinerlei politische Tätigkeit. Offenbar ist er das Opfer einer falschen Denunziation geworden.

Ausgewiesen wurde ferner ein Schlosser M. Steinberg mit Familie, der sogar schon seit 1901 hier als Arbeiter in vorzüglichen Stellungen war, zuletzt als Monteur bei Vossig. Er hatte sich in dieser Zeit ein Sparguthaben von 2000 Mark angelegt und besaß vorzügliche Zeugnisse. Politisch war er vollständig indifferent. Gleichwohl mußte er mit einer kränklichen Frau und zwei kleinen Kindern als lästiger Ausländer hinaus. — Wie erbärmlich und kleinlich wird der von Ihnen repräsentierte Staat von Ihnen selbst hingestellt, wenn solche Leute für Preußen „staatsgefährlich“ sein sollen; aber dafür haben Sie kein Gefühl! Brutal und rücksichtslos haben Sie eine jüdische Fremde am Ruinieren von Existenzen und die genügt, um die Ausweisung zu begründen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. Uhrzeit rechts.)

Die Familie Pofschmid, bestehend aus Mann, Frau und drei Söhnen, kam im November 1905 hierher und mietete feste Wohnung. Pofschmid ist nicht unbemittelt, hat seine Möbel bar bezahlt und hatte noch 1000 M. auf der Diskontobank liegen. Er beschäftigte ein Handelsgeschäft zu beginnen. Frau Pofschmid nähte Hemden, zwei Söhne sind Schiffsheuer, so daß die Familie ohne den Verdienst des Mannes jede Woche 80 M. einnahm. Obwohl also keine Gefahr vorhanden war, daß sie der Not und dem Elend an-

helfen können, wurde sie ausgewiesen und mit 100 M. Geldstrafe bestraft, weil der Mann die Auffassung vertrat, daß er während der Beschäftigung hier bleiben könnte.

Wahrscheinlich gegen diese polizeilich gänzlich uninteressanten Leute, aber namentlich noch schärfer verfahren man mit den Ausländern, die sich irgendwie in der Arbeiterbewegung betätigten. Gegen Ende Januar wollte der in Paris lebende sozialdemokratische Schriftsteller Semenoff hier in Berlin einen Vortrag in russischer Sprache über das Thema: „Die russische Freiheitsbewegung und die öffentliche Meinung in Frankreich“ halten. Kaum erfährt dies das Polizeipräsidium, so erachtet es Semenoff, die gesellschaftlichen Verhältnisse des preussischen Staates zu verlassen — mit der Motivierung: „Da Sie als Ausländer ein Recht zum Aufenthalt in Preußen nicht besitzen, so werden Sie hierdurch ausgewiesen. Semenoff lebte vorher ungehindert in Paris und ist jetzt wieder dorthin zurückgekehrt. Frankreich ist der Bundesgenosse Rußlands und nimmt gewiß alle möglichen Rücksichten auf ihn. Aber deshalb ist es dort nicht möglich, einen Ausländer, weil er sich öffentlich für einen Sozialdemokraten erklärt oder sozialdemokratische Reden hält, auszuweisen. Das kann nur im preussischen Polizeistaat geschehen. (Sehr gut! links.)

Ich komme nun zu einer Reihe von Fällen, in denen Studierende ausgewiesen

wurden sind auf Antrag der 7. Abteilung des Polizeipräsidiums, der politischen Polizei hin, obwohl jenseitig sich politisch nicht im geringsten betätigt hatten. Die Behauptung, daß sie eine sozialdemokratische Versammlung am 21. Januar oder am 18. März besucht hätten, genügt, um ihre Ausweisung aus Deutschland zu veranlassen! (Abg. v. Oldenburg ruft: „Jehochmal ihnen ganz recht!“) Ja, Herr v. Oldenburg, wenn es nach Ihnen ginge, wären wir in Deutschland noch weit hinter Rußland. Sie sind ja russischer als die Russen selbst. Ich will gern anerkennen, daß Sie aus Ihrem Herzen niemals eine Mordgrube gemacht haben, aber Mörder würden Sie uns gegenüber gewiß, wenn Sie könnten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Juraufe rechts: „Sie auch!“)

So wurden am 25. April der Student Lehmann und seine Frau als lästige Ausländer ausgewiesen mit einer Frist von acht Tagen. Er war seit einem Jahre in Berlin und wollte in diesem Semester sein medizinisches Doktorexamen machen. Sein Vater ist ein vermöglicher Kaufmann und gewährt ihm monatlich 100 Rubel Zulage. Er bestreitet entschlossen, seine politische Bestimmung in irgend einer Weise kundgeben zu haben.

Der Student Simon Belkaj wurde am 17. April ausgewiesen und sollte Berlin binnen drei Tagen verlassen. Auf dem Polizeipräsidium wurde ihm gesagt, er sei vor einigen Wochen in einer sozialdemokratischen Versammlung gewesen! Er versichert, daß dies unwarhaft sei, daß eine böswillige Denunziation vorliege. Man erklärt nun, daß er in der betreffenden Versammlung sogar gesprochen habe! Das ist schon um deswillen unwarhaft, weil er deutsch so schlecht spricht, daß er auch nicht einen Satz korrekt diktieren könnte. Jedenfalls wurde er ausgewiesen, obwohl ihm erst durch Befehl des Unterrichtsministers vom 10. April die Aufnahme in die Technische Hochschule zu Berlin mit der Berechtigung zur Diplomprüfung zugesichert worden war. Sein Vater ist Großgrundbesitzer im Gouvernement Moskau und hatte ihm 500 Mark Reisegeld und 200 Mark Monatsgehalt gegeben.

Der Kandidat der Medizin Rabinowitsch hatte einmal eine Polizeistrafe von 5 Mark erhalten, weil er ein Vergnügen unter seinen Freunden, angeblich eine öffentliche Lustbarkeit, ohne polizeiliche Anmeldung veranstaltet hatte. Dabei wurde ihm gesagt, er solle sich in acht nehmen, im Wiederholungsfalle würde er ausgewiesen werden. Obwohl er nie wieder mit der Polizei in Konflikt gekommen ist, erhielt er jetzt, am 14. April, seine Ausweisung. Er lebte mit seiner Frau seit 1 1/2 Jahren in Berlin und war Kamulus bei Professor Dohansen. Er sowohl wie seine Frau befinden sich mitten in der Doktorarbeit, zu denen ihnen hiesige Universitätsprofessoren das Thema gegeben hatten. Durch die Ausweisung wird ihr ganzes Studium zerstört. Zumal wenn sie in der Universitätsmatrix gelöst und der Befehl, binnen 3 Tagen Berlin zu verlassen, in ihr Abgangszeugnis aufgenommen wird, werden sie an keiner deutschen Universität zum Studium oder Examen zugelassen. Vielsach hat die Polizei, sogar noch ehe die Beschwärde erledigt war, der Universitätsbehörde die Löschung des Namens in der Universitätsmatrix und die Entziehung der Ausweisung ins Abgangszeugnis vorgeschrieben! (Hört! hört! links.) Die beiden Ausgewiesenen waren Kinder wohlhabender Eltern und erhielten 150 M. monatlich. Auch hier lag nicht der mindeste Grund zur Ausweisung vor. Wenn nicht Freunde an der Herführung von Exzessiven sie veranlaßt hat, so weiß ich nicht, was sonst. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Fräulein v. B e r g wurde am 25. April aufgefordert, binnen drei Tagen Berlin zu verlassen. Sie war seit acht Monaten hier — wie früher schon Jahre lang, als sie hier ihre Studien absolvierte. Ihr Mann hatte in Berlin sein medizinisches Examen gemacht, und ist gegenwärtig Arzt in Petersburg. Mit Rücksicht auf die dortigen Umstände wollte die Familie jetzt hier leben. Auch sie wurde ohne Grund einfach ausgewiesen.

In allen diesen Fällen, die ich Ihnen vorgebracht habe, liegt für die Ausweisungen — mögen Sie auch die ihnen unsympathischen russischen Juden soweit wie möglich aus Deutschland herauswischen — nicht ein Schatten von Rechtfertigung vor. Wenn es einen Staat in Europa, ja in der Welt gibt, der in der Behandlung der Ausländer eine gewisse Vornehmheit oder wenigstens Unstand zeigen sollte, so müßte es das Deutsche Reich sein, dessen Angehörige zu Millionen und Abermillionen in allen Ländern der Welt Gastfreundschaft genießen. (Lebhafte Zustimmung links.) Oder wünschen Sie, daß es den deutschen Staatsangehörigen eines Tages ebenso geht? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Mit der gleichen Begründung könnten zweifellos auch die deutschen Staatsangehörigen zu den verhassten Staaten hinasubigiert werden. Schon diese Rücksicht, welche sie den Deutschen im Auslande schuldig sind, sollte unsere Staatsmänner zur Besinnung bringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als hier zuerst über die Ausweisung der Russen gesprochen wurde, erklärte der Staatssekretär v. Rittshofen, es handle sich nur um Anarchisten; die meisten Staaten von Europa seien übereingekommen, fremde Anarchisten nicht bei sich zu dulden, sondern rücksichtslos auszuweisen. In ganz ähnlichem Sinne sprach am 29. Februar 1904 Fürst Wilow hier von der „moralischen Pest des Anarchismus“ und von den „Schornsteinen und Verschwörern“. Ich habe schon damals erklärt, daß diese russischen Studenten keine Anarchisten seien. Aber Sie glauben doch, wenigstens Anarchisten gegenüber ein Gastrecht nicht üben zu brauchen. Jetzt aber ist man soweit gekommen, daß man gar nicht mehr den Versuch macht, noch zu behaupten, daß unter den Ausgewiesenen auch nur ein einziger Anarchist sei. Der Besuch einer sozialdemokratischen Versammlung, mag er auch aus Neugier erfolgt sein, genügt zur Ausweisung. Dabei bin ich überzeugt, daß auch Herr v. Oldenburg, wenn er nach Paris käme, einmal aus Neugierde in eine Anarchistenversammlung ginge. (Große Heiterkeit links.) Man kann es ja sein — und ich glaube es sogar — daß die damaligen Anschauungen des Fürsten Wilow heute nicht mehr gelten, daß gewisse Anschauungen über Rußland sich bei uns geändert haben. Umso mehr muß ich aber fragen: Was will man denn damit? Will man Rußland damit ärgern? Aber was macht sich die russische Regierung daraus! Will man Deutschland vor einer Gefahr bewahren, die ihm etwa von den paar sozialistischen Studenten droht? Aber Sie haben ja Sozialdemokraten außerdem in Hülle und Fülle in Deutschland! (Große Heiterkeit.)

Wie man in Desterreich über diese Fragen denkt, möchte ich Ihnen aus dem offiziellen Bericht der Reichsratsitzung vom 20. Juli 1905 vorzutragen. Mein Parteifreund Dazinski hatte eine Anfrage gestellt. Der Minister des Innern von Wladimir Helldt erklärte darauf: er begreife das Sammeln von Geldmitteln zugunsten russischer Flüchtlinge! Die Ausweisungsgesetze würden in der rücksichtslossten Weise gehandhabt unter möglichster Berücksichtigung des individuellen Falls: „Die Behörden des Königreichs Galizien behandeln die Einwanderer mit der größten Rücksicht-

losigkeit und Humanität.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Rede des Ministers hatte die Wirkung, daß meine österreichischen Parteifreunde auf eine weitere Besprechung der Interpellation verzichteten konnten, weil die Antwort der Regierung in jeder Hinsicht klar und zufriedenstellend war. Vergleichen Sie damit einmal die Antwort, die bei uns gegeben wurde! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Im österreichischen Reichsrat die noble Erklärung des Ministers! Und bei uns? Sie führen immer das Christentum in die Runde, aber wenn es zum Handeln kommt, so stehen Ihre Laten allezeit mit den christlichen Grundätzen im schneidenden Widerspruch.

Der russischen Regierung zu Liebe haben wir die Interpellation wirklich nicht eingebracht. Uns wäre es das allerliebste, wenn der ganze Despotismus zusammenbräche. Aber wir haben das lebendigste Interesse daran, daß die Russen, die zu uns kommen als Gäste, bei uns in allen Ehren und aller Freundschaft aufgenommen werden, wie es unter anständigen Leuten Sitte ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Heute sind sie vogelfrei und rechtslos, heute entscheidet die Polizeiwilfür in der gewissenlosesten Weise. Ganz mit Recht hat Herr Spahn neulich gesagt: „Der Ausländer genießt nicht den Schutz unserer Gesetze, aber die Kulturanschauungen, die in unserer Verfassung niedergelegt sind, haben wir zu beachten auch gegenüber den Ausländern. Wenn diese auch keinen Rechtsanspruch gegen den Staat haben, so hat doch der Staat Pflichten gegen seine Ehre und sein Ansehen.“ (Sehr richtig! links.) So kommen nun richtig! aber wie steht es mit der Willkür? In der Sitzung vom 29. Februar sagte Herr Spahn: „Es ist ein Stück alter Barbarei, das in unserem modernen Staatswesen existiert, daß ein Mann, der nicht zur Nation gehört, hier eigentlich vogelfrei ist.“ Und weiter hat sich Herr Spahn am 15. März vorigen Jahres noch ausdrücklich auf seine verstorbenen Parteigenossen Windthorst und Lieber berufen, die 1874 und 1899 hier ausdrücklich dafür eingetreten sind, daß Ausländer im Deutschen Reich anständig behandelt werden. Wollen wir das erreichen, dann müssen wir aufs ernste nach streben, daß wir ein

Fremdenrecht in Deutschland

bekommen. So lange die Polizei über Tod und Leben und die Existenz eines Einzelnen zu entscheiden hat, werden wir immer vor der ganzen Kulturwelt als die Vlamierten, die Rücksichtigen das sehen.

Aber mit allen angeführten Fällen ist es noch nicht genug. Nicht allein daß die Polizei leichtfertig und gewissenlos Exzessen vernichtet, nein, die Polizei benützt auch ihre Allmacht, um vollständig friedliche hier lebende Ausländer mit Zwangsmitteln und mit der Drohung der Ausweisung einzuschüchtern, um sie alsdann ihren verbrecherischen Zwecken dienlich zu machen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben es ja unter dem Sozialistengesetz öfter erlebt, daß die Polizei arme Kerle zwang, zu Verrätern an ihren Genossen zu werden, mit der Drohung, sie sonst bei der Staatsankunft anzuzeigen. Hier liegt der Fall etwas anders. Die Akten des Falles sehen Ihnen in vollem Maße zur Verfügung. Ich bedauere, daß von den Herren der Regierung niemand mehr am Platze ist, ich würde auch ihnen gern die Akten übergeben. Es handelt sich um einen Kaufmann in Schöneberg. Derselbe zahlte eine Miete von 1200 M.; sein Mietvertrag lief bis zum 31. März 1907. Er hatte Agenturen und Kommissionen von großen Geschäftshäusern in Berlin und verkaufte Waren nach Rußland, war also im Sinne der bürgerlichen Gesellschaft ein außerordentlich nützlicher Staatsbürger. Am 14. April dieses Jahres erkundigte sich ein Schutzmann nach seinen Verhältnissen. Dem Manne fällt das auf, er fragt seinen Handverwalter, der ebenfalls Schutzmann ist, was das zu bedeuten habe. Am 15. April teilt ihm dieser mit, er habe auf der Polizei erfahren, daß seine Ausweisung in Aussicht stehe. Das schien dem Kaufmann schier unbegreiflich. Nun hat er einen Bekannten

Herrn v. Brodhusen, einen Besten der Nation, der sich mit ihm in einem Geschäfte beknüppelt hatte. Mit dem spricht er am 17. April. Der Edelste gibt sich als Kassen des verstorbenen Staatssekretärs v. Rittshofen und als entfernten Verwandten des Herrn Tripitz aus. Auf jeden Fall war es ein Agent der Polizei! Auf Grund seiner ausgezeichneten Verbindungen verspricht er dem Kaufmann, alles zu tun, um seine Ausweisung zu verhindern. Am 18. April erhält der Russe eine polizeiliche Verfügung des Schöneberger Polizeipräsidenten, datiert vom 17. April, in der ihm eröffnet wurde, daß er den preussischen Staat binnen längstens drei Monaten zu verlassen habe. An demselben Tage erhielt sein Dienstherrchen die Aufforderung, binnen 14 Tagen den preussischen Staat zu verlassen. Noch am selben Tage geht der Russe zu Herrn v. Brodhusen und klagt ihm sein Leid. Darauf nimmt ihn v. Brodhusen mit nach

Wilmersdorf, Kaiserplatz 5,

in eine Weinrippe, und dort wird ihm — es war offenbar eine abgekartete Sache — Herr Hauptmann a. D. Polizeikommissar Schöne vorgestellt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem v. Brodhusen dem Russe eröffnet hatte, Herr Schöne werde allerdings für seine Gefälligkeit, die Ausweisung zurückzunehmen, wohl

„Wegendienste“ verlangen! Es begannen dann auch sofort die Unterhandlungen, die drei Tage dauerten. Am folgenden Tage erklärte v. Brodhusen, leider sei es ihm nicht möglich gewesen, sein Versprechen, die Ausweisung rückgängig zu machen, zu erfüllen. Aber er habe gehört, daß, wenn der Russe sich

„Verdienste“ in staatlichen Angelegenheiten erwerben wolle, dann werde es sich wohl machen lassen. Seine Vorgesetzten hätten erklärt: „Dann soll der Herr hier gut aufgehoben sein!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Kurz gesagt, die Verhandlungen hatten den Zweck, den russischen Kaufmann durch das Damoklesschwert der Ausweisung zu veranlassen,

landesverräterische Dienste gegen sein eigenes russisches Vaterland zu leisten. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Herr Schöne, eine sehr geriebene Polizeimatur, hat in diesem Falle eine geradezu ungläubliche Klopffähigkeit bewiesen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß, ehe er des Mannes vollständig sicher war, er seine Karten so aufdeckte. Es wurde dem Russe versprochen:

Man würde ihn naturalisieren, er müßte sich aber taufen lassen (Bewegung) und er würde sein

gutes Auskommen mit 16 bis 17 000 M.

haben. Ich habe hier die Weisung, die dem Manne gegeben wurde. Mit Rücksicht auf die deutschen Staatsinteressen unterlasse ich es, hier diese Weisung öffentlich vorzutragen.

(Große Bewegung.) Außerdem habe ich immer noch soviel Rücksicht auf die Regierung, daß ich

schon aus Scham das dem Hause nicht vortragen will. Wie gesagt, es handelt sich um landesverräterische Handlungen. Hier sind die Stichworte angegeben für die militärischen und sonstigen Staatsgeheimnisse, die er in Rußland ansatzlos und unter welchen er sie hier zu weihen habe. (Bewegung.) Um nun wenigstens den Anschein zu erwecken, daß er ein Deutscher sei, hat das Berliner Polizeipräsidium diesem russischen Kaufmann auf den deutschen Namen

„Ernst Fiebler“ einen falschen Paß ausgestellt. (Lebhafte Hört! hört!) Als deutscher Geschäftsreisender sollte er in Rußland seine landesverräterischen Handlungen ins Werk setzen. Da er nun aber als Jude nicht nach Rußland hineingelassen wäre, hat

das Berliner Polizeipräsidium ihm ein Zeugnis ausgestellt, worin ihm attestiert wurde, daß er

„Christ“ sei. Auf Grund dieses falschen PASSES und dieser falschen Urkunde, wodurch die Berliner Polizei

ein Verbrechen begangen hat (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten), sollte er nach Rußland reisen.

Vizepräsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, daß das Berliner Polizeipräsidium Verbrechen begangen hat. (Stürmische, anhaltende Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Debel (fortfahrend): Das sind die Konsequenzen, zu denen ein derartiges Vorgehen Ausländern gegenüber bei uns in Deutschland mit Notwendigkeit führen muß. Es ist ja nicht zum ersten Male, daß solche Fälle vorgekommen sind; ich brauche nur an den Prozeß Sedert-Schönow zu erinnern, wo ein Oesterreicher, Singold-Stark, unter ganz ähnlichen Verhältnissen von der Berliner Polizei gezwungen wurde, ihr Spigeldienste zu leisten. Freilich lagen da keine gefälschten Pässe vor. Alle die Aktenstücke, die ich erwähnt habe, sind im Original schon heute in den Händen der russischen Regierung; denn der Mann hat natürlich so schnell wie möglich Berlin verlassen. Wenn überhaupt noch Vertrauen in unserem Regierungssystem ist, so wird der Polizeikommissar Schön schon morgen aus dem Dienste entlassen, und es wird ihm der Prozeß gemacht wegen Fälschung von Aktenstücke. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sie werden zugeben, Sie haben alle Ursache, dem uneingefährten Wanken der Polizei mit aller Energie entgegen zu treten. Es ist eine Gewissenlosigkeit sondergleichen, ehrenhafte Männer, die sich nicht das geringste zuschulden kommen ließen, direkt zum Verbrechen aufzufordern. Dielem Zustand muß ein Ende gemacht werden, das sind wir der Ehre Deutschlands schuldig. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Abg. v. Oldenburg-Januschau (l.): Wenn ich den Abg. Debel richtig verstanden habe, hat er gesagt, die Könige von Preußen hätten sich als Diener der kapitalistischen Kohlenbarone erwiesen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Hat Debel nicht gesagt, aber es stimmt! Heiterkeit.) Wenn er das gesagt hätte, hätte er eine Unverschämtheit gesagt! (Murren und Juraufe bei den Sozialdemokraten.) Unterbrechen Sie mich doch nicht immer, es könnte doch jemand auf der Tribüne sein, der nicht so gut wie ich weiß, wie Sie die gesellschaftlichen Formen beherrschen (Heiterkeit rechts), der könnte Sie für ungebildet halten. (Heiterkeit rechts.) Ich weiß nicht, weshalb sich die Sozialdemokraten über Ausweisungen aufregen; bei ihnen gilt doch der Grundsatz: Wer unebenem ist, fliegt hinaus! (Heiterkeit und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich meine bei den Ausweisungen:

Besser zu scharf, als zu schlapp!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin dem preussischen Minister ganz besonders dankbar für die Ausweisung politisch mißliebiger Personen. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben im Inlande unseren Bedarf an Revolutionären reichlich gedeckt (Schallendes Gelächter links), so daß wir selbst einen vorteilhaften Exportartikel daraus machen könnten. (Heiterkeit rechts.)

Besonders wenn die Russen sich hier an den Wahlrechtsdemonstrationen beteiligen, sage

Ich dem preussischen Minister: Bravo! Mann mit Euch! (Beifall rechts.) In Paris hat sich ja auch gezeigt, daß bei den Demonstrationen vorwiegend russische Revolutionäre beteiligt waren. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Ich bedauere, wenn das Militär bei uns in den Kasernen gehalten wird, wenn Demonstrationen veranstaltet werden. Ich gönne dem Militär seinen freien Sonntag. Es gibt es doch noch andere Mittel: die Feuerprobe. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mein Leben lang nichts anderes getan, als unter dem Volk zu leben. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Rufe: Der Junker!) Ich habe allerdings nicht unter dem revolutionären Volk, sondern unter dem aem gelebt, das an den gekreuzigten Gottessohn glaubt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen nicht, daß

der Unfug der Demonstrationen in Preußen gebildet wird. Diejenigen, die solche Versammlungen dulden, machen sich mitschuldig an dem später unvermeidlichen Blutvergießen! (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Was den Fall Brodhusen betrifft, so lasse ich mich auf einen Spezialfall nicht ein. (Ala! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Polizeipräsident gegen die Demonstrationen vorgeht, wird er immer Rücksicht bei den preussischen Konservativen finden. (Sehr wahr! rechts; Gelächter links.)

Wir sind ein Volk, ein Inoriges, Das weiß der Herr v. Borties!

(Bravo! rechts; Gelächter links.)

Abg. Hoff (fr. Bg.): Die Frage ist, ob die Ausweisungen mit Grund oder ohne Grund erfolgt sind. Tatsächlich ist ungeheuerlich vorgegangen worden, und ich habe als Deutscher ein Gefühl brennender Scham darüber empfunden. (Beifall links.) Wer derartige Dinge im Namen des gekreuzigten Gottessohnes verteidigt, hat gar kein Gefühl für Christentum. (Sehr richtig! links.)

Es liegt ein flagranter Rechts- und Vertragsbruch vor, der das Vertrauen in unsere Vertragstreue schwer schädigen muß. Wer wird denn mit uns noch Verträge schließen wollen? (Sehr wahr! links.) Es ist ein flagranter Rechtsbruch, daß der Polizeipräsident vor Berlin sich herausnimmt, Ausländer ohne jeden Grund auszuweisen. Der Reichstag wäre nicht erst zu nehmen, wenn er solche Mißachtung der Verträge hinnähme. (Beifall links.) Vom sittlichen Standpunkt aus stellen sich die Ausweisungen als ein grausamer Unfug dar. (Lebhafte Beifall links.) Wer ein Gefühl für das Ansehen Deutschlands hat, muß für ein gesetzliches Fremdenrecht eintreten, dafür, daß unabhängige Richter prüfen, ob ein Grund zur Ausweisung vorliegt. Der gesetzlose Zustand gereicht Deutschland zur Unehre. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Spahn (l.): Es wäre besser gewesen, wenn Graf Posadowsky die Rede Debel's angehört und den preussischen Minister des Innern herzustellen hätte, um sofort die Fälle aufzuklären, die, wenn sie in der vorgetragenen Form richtig sind, geradezu ungeheuerlich sind. (Sehr richtig! links und im Zentrum.)

Daß der Reichstag nicht zuständig sei, hat schon Fürst Bismarck behauptet; wir haben das stets entschieden bestritten; ich verweise nur auf den Abg. Windthorst. Jede Ausweisung kann zu politischen Verwickelungen, sogar zum Kriege führen. Das Gastrecht ist ein heiliges; wir haben es 1870 im Kriege auch gegen die hier lebenden Franzosen geliebt! Wir behauern, daß die Reichsregierung hier nicht Rede und Antwort stehen will, sondern uns an die Landesregierungen verweist. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Laitmann (Wirtsch. Bg.): Die russischen Studenten haben sich häufig gemacht und sind daher mit Recht ausgewiesen worden. Ich bedauere, daß die Ausweisungen überhaupt nötig wurden; besser wäre ein Verbot der Einwanderung der russischen Juden überhaupt. (Jurauf bei den Sozialdemokraten: Wenn sie sich nun taufen lassen!) An der Einwanderung der russischen Juden sind die Sozialdemokraten mit Schuld; wer dagegen auftritt, wird Antisemit gehalten und mit minderwertigen Menschen wie Graf Bülser und Ahlwardt zusammengeworfen. Der „Vorwärts“ fordert die Ausgewiesenen zur Gewalt gegen die Polizei auf; denn er schreibt, die Ausgewiesenen sollen dem Befehl keine Folge leisten und so die Polizei zwingen, durch gewaltsames Vorgehen sich vor der ganzen Welt bloßzustellen. Das kann doch nur durch gewalttätigen Widerstand geschehen. (Rufen links.) In nationalem, wirtschaftlichem und sittlichem Interesse muß die Polizei möglichst scharf bei der Ausweisung der russischen Juden vorgehen. (Beifall bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Abg. v. Czarlinski (Vole): Es handelt sich hier durchaus nicht um eine Judenfrage. Im Jahre 1888 hat der Reichstag mit großer Majorität eine vom Abg. Windthorst beantragte Resolution angenommen, in der ausgesprochen war, daß die Ausweisungen russischer und österreichischer Staatsangehöriger ungerechtfertigt und mit

dem Interesse der deutsch-österreichischen Länder nicht vereinbar sind. Trotzdem dauern die Ausweisungen fort, nicht zur Ehre Deutschlands. (Sehr richtig! links.) „Lässig gefallen“ sind die Ausweisungen niemand; sie bringen im Gegenteil viel Geld ins Land und sind den Österreichern sehr angenehm. Der polnische Staat verfuhr Fremden gegenüber anders als heute das Deutsche Reich.

Abg. Wassermann (natl.): Eine Regelung des Fremdenrechtes ist notwendig; die polizeilichen Befugnisse gegenüber den Fremden können nicht aufrecht erhalten werden. Rechtlich liegt die Angelegenheit so, daß es sich um eine Landesangelegenheit handelt, formell ist also die Regierung im Recht. Aber politisch wäre es klug gewesen, wenn die Regierung bei den starken hier erfolgten Angriffen sofort Aufklärung geschaffen hätte, wie es in früheren Fällen geschah. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schrader (fr. Bg.): Der deutsch-russische Handelsvertrag gewährt den Russen hier dasselbe Recht wie den Einheimischen; wenn man die Ausweisungsbefugnis für einzelne Fälle auch aufrecht erhalten will, die generelle Maßregel widerpricht zweifellos dem Vertrage. Diese Ausweisungspraxis ist ein Rückfall in die alte Barbarei. (Sehr richtig! links.) Sollte der Fall des Aufnahmehinweises sich als richtig herausstellen, so müßte mit aller Energie gegen die schuldigen Beamten vorgegangen werden. (Sehr wahr! links.) Wir hätten allen Anlaß, angeichts der Unbeliebigkeit der Deutschen, die gerade auch durch Ausweisungen von hoher Stelle genährt wird, uns Sympathien im Auslande zu erwerben. (Beifall links.)

Abg. Hue (Soz.):

Was die Rede des Abg. Wassermann betrifft, so kann man sie am besten dahin charakterisieren, daß man sagt: Sie war echt national-liberal! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Denn Herr Wassermann ist weiter gegangen als der Polizeipräsident, indem er die Ausweisungen zu begründen sucht. Damit hat er jedenfalls der sehr in Verlegenheit gebrachten Regierung einige Dienste geleistet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das war echt national-liberal. Was der Abg. v. Oldenburg vorbrachte, entsprach ganz dem Geiste, von dem man mit Recht sagt, daß er ein Teil der Politik ist, die uns dem gesamten Auslande gegenüber in die sogenannte „glänzende“ Vereinfachung gebracht hat. (Sehr wahr! links.) Er sagte, es sei nicht richtig, daß der König von Preußen gegenüber dem Grubenkapital zurückgewichen sei. Ich möchte nur feststellen, daß das preussische Vergesetz der preussischen Regierung durch das Grubenkapital verfaßt ist. Ist da die Regierung nicht zurückgewichen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist es nicht zweifellos, daß Minister Müller über eine Klippe gefallen ist, die das Grubenkapital aufgerichtet hatte? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als hier von der Rechten Hölle auf die Ausfuhr von Kohle und Kalk gefordert wurden, da schrieb das Organ des Grubenkapitals in Essen, es würde sich ja zeigen, wer der härtere sei, das Grubenkapital oder die Staatsgewalt. (Hört! hört! links.) Soweit sind wir also schon gekommen, daß die Regierung noch obendrein mit Hohn und Spott überschüttet wird. Man braucht ja auch nur in die Grubenreviere hineinzukommen, dann sieht man, daß der Bürgermeister, der Polizist nicht so viel zu sagen hat wie der geringste Zeichenbeamte. (Sehr wahr! links.) Was der anordnet, steht fest.

Der Abg. v. Oldenburg hat sich auch ausgelassen über das Vereinsrecht. Wir können den Konserwativen nur dankbar sein, wenn Herr v. Oldenburg jedesmal als ihr Sprecher auftritt. (Sehr wahr! links.) Es hat mich außerordentlich interessiert, daß er nicht nur von der äußersten Rechten, sondern vereinzelt auch von der Mitte mit Beifall begleitet wurde. Wenn der Abg. v. Oldenburg meint, man müsse das Vereinsrecht einfach abschaffen, wenn sich irgendwo revolutionäre Bestrebungen zeigen, so möchte ich die Regierung bitten, wenn sie das will, auch etwas Aufmerksamkeit auf die Ausführungen der Parteigenossen des Abg. v. Oldenburg zu lenken. Ich brauche in dieser Beziehung ja nur an die Verhandlungen im Präludium zu erinnern.

Die Frage der Ausweisungen hat auch eine wirtschaftliche Bedeutung, speziell für uns als Arbeitervertreter. Herr v. Oldenburg hat sich dagegen geäußert, daß uns Landarme zugeschieden werden — ein Standpunkt, den man unter Umständen verstehen kann. Wie will man aber damit die Politik der rheinisch-westfälischen Großindustrie vereinbaren? Ich konstatiere, daß die rheinisch-westfälischen Großindustriellen hundert und tausende der allererschädlichsten Arbeiter zusammenschleppen, lauter blutarme Leute, die zusammengepackt werden. (Sehr richtig! links.) Ich konstatiere, daß die Genossenschaften gerade in den Gebieten ausgebreitet hat, in denen man diese Arbeiter zusammengepackt hat. (Sehr wahr! links.) Wenn man auf der einen Seite keine Armut hineinführen lassen will, wie kann man dann dulden, daß man bei uns massenhaft italienische, slowenische und rumänische Arbeiter heranschleppt unter Vorpiegelung falscher Tatsachen, indem man versucht, sie durch betrügerische Manipulationen zu Lohnrückern zu machen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn diese Armen nun sehen, daß sie mit Löhnen von einer Mark und noch niedriger nicht auskommen können, dann schließen sie sich den gewerkschaftlichen Organisationen an. Sobald dies geschieht, treibt die hochblöde Polizei sie rücksichtslos aus. Dabei vergehen doch diese Leute sich gar nicht gegen ein Reichsgesetz, sie tun nur, was ihnen durch Gesetz erlaubt ist. (Sehr richtig! links.) Ein österreichischer Arbeiter war 13 Jahre ansässig. Er wandte sich an den Amtmann mit der Frage, ob er sich ein Haus bauen könne. Der Amtmann sagte ihm, er solle es tun, dann habe er mehr Aussicht auf Naturalisation. Raum hat er das Haus gebaut, so erfolgt der Ausweisungsbefehl, und der Mann liegt auf der Straße! (Hört! hört! links.) Man hat sogar Oesterreichern gesagt, sie würden ausgewiesen werden, wenn sie aus einem Konsumverein nicht austreten würden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das geht nicht etwa nur unseren Mitgliedern so, sondern auch den Mitgliedern des christlichen Bergarbeitervereins. (Hört! hört! links.) Es werden Leute ausgewiesen, die sich politisch und gewerkschaftlich gar nicht betätigt haben. Im März waren die Dinge dergestalt, daß mein Kollege Sachse ein Schreiben an den Reichsanwalt gerichtet hat, in dem er die Verhältnisse darlegte und bat, die ansässigen Bergarbeiter doch nicht unglücklich zu machen. Bis heute ist keine Antwort erfolgt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man auf der einen Seite durch Hölle und Grenzsperrn die Lebensmittel verteuert, dann sind wir auf der anderen Seite doch gezwungen, durch wirtschaftliche Organisationen die Lage der Arbeiter zu verbessern zu suchen. (Sehr wahr! links.) Nun will man das verhindern, indem man Lohnrückern heranzieht. Wenn es uns gelingt, die Lohnrückern zu überzeugen, daß sie auf falschem Wege sind, dann greift wieder der Staat ein. Die Leute werden auf die Straße gesetzt, und wie ich hinzufügen will: an die Stelle der ausgewiesenen österreichischen Arbeiter (wobon hoffentlich auch im österreichischen Parlament gesprochen wird) schleppen sie slowenische und italienische Arbeiter. Das nennt man dann „nationale Politik“, die Politik des Deutschtums. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Alle Ausländer, die sich hier den Gewerkschaften anschließen, werden ausgewiesen, nur die preussischen Polen kann man nicht ausweisen. Diese stellt man deshalb unter ein Ausweisungsgesetz. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die ausgewiesenen Leute bekommen innerhalb 24 oder 48 Stunden ihren Lohn und müssen darauf Deutschland verlassen. Den Lohn nimmt der Herr Gendarm in Empfang; von dem Lohne wird die ganze Reise bis zur Grenze bezahlt, und dann schießt man die blutarmen Teufel ohne einen Pfennig in die Welt hinaus. Selbst die Reiseunterstützung, die ihnen von den Organisationen gegeben wird, hat man ihnen seitens der Polizei abgenommen. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn man ins Ausland kommt und dort nur abfällige Nebenbarten über das Deutsche Reich hört. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die ausländischen Arbeiter sich alles gefallen lassen, so werden sie natürlich nicht ausgewiesen; wenn sie sich als Lohnrückern gebrauchen lassen, dürfen sie bleiben. Soweit sie aber auf einen höheren Standpunkt kommen, heißt es: „Hinaus mit den Kerlen!“ Wir können ihnen Fälle anführen, in denen man in der unbarmherzigsten Weise russische und österreichische Arbeiter, die jahrelang mit ihrer Familie hier

ansässig waren, bei Nacht und Nebel fortgebracht hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Leute mühten ihre Wirtschaften für ein Spottgeld loszuschlagen, und was die für eine Anschauung vom Deutschen Reich bekommen haben, können Sie sich denken. Ein Deutsch-Oesterreicher, der bei uns fünf Jahre lang gearbeitet hat und infolge eines schweren Unfalles sehr leidend ist, wurde plötzlich bei Nacht und Nebel über die Grenze gebracht. Der Mann lebt nun in Oesterreich und bekommt keinen einzigen Pfennig Unfallrente mehr. So ein Mann trägt natürlich den Ruf der deutschen Sozialpolitik in das Ausland! (Sehr gut! bei den Soziald.) Wir müssen verlangen, daß man mindestens den fremden Arbeitern, die von dranhier her gelockt werden, dieselben Rechte gibt, die die deutschen Arbeiter haben. Die Regierung muß ihre Anschauungen über die Ausweisungspolitik revidieren. Wir müssen gegen eine Ausweisungspolitik, die Glend und Jammer über die Leute bringt, protestieren, nicht nur als Angehörige unserer Partei, sondern wir müssen auch im Interesse des Ansehens Deutschlands gegen eine so barbarische Ausweisungs- und Vergewaltigungspolitik protestieren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frölich (Antif.): Die Ausweisungen der russischen Juden können wie nur billigen. Wir halten es für ein dringendes Gebot, die Grenze gegen diese revolutionären Gäste überhaupt zu verschließen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Verteidigt in kurzen Worten die Stellung des Zentrums zur Bergarbeiterstreiknovelle.

Abg. Hue (Soz.): Daß das ganze Gesetz verfaßt ist, darüber ist man sich selbst in den Kreisen der christlichen Bergarbeiter schon ganz klar. Die Schutzbestimmungen stehen einfach auf dem Papier. Auf die Eingabe der Eisenkommission ist seitens des Oberbergamts und des preussischen Handelsministeriums eine Antwort erteilt worden, aus der der verfaßte Charakter des Gesetzes ganz klar in Erscheinung getreten ist. In der Folge können noch ganz außerordentlich schwere Konflikte eintreten. Hoffentlich wird das Knappheitsgesetz nicht in derselben Weise verfaßt werden. Daß das Zentrum ganz entgegen seinen früheren Versprechungen gestimmt hat, nach denen es mindestens für die Regierungsvorlage stimmen wollte, das können Sie in dem „Christlichen Bergknäppchen“ nachlesen, in dem es heißt, daß das neue Gesetz den Bergarbeitern Steine statt Brot biete. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Ich weiß nicht, was der „Bergknäppchen“ geschrieben hat; sollte er aber geschrieben haben, das Zentrum habe seine Versprechungen nicht gehalten, so hat er die Unwahrheit geschrieben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Hue (Soz.): Ich will nur konstatieren, daß das, was ich gesagt habe, im „Bergknäppchen“ gestanden hat. Ich bin jederzeit in der Lage nachzuweisen, daß der „Bergknäppchen“ die Politik des Zentrums in Grund und Boden verurteilt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Besprechung.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: (Zigarettensteuer.)

Parlamentarisches.

Endlich ein Ende.

Die Finanzreformkommission ist, nachdem sie fast volle drei Monate hindurch wöchentlich vier Sitzungen abgehalten hat, in der gestrigen Sitzung mit ihren die „Ordnung des Reichshaushalts und die Tilgung der Reichsschuld“ betreuenden Beratungen zu Ende gekommen. In den letzten drei Sitzungen, die in dieser Woche stattgefunden haben, wurde nach Feststellung der letzten Berichte über die Einzelvorlagen das sogenannte Montagesetz durchberaten. Die Vorlage, die nicht nur die Ordnung der Finanzen des Reichs sondern auch im weitestgehenden Maße die der Einzelstaaten betrafte, wurde nach der letzten Sitzung nach den Anträgen des Abg. Müller-Fulda wesentlich umgestaltet, namentlich soweit die Beiträge aus der Erbschaftsteuer, die beabsichtigte Bindung der Patrimonialbeiträge und die Nebengangsbestimmungen bezüglich der Vorkontrollen in Betracht kommen. Dem Selbstlob der Steuerkompromittierten vom Zentrum, den Konserwativen und National-liberalen über ihre eifrige Tätigkeit zum Zwecke der Reichsfinanzreform stellte Genosse Verstein die Finanzreformprogramm der neuen englischen Regierung, wie es am 30. April d. J. veröffentlicht worden ist, gegenüber. Dasselbe lautete: Steigerung der Progression der Einkommen- und Erbschaftsteuer, Abschaffung des Kohlenausfuhrzolles; Ermäßigung des Zee- und Tabakzolles; Herabsetzung der Postgebühren; Reduzierung der Schuld um 10 Millionen; Herabsetzung des Marine-Stats um 25 Millionen Mark. Das sei eine Finanzreform im wahren Sinne des Wortes, wobergegen unsere sogenannte Finanzreform ein jämmerliches Nichts sei, das diesen Namen nicht verdiene, denn an den Grundfragen unserer Finanzpolitik werde nichts gebessert, sehr viel aber verschlechtert. Die Sozialdemokraten würden gegen die Regierungsvorlage und für die, diese im Interesse der Reichsfinanzen abändernden Anträge von Müller-Fulda stimmen. Trotz der eifrigsten Bemühungen der Regierungsvertreter gelang es diesen doch nicht ihre Vorlage zu retten. Sie wurde durch Annahme der Müller'schen Anträge erledigt. Damit hatte die Kommission ihre Tätigkeit vollbracht.

Dritte Sitzung der Kommission für die Diätenvorlage.

Die Diskussion über die §§ 2 und 4 nahm nach die ganze gestrige Sitzung in Anspruch. Im Verlaufe derselben erklärte der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky, nochmals nachdrücklich, daß die Pauschale, zahlbar in Form von Anwesenheitsgeldern, und die damit verbundene gesetzlich festzulegende Kontrakte, die Grundzüge seien, von deren Annahme die Regierung das Zustandekommen des Gesetzes abhängig mache.

Unter Ablehnung der sonst gestellten Anträge wird § 2 in folgender Fassung angenommen:

Für jeden Tag, an dem ein Mitglied des Reichstages der Plenarsitzung fern geblieben ist, wird von der nächstfolgenden Entschädigungsrate ein Betrag von 20 M. in Abzug gebracht.

(Die Vorlage wollte 30 M. in Abzug bringen.)

§ 4 erhielt nach einem Antrag Wedels, der von den Abgg. Arendt und Spahn amendiert wurde, folgende Fassung:

Die näheren Bestimmungen über die Art der Nachweisung der Anwesenheit der Mitglieder im Reichstage erläßt der Präsident. Von ihm wird auch die Entschädigung für jedes Mitglied des Reichstages auf Grund von Anwesenheitslisten geregelt, in die sich der Abgeordnete während der Sitzung einzutragen hat.

Auf Antrag des Abg. Rasche wurde zu dem § 4 noch ein Absatz hinzugefügt, der bestimmt, daß die Nichtanwesenheit eines Mitgliedes des Reichstages bei einer namentlichen Abstimmung dem Fehlen in einer Sitzung gleich zu achten ist. Dieser Zusatz wurde mit 11 gegen 10 Stimmen beschlossen.

Die Kommission für Maß und Gewichte setzte ihre Beratung bei § 7 fort. Der § 7 handelt von Wein, Obstwein und Bier, die bei festem Verlauf nur in solchen Fässern dem Käufer überliefert werden dürfen, deren Rauminhalt gecheckt ist. Ausnahmen sollen nur bei demjenigen Wein, Obstwein und Bier gestattet werden, dessen Weiterverkauf in Originalgebinden stattfindet.

Hierzu liegt ein Antrag Raab vor, der verlangt, daß diese Ausnahmen, auch wenn Umfällungen stattgefunden haben, gelten sollen, sofern die Verrechnung nicht nach Urtieren erfolgt. Ein Antrag Wallenborn und Genossen verlangt, daß diese Ausnahme nur erfolgt, wenn die Umfällung unter Kontrolle geschieht.

Raab begründet seinen Antrag und zeigt an vielen gerichtlichen Urteilen, daß der heutige Zustand für die deutschen Weinhändler unhaltbar ist.

Ministerialdirektor v. Jonquière verteidigt die Regierungsvorlage und führt aus, daß Klarheit geschaffen werden müsse, was ein „Originalgebinde“ überhaupt ist!

Zubeil bestätigt, daß mit „Originalgebinden“ ein schwindelhafter Handel und Schwindel getrieben wird. Großhändler so wohl als Großgaströcke kaufen dieselben gern zur Lagerung von

Rognal; daraus ergibt sich, daß ein großes Quantum ausländischen Weines nicht mehr in Originalgebinden weiter gegeben wird.

v. Bernstorff tritt für den Antrag Raab ein.

Kunze wird zur Abstimmung geschritten und der Absatz I des § 7 einstimmig angenommen.

Der Absatz II der Regierungsvorlage wird abgelehnt, der Antrag Raab gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. § 8 wird ohne Debatte angenommen, ebenso § 9.

§ 10 wird unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages, der die Förderwagen und -Gefäße dem Fiskus unterstellt sehen will, abgelehnt, trotzdem Genosse Sachse darauf hinwies, daß in Deutschland 120 Gruben die Bergarbeiter durch Verwendung ungeeigneter Fördergefäße in größtlicher Weise schädigen.

§ 11 wird ohne Debatte angenommen.

Zu § 12 sind verschiedene Anträge gestellt. Es handelt sich darum, ob in Zukunft $\frac{1}{4}$ Pfund, Zoll und so weiter beibehalten werden sollen. Von Regierungsseite wird ausgeführt, daß wenn schon ein neues Gesetz gemacht wird, doch auch mit alten Gewohnheiten zu brechen sei. Die Jugend werde heute nur nach den neuen Bezeichnungen erjogen. Der § 12 wird mit dem Antrage Raab: In der 14. Zeile zu sagen: „... dem vierten, dem fünften, dem achten oder dem zehnten Teile des Kilogramms, sowie der Hälfte, dem fünften oder dem zehnten Teile des Gramms entsprechen“, einstimmig angenommen.

§ 13 wird debattelos angenommen.

Bei § 14 setzt die Debatte wieder lebhaft ein; es sind verschiedene Anträge gestellt. Der Paragraf handelt von der Erhebung der Gebühren, sowohl der Fiskus als der Nachschickungsgebühren. Von den Sozialdemokraten ist folgender Antrag gestellt: Dem zweiten Absatz des § 14 folgende Fassung zu geben:

„Die Erhebungs- und Nachschickungsgebühren dürfen die Selbstkosten nicht übersteigen.“

Von Engelen und Genossen: im § 14 hinter dem zweiten Absatz einzufügen:

„Auf die nach Absatz I und II vom Bundesrat zu erlassenden Bestimmungen findet § 10 Absatz 2 entsprechende Anwendung.“

Und von Barwinkel und Genossen: „den ganzen 3. Absatz der Regierungsvorlage zu streichen.“

Zubeil und Sachse vertreten den Antrag der Sozialdemokraten.

Ministerialdirektor v. Jonquière belämpft den Antrag Engelen und fährt aus: Der Bundesrat könne in seinen Befugnissen bei Festsetzung von Gebühren sich nicht durch den Reichstag hineinreden lassen; es sei dies ein Gebiet, das dem Bundesrat ausschließlich zustehe! Diese Stellungnahme wird von verschiedenen Seiten scharf belämpft.

Dr. Barwinkel tritt den Ausführungen Zubeils entgegen.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt, der Antrag Engelen mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen, der Antrag Barwinkel mit 11 gegen 2 Stimmen abgelehnt. — Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

Die Wahl Dietrichs gültig.

Auf Grund eines Wahlprotestes hatte die Wahlprüfungs-Kommission die Wahl des konserwativen Abgeordneten Dietrich im Wahlkreise Ruppin-Templin beanstanden und Wiedererhebungen beantragt. Die Erhebungen haben ergeben, daß die Fälschungen in Marienthal und Wallitz ungenügend waren, so daß das Wahlergebnis nicht gewahrt war. Die Kommission beschloß deshalb, den Wahlakt in beiden Orten zu kassieren. Ferner wurde endgültig festgestellt, daß fünf Bürgermeister und drei Amtsvorsteher unter Beifügung ihres Amtszeichens einen Wahlauftrag für Dietrich unterzeichnet hatten. Zunächst berechnete die Kommission, ob bei Kassierung der für Dietrich in jenen Orten abgegebenen Stimmen die Mehrheit für Dietrich beibehalten werde. Da das nicht der Fall war, wurde die Frage erörtert, ob die Kandidatur Dietrich infolge dieser Vorgänge als eine offizielle zu betrachten sei oder ob die unzulässige Beeinflussung einen Umfang angenommen habe, die zur Ungültigkeitserklärung führen müsse. Nachdem auf den Beschluß des Plenums im Falle Pauli-Oberbarnim hingewiesen wurde, beschloß doch die Mehrheit der Kommission, die Wahl Dietrichs für gültig zu erklären. Ob das Plenum diesen Beschluß akzeptiert, wird sich zeigen.

Maifeier.

Brandenburg.

Freudliche Fortschritte der Maifeier und der Arbeitsruhe werden noch aus Eberswalde, Schwiebus, Jennigsdorf gemeldet.

Pommern.

Arbeitsruhe hat zum ersten Male Stolp für die Maifeier gezeigt. 200 Genossen feierten.

Thüringen.

Die Feier im Herzogtum Altenburg war allenthalben eine wirkungsvolle Demonstration. In der Hauptstadt Altenburg feierten über 1000 Mann, die Putzwerker geschlossen, den Tag durch Arbeitsruhe. — In Eisenberg, einem Städtchen von 10 000 Einwohnern, feierten über 1100 Arbeiter. Die Holzindustriellen, die ihren feiernden Arbeitern die Aussperrung ankündigten für den 2. Mai, mußten es erleben, daß die Arbeiter sich einstimmig dafür entschieden, den ganzen Tag zu feiern. — In Ronneburg fand dieses Jahr zum ersten Male eine Maifeier durch Arbeitsruhe statt. An die 120 Mann feierten den vollen Tag und gegen 270 von nachmittags an. Die Spinnerei- und Webereibesitzer hatten für den Fall des Feierns eine längere Aussperrung angedroht. In Schmöln waren gleichfalls Aussperrungen angedroht worden, nichtbetroffener feierten nachmittags über 200 Mann. In Weiselsdorf, in Wörlitz, Lobitzsch, Bauernsdorf, Gendendorf feierten wie an anderen Orten mehr Arbeiter als in den Vorjahren.

In den größeren Ortschaften Meiningens und Schwarzburg-Rudolstadt fanden die Demonstrationen unter großer Beteiligung statt. In Hattenstein marschierten 600 Personen im Demonstrationzuge.

Hannover.

Zum erstenmal fand in Hildesheim eine Morgenversammlung statt, die von 350 Personen besucht war.

Bremen.

Ueber die Feier in Bremen wird uns noch ergänzend mitgeteilt: Nach Schluß der Morgenversammlungen bewegten sich die Versammlungsbesucher in gemeinsamen Spaziergängen nach dem Innern der Stadt, dem Domhof, von wo aus sich ein endloser Zug von Demonstranten in prächtigem Spaziergange nach dem Bürgerpark bewegte. Hier vereinigte das prächtige Parkhaus in seinem großen Garten und seinem Kaiseraal unter Hinzurechnung von Frauen und Kindern wohl an 10 000 Menschen. Nachmittags waren in sechs Gartenlokalen Konzerte und Kinderbelustigungen vorgesehen. Abends fand in 8 Lokalen gefestiges Beisammensein mit Tanz statt, bei dem überall durch eine kurze Ansprache auf die Bedeutung des Tages hingewiesen wurde. In den zwei größten Sälen Bremens, dem Kasino und der Zentralsäle, fanden außerdem Festveranstaltungen mit künstlerischem Programm statt. Beide Säle waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Besonderen Beifall fand eine von einigen der ersten Kräfte des Bremer Stadttheaters dargestellte Szene aus Schillers „Tell“. — Wie zuvor hat in Bremen die Maifeier eine so große Beteiligung aufzuweisen gehabt wie in diesem Jahre. Auch aus der Umgegend Bremens wird gemeldet, daß die Maifeier überall einen schönen Verlauf genommen hat.

Rheinland-Westfalen.

Aus dem Wahlkreise Bochum wird über sehr große Verbosheit und Schneidigkeit der Polizei berichtet, lediglich der Disziplin der Genossen ist es zuzuschreiben, daß die aufreizenden polizeilichen Maßregeln keine Zusammenstöße zur Folge hatten. In der Stadt Bochum wurden die Feiern, die sich auf der Straße zusammen-

fanden, um zum Festlokal nach Duerenberg zu kommen, zum „Auseinandergehen“ aufgefordert.

Die zahlreichen Polizisten liefen, die Veriteten sprengten aufgeregt hin und her; bald hier, bald dort hieß es: „Auseinandergehen“, „Sie dürfen nicht zusammengehen“, „Das ist hier nicht gestattet“, „Hier muß der Weg frei bleiben“, „Gehen Sie auseinander“. Dieses Rufen, Kommandieren und Anstößeln hörte nicht auf.

Die Genossen ertrugen diese unmöglichen und unmöglichen Verleumdungen mit Kaltblütigkeit. An 1500 Menschen waren schließlich zusammengekommen, so daß sie sich auf zwei Lokale verteilen mußten, da im Versammlungssaal nur 700-800 Platz fanden. Die Versammlung war von Polizei belagert. Eine Maßregel, die als direkte Verhöhnung der Feiernden erschien, war die plötzliche Verhängung der Schanzperre über die Wirtschaft. An jeder der beiden Schanzstellen postierte sich ein Gendarm, um die Beobachtung des Verbots zu erzwingen. Man kann sich die erbitterte Stimmung der Genossen vorstellen. Aber sie bezwangen sich und die Märsche gingen ohne Erschütterung nach dem Marsch vor sich! Aus Witten, wo etwa 800 Genossen feierten, werden ähnliche Polizeitaten gemeldet, im Bezirk Reddinghausen - Herten wurde die beabsichtigte Feier durch Konzert und Ball durch einen Polizeieinsatz verboten, der am Morgen des 1. Mai 7 Uhr einlief!

In Essen wurden 2500 Morgenauflügler gezählt; die Versammlung war überfüllt, so daß noch ein zweites Lokal aufgesucht und gefüllt wurde, für das leider keine Versammlung angemeldet war, da man auf so starken Besuch nicht gehofft hatte.

In Duisburg hatten die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter Arbeiterruhe beschlossen. Die Parole war größtenteils befolgt. Der Ausflug, der im Vorjahre etwa 500 Teilnehmer aufwies, war diesmal auf etwa 2000 angewachsen. Trotz des strömenden Regens! Die Demonstrationsversammlung war von etwa 1200 Personen besucht, da leider das Versammlungslokal nicht mehr fassen konnte. In Ruhrort-Laar und Umgebung beteiligten sich circa 600 Personen an dem Spaziergange gegen 150 bis 200 im vorhergehenden Jahre. Das etwa 500 Personen fassende Versammlungslokal in Laar war gefüllt.

In Oberhausen-Alfaden waren in der Vormittagsversammlung 600 Personen anwesend. In Mülheim ist ebenfalls ein erfreuliches Anwachsen der durch Arbeiterruhe Demonstrierenden zu verzeichnen. 500 Personen beteiligten sich trotz Gewitter und Regen an dem gemeinsamen Auszuge. In der Versammlung in dem schwarzen Sterkrade, wo zum erstenmal eine Märschversammlung arrangiert wurde, waren etwa 200 Personen anwesend. In ganzen Wahlkreise ist eine ganz außergewöhnliche Steigerung der durch Arbeiterruhe Feiernden zu verzeichnen.

In Düsseldorf war die Beteiligung bedeutend stärker als in den Vorjahren. Vormittags fanden fünf Versammlungen statt, die alle fast bis zum Überfließen waren. Beim Nachmittagsauszug, der gewaltige Beteiligung aufwies, zeigte die Polizei eine in den Vorjahren ganz unbekannte Herdostität. Selbstverständlich bekam die Wohlblühende nichts zu tun.

Aus St. Johann-Saarbrücken wird gemeldet, daß die Beteiligung alle Erwartungen übertraf. Die Morgenversammlung war, da die Schneider und Maurer Arbeiterruhe beschlossen hatten, von über 200 Personen besucht. Der nachmittags arrangierte Ausflug, an dem über 400 Teilnehmer teilnahmen, war von 20 behelmten und kriminalschuttpolizei bewacht, die die Wirte in St. Arnal, bei denen die Demonstrationen einleierten, mit allen Mitteln veranlaßten, keine Getränke zu verabreichen. Das schätzbare Manöver wiederholte sich in etwa 4 Wirtschaften. Saarbrücken sieht noch.

Bayern.

In Nürnberg hatte die Arbeiterklasse längst erkannt, daß es in der Form, wie bisher die Feier stattfand, nicht weiter gehen könne. Es wurde schließlich mit gewaltiger Majorität beschlossen, mit dem bisherigen Ausschuss am ersten Mai vormittags eine Versammlung für die Feiernden, abends mehrere Versammlungen für die übrigen Arbeiter, sowie am folgenden Sonntag eine allgemeine Feier in Gestalt eines großen Gartenfestes abzuhalten, vollständig zu brechen und die Feier einzig und allein auf den 1. Mai selbst zu verlegen. Die Probe ist glänzend gelungen. Die Unternehmer hatten es an Drohungen nicht fehlen lassen, aber die Arbeiter ließen sich dadurch keineswegs einschüchtern. Es waren sechs große Volkversammlungen anberaumt, die sämtlich überfüllt waren, in einigen Lokalen standen die Leute in den Höfen und bis auf die Straße heraus dichtgedrängt. Man hätte gefürchtet zehn Versammlungen anberäumen können. Die Zahl der Feiernden betrug nach den Feststellungen der Organisationen ungefähr 14.000. Auch die Arbeiterinnen nahmen außerordentlich zahlreich an der Arbeiterruhe teil.

In den zwei größten Betrieben, den Schudertwerken und den Werken der Maschinenbauaktiengesellschaft, war von den Arbeitern Arbeiterruhe beschlossen worden, wogegen die Kirche und Christlichen in einer Versammlung protestierten. Die Direktionen der beiden Etablissements ließen durch Anschlag verkünden, daß alle Feiernden sofort entlassen würden. Der Erfolg war der, daß aus den Schudertwerken ziele zwei Drittel der Arbeiter, aus der Maschinenbauaktiengesellschaft etwa 800 Mann der Arbeit fernblieben. Den Arbeitern der Schudertwerke wurde noch am gleichen Tage mittags eine eingeschriebene Karte zugestellt, daß sie entlassen seien, und Neueinstellungen erst vom 3. Mai ab „nach Bedarf“ stattfinden würden. Auch von einigen Bierereien, Textilbetrieben usw. wurde den Feiernden die Entlassung mitgeteilt. Die kommende Ausstellung wird indes die Ausspernungsgelüste der Unternehmer schon zähmen.

Aus allen Orten in der Umgebung von Nürnberg und Nürnberg wird berichtet, daß überall ein großer Teil der Arbeiter feierte, ferner wird mitgeteilt, daß in Erlangen, Schwabach, Bamberg, Kulmbach, Schweinfurt usw. die Zahl der Feiernden bedeutend größer war als in den letzten Jahren und der prinzipielle Charakter des Festes mehr zutage trat.

In Wunsburg betrug die Zahl der Feiernden etwa 400, außerdem ließen 600 Steinarbeiter der Umgebung die Arbeit ruhen. Es ist das um so erfreulicher, als die Mehrzahl der Steinbauer bei den letzten Wahlen noch stramm zur Zentrumspartei hielt.

Elfaß-Lothringen.

Die auch in Elfaß-Lothringen im Zeichen des Kampfes eines allgemeinen Wahlrechts stehende Märschfeier verlief allenthalben in glänzender Weise. In den meisten größeren Orten fanden Versammlungen statt, die massenhaften Besuch aufzuweisen hatten. Ebenso fanden die Nachmittagsauszüge unter starker Beteiligung statt. Die Anzahl der durch Arbeiterruhe Feiernden ist überall gewachsen. In Straßburg betrug sie über tausend. Auch in Metz wurde diese für elfaß-lothringische Verhältnisse enorme Ziffer erreicht. In

Zusammenstößen ist es nirgends gekommen, obwohl die Polizei es am nötigen Aufgebot nicht fehlen ließ. Die Straßburger Polizei ließ sich für alle Fälle ein Pütel Soldaten zur Verfügung stellen, das zum Schein mit Bedearbeiten im städtischen Rheinwalde, durch den die Auszügler hindurchzogen, beschäftigt wurde, während die Gewehre in den Gebäuden versteckt lagen. Natürlich erregte diese „Vorsichtsmaßregel“ bei unseren Genossen nicht geringe Heiterkeit.

Ein besonderer Märschzug geht aus der Lungenheilstätte Wörberdorf zu. Der Bericht sagt, daß 28 Patienten der Krankenabteilung in Wörberdorf anlässlich der Märschfeier einen Ausflug nach Dalsdorf in Böhmen gemacht haben. „Wir marschierten geschlossen über die Grenze und hatten uns mit roten Schleifen geschmückt. In einer kurzen Ansprache wurde auf die Bedeutung des Tages hingewiesen. Mit einem Hoch auf die Genossen des In- und Auslandes sowie auf unsere gemeinsame Sache schloß der Alt. Befriedigt darüber, daß wir trotz unserer gegenwärtigen Vorgefetzten unsere Feier gehabt hatten, zogen wir dann nach Wörberdorf zurück.“

Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Zeit, 2. Mai. (Fig. Ver.)

Die Situation ist auch in der letzten Woche im allgemeinen dieselbe wie von Anfang an, d. h. die Streikenden zeigen noch nicht die mindeste Lust, zu Kreuzen zu kriechen. Die Zahlen zeigen von einem Tage zum andern eine geringe Schwankung auf und abwärts. Interessant ist, wie werksseitig die Ziffern der Streikenden festgestellt und der bürgerlichen Presse mitgeteilt werden. Eine ganze Anzahl Leute, gegen hundert, sind entlassen oder haben die Abfuhr genommen, weitere Hunderte sind vorläufig in andere Berufe übergegangen. Flugs kommt man her, erkundigt sich nach den solchermassen „nicht mehr Ausständigen“ und die Täuschung der Öffentlichkeit ist fertig! „Die Zahl der Streikenden geht von Tag zu Tag zurück, die Werke halten den Betrieb eingeschränkt aufrecht, die Produktion beginnt sich langsam zu heben, der Versand wird stärker!“ So schallt es in allen Variationen aus der bürgerlichen Presse. Eine ganz andere Sprache reden indessen die wirtschaftlichen Wochenberichte. Danach ist zu konstatieren, daß der Versand an Rohkohle aus dem Neufeldiger Revier im Monat April dieses Jahres nicht viel mehr als ein leicht Null gewesen ist. Rechnet man sich die Produktion von Briketts und Kappsteine. Die bahnamtliche Ausweise über die von Sachsen her eingeführte böhmische Braunkohle weisen dagegen eine stets ständig steigende Tendenz der Einfuhr auf! Es dürfte gar so lange nicht mehr dauern und die mitteldeutschen Braunkohlenindustriellen haben einen großen Teil ihrer Absatzgebiete an die ausländische Konkurrenz verloren.

Die Zahl der Strafmandate und Befehle beträgt bereits über 30 und vermehrt sich täglich. Den Kellor hält in der Ausfertigung derartiger Dinge die altenglische Staatsregierung.

Das Räufest des Proletariats haben die Streikenden selbstverständlich mitgefeiert. Für die allermeisten von ihnen ist es das erste Mal im Leben gewesen, daß sie den Tag in seiner würdigen Form begehen konnten, in der Form der Arbeiterruhe! Die Veranstaltungen gingen denn auch im ganzen Streikgebiet unter noch nie dagewesener Beteiligung vor sich. Sie sind mit und ohne „Schug“ der Gendarmen glänzend verlaufen. So hat auch die diesjährige Märschfeier ein erhebliches Teil dazu beigetragen, die Vergessenen Mitteldeutschlands zu klassenbewußten Proletariern zu erziehen.

Aus der Partei.

500 neue Mitglieder gewann der sozialdemokratische Wahlverein in Hannover in einer Mitgliederversammlung vom Sonnabend. Glücklich zum weiteren Fortschritt! Dieses Wachstum zeigt, wie sehr die hannoverschen Arbeiter von der Ehrenpflicht überzeugt sind, den Nachfolger des Genossen Meißner mit imposanter Mehrheit in den Reichstag zu senden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wenn Sozialdemokraten begraben werden! In Königsberg gaben am 1. Mai Hunderte von Arbeitern einem verstorbenen Genossen das letzte Geleit. Die Polizei war stark vertreten, hielt sich aber anfänglich zurück. Erst als der Sarg auf dem Kirchhof angelangt war, trat sie in Aktion. Sie schloß direkt hinter dem Sarge die Kirchhofstür und wollte das empörte Gefolge nicht auf den Kirchhof lassen. Selbst die Frau des Verstorbenen mit ihren Kindern war ausgeschlossen worden. Natürlich rief diese ganz unqualifizierbare Maßregel eine ungeheure Empörung im Leidensgefolge hervor. Es wäre wahrscheinlich zu ganz unabsehbaren Folgen gekommen — wenn die Polizei nicht im letzten Augenblick eingelenkt hätte. Sie öffnete nach längerem Hin und Her erst ein kleineres, dann, als sie die Erregung der Menge sah, das größere Tor. Vorher hatte der kommandierende Wachtmeister behauptet, nicht im Besitze des Schlüssels zu sein, und die Verantwortung dem Kirchhofsinspektor zugeschoben. Die Verdrigung ging dann in leidlicher Ordnung vor sich. Bei den erregten Auseinandersetzungen und dem Gedränge, das bei dem Öffnen der Tür stattfand, wurde eine Genossin von einem Schuttmann mit einem Eisenstab der Tür so heftig vor den Magen gestoßen, daß sie in ärztliche Behandlung genommen werden mußte. Nicht nur bei Sozialdemokraten, sondern auch bei ehrlichen Bürgern und Bürgerfrauen hat das Vorgehen der Polizei Entrüstung hervorgerufen. Selbst Unteroffiziere schüttelten den Kopf, als sie die Vorgänge beobachteten.

Die Königsberger „Volkzeitung“ fordert, daß dem Wachtmeister Kodel, der unzulässig auf Weisung seiner Vorgesetzten so gehandelt haben könne, vom Polizeipräsidenten einen Verweis erteilt werde. Ob sie's erleben wird?

Die ganze Redaktion der „Breslauer Volkswacht“ sitzt jetzt im Gefängnis und die Abonnentenzahl des Blattes steigt rapidly. In der letzten Nummer teilt es mit:

Drei Redakteure der „Volkswacht“ sind innerhalb kurzer Zeit ins Gefängnis gewandert und damit ihrer Tätigkeit, die allein dem Dienste der Arbeiterklasse gewidmet war, entzogen worden. Wenn man aber geglaubt hat, damit die „Volkswacht“ zu treffen, so befinden sich jene Stellen in einem gewaltigen Irrtum. Es sind alle Redaktionen getroffen, damit unser Blatt in der allgewohnten Weise erscheinen kann, und nach wie vor werden wir sein und bleiben, das was wir immer waren, das Arbeiterblatt!

Der Düsseldorf Staatsanwalt findet jetzt, nach gut sechs Wochen, daß Genosse Schotte als verantwortlicher Redakteur

unseres Parteiorgans in Düsseldorf durch Aufnahme eines Artikels, überschrieben „Zum 18. März“, sich gegen § 181 des Strafgesetzbuches vergangen habe. Trotz der langen Zeit, die der Herr benötigte, um das Verbrechen zu entdecken, nehmen wir an, daß er auch diesmal in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie Pflaster erbeutet. Die von ihm verfügte Beschlagnahme zweier Flugblätter, die sich gegen die Dreiklassenwahlrecht richteten, ist bekanntlich vom Gericht aufgehoben worden.

Auch ein Hausfriedensbruch. Genosse Hoffmann, Redakteur der „Freien Presse“ in Elberfeld, war vom Vordamer Schöffengericht wegen Hausfriedensbruchs zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hielt am 21. Juni d. J. während der Ausspernung der Bauarbeiter zu Vochum eine Versammlung ab, zu der nur Mitglieder des Arbeitgeberbundes gegen Legitimation Zutritt hatten. Hoffmann hatte sich eine Eintrittskarte zu verschaffen getrachtet, Teilnehmer der Versammlung erkannten ihn aber. Der Vorsitzende forderte ihn zum Verlassen des Lokales auf, wessen sich Hoffmann unter Hinweis auf seine Legitimation weigerte. Er leistete aber Folge, als er durch einen Polizeikommissar aufgefordert wurde.

Die Strafkammer als Berufungsinstanz ermäßigte die Strafe auf 14 Tage Gefängnis.

Straflos der Presse. Mit 200 Mark Geldstrafe wurde Genosse Wendel als verantwortlicher Redakteur der Chemnitzer „Volkstimme“ vom Landgericht Chemnitz bestraft, weil er die Verleumdung der Ronneburger Legitimationsstellen im Chemnitzer Parteiblatt scharf gekennzeichnet hatte, wodurch er die Ronneburger Fabrikanten beleidigt haben soll.

Vom Elberfelder Schöffengericht wurde Genosse Hoffmann als verantwortlicher Redakteur der Elberfelder „Freien Presse“ am Mittwoch wegen Verleumdung der Elberfelder Polizei zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt.

Gerichts-Zeitung.

Schwierigkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens.

Die schwierig es ist, ein Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen, zeigt ein gestern vor der Strafkammer des Landgerichts II verhandelter Diebstahlsfall. Der Schmiedemeister Oscar Schwarz war vom Schöffengericht des Amtsgerichts II wegen Diebstahls zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Er hatte im Herbst 1904 dem Ingenieur Allers in Schöneberg die Schmiede-einrichtung, Handwerkszeug und Material für 400 M. verkauft. Er arbeitete dann noch etwa ein Vierteljahr bei Allers. Am 6. Februar hörte er mit der Arbeit auf und holte das Handwerkszeug, das ihm früher gehört hatte, aus der Allersschen Schmiede zu Schöneberg, lud es auf einen Wagen und fuhr es davon, um es zu verkaufen. Das Handwerkszeug wurde später wiedergefunden und dem Allers zurückgegeben. Der Angeklagte behauptete, daß er das Handwerkszeug nicht mit verkauft habe, das Gericht kam aber auf Grund der Wiederaufnahme zur Verurteilung des Angeklagten. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde verworfen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Leonhard Friedmann betrieb nun das Wiederaufnahmeverfahren und begründete dies damit, daß der Zeuge Allers vor 5-6 Jahren als Maschinenwerkmeister der Igl. Eisenbahn-Reparaturwerkstatt zu Oppeln wegen Unzurechnungsfähigkeit pensioniert worden sei. Der Wiederaufnahme-Antrag wurde abgelehnt. Eine Beschwerde bei dem Kammergericht wurde abgewiesen. Das Kammergericht hielt die vorgebrachte Tatsache, daß der Zeuge Allers seinerzeit entmündigt worden und die Entmündigung durch Gerichtsbescheid vom 23. Dezember 1904 wegen noch vorhandener Geistes Schwäche aufrecht erhalten worden sei, zwar für neu, aber nicht für geeignet. Zweifel an der Zuverlässigkeit der Aussage des Zeugen zu rechtfertigen. „Nach dem ärztlichen Gutachten trete dessen Krankheit im wesentlichen nur unter dem Einflusse des Alkohols zu Tage und es liege kein Anhalt dafür vor, daß beim Abschluß des Kaufgeschäftes der Alkohol auf ihn gewirkt habe. — Rummehr stellte der Verteidiger auf neue einen Wiederaufnahmeantrag und betonte als neue Tatsache, daß der Zeuge an dem Tage des Abschlusses des Kaufgeschäftes viel Bier und Cognac getrunken hatte und daß auch zu dieser Zeit noch der Zeuge wegen Geisteskrankheit (nicht Geistes Schwäche) entmündigt gewesen sei. Diesmal blieb der Erfolg nicht aus: die dritte Strafkammer des Landgerichts I erklärte jetzt den Wiederaufnahmeantrag für zulässig und den Ausschub der Strafvollstreckung für angezogen. In der gestrigen erneuten Verhandlung wies der Verteidiger darauf hin, daß gemäß § 104 Nr. 8 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Allers bei Abschluß des Kaufs „geistes schwach“ gewesen sei. Er habe somit an den von dem Angeklagten an ihn verkauften Gegenständen überhaupt kein Eigentum erwerben können, und somit habe andererseits auch der Angeklagte an diesen in seinem (des Angeklagten) Eigentum verbliebenen Sachen auch keinen Diebstahl begehen können. Das Gericht kam im Anschluß an diese Ausführungen zur Freisprechung des Angeklagten.

Theaterdirektor Bonn vor dem Gewerbegericht.

Der Rechtsstreit der ehemaligen Theaterarbeiter des Berliner Theaters gegen den Direktor Ferdinand Bonn ist zu einem wahren Schmerzenskind des Gewerbegerichts geworden. Gestern stand wieder Termin an, erledigt wurde der Prozeß aber auch in diesem Termin nicht. Wie wir Ostern berichteten, sollte der damals nicht erschienene Zeuge Natull (E. Wargemann) zur neuen Verhandlung vorgeführt werden. Inzwischen lief eine Anzeige von ihm ein, daß er in der Jrenenanstalt des Herrn Sanitätsrats Dr. Edel zu Charlottenburg interniert sei. Es wurde ihm vom Gewerbegericht aufgegeben, anzugehen, wie lange er voraussichtlich verhinbert sein würde, und ein Attest des Dr. Edel darüber, ob er vernunftfähig sei, beizufügen. Von Dr. Edel ging ein Schreiben ein, daß er im sicherheitspolizeilichen Interesse auf Veranlassung des Polizeipräsidenten in die Anstalt Herzberge aufgenommen und von dort in die Edel'sche Anstalt übergeführt worden sei, wo er sich noch zur Beobachtung befinde. Die Dauer des Aufenthaltes lasse sich nicht absehen. Er sei schon vor Jahren entmündigt worden. — Da die Frage wegen der Vernunftfähigkeit nicht direkt beantwortet worden ist, so beschloß gestern der Gerichtshof zunächst, sofort durch einen Boten die Frage wiederholen zu lassen. Nach 1 1/2 Stunden lief die Antwort ein: er ist vernunftfähig; es empfiehlt sich, ihn in der Anstalt zu vernehmen. Gerichtsbescheid: Der Zeuge N. wird unter Hinziehung der anderen Zeugen an einem noch zu bestimmenden Termin in der Anstalt vernommen. Die Kläger protestierten gegen die weitere Hinanschiebung, es nützte aber nichts. Herr Bonn vergnügt sich inzwischen in Jastken.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährwert sich auszeichnend! Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen.

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.

Zentral-Forsprecher: Amt III No. 8804.
Seefisch-Kochbücher gratis.
Verkaufs-Niederlagen:
Prinzenstraße 30 | Madaisstraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz.) | (im Schlesischen Bahnhof.) | (der Kurzenstr. gegenüber.)

Wir empfehlen besonders:
Kabeljau ohne Kopf
Seelachs mit Kopf
im Anschnitt 25 Pf. p. Pfd.
20
Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Partei-Angelegenheiten.

Bezirk Waidmannslust. Die zum Sonnabend, den 5. Mai, fällige Mitgliederversammlung des Wahlvereins kann unvorhergesehener Umstände halber nicht stattfinden. Tag und Stunde der Versammlung wird später im „Vorwärts“ bekannt gegeben werden. Der Vorstand.

Johannisthal. Die Parteigenossen werden darauf hingewiesen, daß am Sonntag, den 6. Mai, mittags 12 Uhr, die Besichtigung des Museums für Völkerverständnis unter Führung des Genossen Dr. Schulte stattfindet. Wir erlauben die Genossen, sich zahlreich zu beteiligen und auch die Frauen mitzubringen. Treffpunkt Bahnhof Johannisthal, 11,25 Uhr. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Landtagswahlkreiseinteilung Berlins,

die wir kürzlich veröffentlicht, enthält verschiedene Irrtümer, sodas wir bei der Wichtigkeit der Sache eine nochmalige Veröffentlichung der zu den einzelnen Kreisen gehörigen Stadtbezirke einer Richtigstellung in einzelnen vorziehen. Bemerkenswert ist aber, daß die Erstwahl, die für den verstorbenen Landtagsabgeordneten Wrid stattgefunden hat, noch nach der alten Einteilung vorgenommen wird.

Die neue Einteilung ist in folgender Weise vorgenommen:

Der I. Landtagswahlkreis besteht aus den Stadtbezirken: 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47a 47b 48a 48b 49 50a 50b 61 283 284a 284b.

II. Landtagswahlkreis:

Stadtbezirke: 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47a 47b 48a 48b 49 50a 50b 61 283 284a 284b.

III. Landtagswahlkreis.

Stadtbezirke: 82 83 84 85 97 98 99 100 101 120 121 122 123 124 125 126 127 128 129 130 131 132 133 134 135 136 137 138 139 140 141 142 143 144.

IV. Landtagswahlkreis.

Stadtbezirke: 66a 66b 67 68 69 70 71 72 73 74 75a 75b 76a 76b 76c 77 78a 78b 78c 114 115 116 117 118 119.

V. Landtagswahlkreis.

Stadtbezirke: 79 80 81 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 102 103 104 105 106 107a 107b 108a 108b 109 110 111 112a 112b 113a 113b.

VI. Landtagswahlkreis.

Stadtbezirke: 147 148 149 150 151 152 153 154 155 156 159 161 162 163 164 165 166 167a 167b 168 169 170 171 172 173 174 175a 175b 176 177 178 179a.

VII. Landtagswahlkreis.

Stadtbezirke: 157 158 160 179b 179c 180a 180b 180c 180d 181a 181b 181c 181d 181e 189a 189b 189c 189d 190a 190b 190c 191 192 193b 193c.

VIII. Landtagswahlkreis.

Stadtbezirke: 1 2 3 4 5 145 146 182 183 184 185 186 187 188 193a 194 195 196 197 198 199 200 201 202 203 204 205 206 207 208 218 219 220 221 222 223 224 225 226 228 229 230 231 237 238 239 240 241 242a 242b 242c 243.

IX. Landtagswahlkreis.

Stadtbezirke: 244 245 246a 246b 246c 247a 247b 247c 248 249 250 254a 254b 254c 254d 254e 320a 320b 321 322 323 324.

X. Landtagswahlkreis.

Stadtbezirke: 209 210 211 212 213 214 215 216 217 227 232 233 234 235 236 251 252 253 254b 255 256 257 258 259 260 261a 261b 261c 262 263 264 265 266 267 268 269 270 271 272 273 274 275 276 277 278 279 280 281 282 305.

XI. Landtagswahlkreis.

Stadtbezirke: 306 307 308a 308b 310 311 312 313 314a 314b 315 316 317 318 319 325 326a 326b.

XII. Landtagswahlkreis.

Stadtbezirke: 285 286 287a 287b 287c 288 289 290a 290b 291a 291b 292a 292b 292c 293a 293b 294 295 296 297 298 299 300 301 302 303a 303b 304 309.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Für Herrn Pastor v. Bodelschwings Obdachlosenkolonie „Hoffnungstal“ erklärte sich gestern die gesamte freisinnige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung. Ihre Redner äußerten sich — ebenso, wie der Vertreter des Magistrats — in begeisterten Worten über dieses Unternehmen, das von der Stadt Berlin durch Vergabe von Mitteln erst lebensfähig gemacht werden soll. Und sie mißbilligten die Kritik, die der Redner der Sozialdemokratie, Genosse Gründel, daran geübt hatte. Gründel zeigte, daß die Folge, die man von dem Werk des Herrn Pastors erwartet, ausbleiben müssen. Im übrigen bedeute es schlimmste Ausbeutung der Arbeitslosen, wenn man ihnen in „Hoffnungstal“, wie beabsichtigt sei, an haren Lohn pro Tag nicht mehr als 25 Pf. bezahle. Herrn Cassel verdroß diese Feststellung, und in der Abwehr entschloß er sich, das Bekenntnis, daß die nach „Hoffnungstal“ hinausprojizierten Arbeitslosen sich wahrscheinlich nicht durch besondere Arbeitskraft und Arbeitsgeschicklichkeit auszeichnen würden. Das ist sehr wohl möglich. Aber es wird doch sonst immer von freisinniger Seite behauptet, die Gasse des Obdachlosen größtenteils noch arbeitsfähig genug, um lohnende Arbeit finden zu können, falls sie arbeiten wollen. Auch gestern bewies die freisinnige Mehrheit durch manchen Zwischenruf aufs neue, daß sie an die Richtigkeit der Arbeits- und Obdachlosen nicht glaubt. Nicht um diesen zu helfen, sondern um das Obdach leer zu kriegen, genehmigte sie den Vertrag mit Bodelschwings. Dagegen stimmten nur die Sozialdemokraten.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung gab es ein paar Debatten, in deren Mittelpunkt der Bürgermeister Reide stand. Herr Reide hat über die Befugnisse des Magistrats und der Verwaltungsdeputationen und über die Rechte der Stadtverordneten-Versammlung sehr merkwürdige Ansichten. Den „fliegenden Biergarten vor dem Rathaus“ hatte er im vorigen Jahre verteidigt mit der naiven Erklärung, die Stadtverordneten seien nicht von dieser Verschönerung in Kenntnis gesetzt worden, weil sie ja ohnedies bemerken mußten, wenn sie zum Rathaus kamen. In diesem Jahre hat der Magistrat die Stadtverordneten um ihre Zustimmung erlucht. Genosse Singer, der damals jene Eigenmächtigkeit behauptet hatte, erkannte gestern an, daß der Magistrat Lehre angenommen habe. Aber Herr Reide verwarf, den Rückzug zu maskieren. Er behauptete, der Magistrat tue das nur aus Höflichkeit; nötig habe er es nicht. Noch schlechter schmitt er ab in der Debatte über die „Verschönerung“ des Alexanderplatzes, die Berlin sich vom Warenhaus Tieck hat bezahlen lassen. Der

„Vorwärts“ hat diese skandalöse Angelegenheit aufgedeckt, und im Stadtparlament wurde sie gestern von unserem Genossen Vorkmann zur Sprache gebracht. Herr Reide behauptete, der „Vorwärts“ habe die Sache so gedreht, daß sie interessant scheine. Aber durch seine eigenen Versuche, sie anders zu „drehen“, wurde sie noch „interessanter“. Vorkmann erwiderte ihm durchaus zutreffend, die Antwort sei lediglich eine Bestätigung. Genosse Schulz erzählte, man habe in der Parkdeputation es so gehalten, daß auch mancher, der anfangs dagegen gewesen war, hineinfallen mußte. Herr Reide gab sich so unschuldig, wie ein neugeborenes Kind. Dreist behauptete er auch hier, das gebe die Stadtverordneten nichts an. Genosse Singer mußte ihm klar machen, daß die Stadtverordneten hier sehr nachdrücklich mitzureden haben. Den Skandal, den der Bürgermeister zu verteidigen sich bemühte, bezeichnete Singer als unwürdig. Den unglücklichen Bürgermeister wollte schließlich selbst Herr Cassel nicht weiß waschen.

Ein Berliner Waisenjunge als pommerischer Landarbeiter.

Man weiß, daß die Waisenverwaltung der Stadt Berlin die Waisenkinder, die sie in fremde Familien weggeben will, größtenteils in die Provinz verschickt und sie dort möglichst in Dörfern unterzubringen sucht. Sie behauptet, das geschehe aus gesundheitlichen Gründen im Interesse der Kinder, denen sie hiermit eine Gelegenheit zu körperlicher Kräftigung bieten wolle. Auch das ist bekannt, daß nur zu oft dieser Landaufenthalt den Waisenkindern ganz anderes als gesundheitliche Förderung bringt. Die hygienischen Verhältnisse sind in den niedrigen Hütten der Dörfer gewöhnlich nicht besser als in den hochragenden Mietkasernen der Großstadt. Und die meisten Landbewohner vermögen nicht einzusehen, daß die Berliner Waisenjunge ihnen zu einem anderen Zweck anvertraut sein können als dazu, billige Arbeitsburden für sie abzugeben.

Doch nicht von diesen Kindern wollen wir heute sprechen, nicht von denen, die unsere städtische Waisenverwaltung in die Dörfer gibt, sondern von den anderen, die der freiwillige Erziehungsbeitrag für schulentlassene Waisen auf dem Lande unterbringt. Diese gemeinnützig-wohltätige Vereinigung hat sich die Aufgabe gestellt, für solche Waisenkinder zu sorgen, die nicht der öffentlichen Waisenspflege anheimfallen, sondern bei der Mutter oder anderen Angehörigen geblieben sind. Vor allem will der Erziehungsbeitrag — so versichert er — den Kindern bei der Berufswahl beistehen, sie in Lehr- oder Dienststellen bringen, ihnen Arbeit verschaffen usw. Nebenher wird den besondern Fürsorge bedürftigen Kindern noch manche andere Förderung versprochen. So sollen schwächliche Kinder zunächst mal aufs Land gegeben und dort beschäftigt werden, damit sie erst ein bißchen zu Kräften kommen. Das klingt sehr schön, wenn man's so hört, und in den Reden, die der Erziehungsbeitrag dann und wann darüber veröffentlicht, wird dieser Landaufenthalt nicht wenig gerühmt. Doch auch hier ist nicht alles Gold, was glänzt. Das lehren die Erfahrungen, die ein Berliner Waisenjunge bei einem pommerischen Bauern gemacht hat, dem der Erziehungsbeitrag ihn in Pflege gegeben hatte, damit er sich dort erhole.

Der Erziehungsbeitrag verteilt in den Schulen vor jedem Halbjahreschluß unter den einlässigen Waisenkindern Zirkulare, die auf seine Bestrebungen hinweisen. Auch einem vierzehnjährigen Schüler W., der ein Jahr in der ersten Klasse einer hiesigen Gemeindefschule saß, wurde vom Lehrer ein solches Zirkular überreicht. Später fand sich bei der Mutter eine Dame ein, die im Auftrage des Erziehungsbeitrages mit ihr über den Jungen verhandelte. W. wollte Kürschner werden, aber da er schwächlich war, so wurde in Aussicht gestellt, ihn zunächst auf das Land zu geben, etwa zu einem Förster. Frau W. willigte ein, und der Junge dampfte nach Pommern ab. Wie es ihm dort erging, das erfah Frau W. sehr bald aus den Karten und Briefen, die er herschickte. Die erste Karte berichtete über die Ankunft und schloß: „Wald ist in der Umgebung nicht zu sehen.“ Mutter und Sohn waren nämlich der Meinung gewesen, daß es sich tatsächlich um einen Erholungs-aufenthalt bei einem Förster handle. Die zweite Karte brachte kurze Angaben über Kost und Beschäftigung. Sie schloß: „Nächste Woche beginnt das Schafhüten.“ Und eine Nachschrift meldete: „Herr A. ist kein Förster, sondern ein Bauer.“ Dann folgte als dritter Bericht ein längerer Brief. W. sagte darin, daß er viel arbeiten müsse, Kartoffeln schälen, Futter stampfen, das Vieh füttern, Mist spreiten, gelegentlich auch Futter machen usw. Die von der Mutter beforderte Längeweile sei ihm hier unbekannt. „Freilich, wenn (so schreibt er) ich die Schafe hüten soll, dann wird es schon langweilig sein.“ Auf diese Beschäftigung kommt er an einer anderen Stelle des Briefes noch einmal zurück: „Wenn ich auf die Schafweide gehe, würde ich Vieher wohl brauchen können.“ Er bittet auch um mehr Kleidung: „Wäsche, Strümpfe und eine derbe Hose zum Arbeiten könnte ich gut gebrauchen. Sehe Dich nun nicht gleich hin und schaffe die Röhre durch an der Hose, sondern laufe welche, aber nicht zu teuer, zum Arbeiten.“ Der nächste Brief wurde auf der Schafweide mit Bleistift geschrieben. Zur Frage der Vervollständigung seiner Garderobe meldete W.: „Die grauen Hosen würden genügen, aber die sind kurz und klein gerissen. Die braunen Hosen kann ich nicht anziehen, die Leute würden mich auslachen; sie sind zu kurz. So habe ich denn die schwarzen angezogen. Die sind aber schon so veraltet, daß ich sie zu Sonntag nicht mehr gebrauchen kann. Solltest Du Stoff für Arbeitshose gekauft haben, so lege den Stoff nicht in die Ecke, sondern nahe sie ruhig fertig; denn die schwarzen werden auch nicht mehr lange reichen. Wenn Du aber keinen Stoff gekauft hast, so ranne nicht gleich zu Wertheim und laufe Sonntagshosen. Die kann ich nicht gebrauchen; denn die Schafe wollen immer was fressen, also auch am Sonntag.“ W. will sagen, daß es für einen Hüttenjungen keinen Sonntag gibt. Er bittet dann noch einmal um Vieher: „Das Wiederlesen würde schon gehen; denn das Viehschneiden geht doch. Dieser Brief ist nämlich auf der Schafweide geschrieben. Wenn Du aber keine Vieher bekommst, so schade eine keine.“ Auch der nächste Brief wurde mit Bleistift auf der Schafweide geschrieben. Darin sagt W.: „Wenn ich mich hinsetze und will eine Karte oder einen Brief schreiben, so heißt es gleich: An wen schreibst Du denn schon wieder! Dabei schreibe ich doch selten genug. Es ist den Leuten zuviel, wenn ich Dir schreibe, wie dreißig es mir geht.“ Er erzählt dann: „In der ersten Zeit ging es mir sehr schlecht. Ich mußte arbeiten, wie ein Knecht, weil die Leute zu geizig sind, sich einen Diensthöten zu halten. Erst mußte ich auf dem Felde Kaufwurstschüssel abheben, wobei einem die Knochen wehtun. Kamentlich aber das Arcus, weil man gebüdt. Das ging so 2 1/2 Tage lang. Dann mußte ich wieder Steine ausheben, was auch nicht besonders leicht ist.“ Wir wollen hier hinzufügen, daß die Steine (wie der Junge uns in persönlicher Unterredung mitgeteilt hat) aus dem Aker mit Spaten und Hebelstange herausgeholt werden mußten. Sie waren durchschnittlich so groß wie ein Menschenkopf, manchmal kleiner, manchmal aber auch noch größer. Dem W. der diese Arbeit zu seiner „Erholung“ berichten mußte, sieht man's auf hundert Schritte an, daß er schwächlich ist. Er hat übrigens früher an Knochenvermeidung gelitten. Nun, da war doch wenigstens der Hüttenbesitzer eine „Erholung“ für ihn? Wir zitieren hier am besten wieder den Brief, dessen Darstellung nichts an Anschaulichkeit zu wünschen übrig läßt: „Zum Hüten habe ich einen Schäferhund zu mir genommen, der keine haben. Warum? Er leckt die Schafe auf einen Haufen, das heißt: er treibt die Schafe zusammen. Das soll er nicht. Wenn also die Schafe ins Korn gehen, so muß ich selbst hinhinrennen, und ich habe Holzpantoffel an. Damit kann ich doch nicht rennen. Dann könnte ich auch ohne Hund hüten.“ Dann

kommen wieder Klagen über rasche Abnutzung der Kleider: „Daß ich mehr zerreißt, ist begreiflich. Die grauen Hosen sind schon altersschwach gewesen. Die schwarzen gehen auch schon auseinander. Die Röhre plagen, aber nicht weil ich viel geworden bin.“ Man sieht, der Junge hatte noch Humor bewahrt, wenn auch nur Galgenhumor war.

Das war der letzte Brief, den W. nach Hause schrieb. Inzwischen hatte nämlich Frau W. sich an den „Vorwärts“ gewandt. Wir rieten ihr, vom Erziehungsbeitrag Reichenschaft zu fordern und auf sofortige Zurückholung des Jungen zu dringen. Sie setzte dann tatsächlich durch, daß man nach einigem Widerstreben ihr 20 M. einhändigte, damit sie selber den Jungen zurückholen könne. Als er wieder in Berlin war, gab es auf dem Bureau des Erziehungsbeitrages noch eine kleine Szene. Er ging hin, um einen nicht verbrauchten Rest des Reisgebeldes abzuliefern. Auf dem Bureau wurde er nun examiniert. Als er begann, er habe Kaulquatschhügel abheben müssen, meinte eine Dame, das sei doch Spielerei. Er fuhr fort, auch Steine habe er aus dem Aker herausholen müssen, aber die Dame unterbrach ihn, auch das sei nur Spielerei. Weiter ließ man ihn nicht reden, und man hieß ihn gehen.

Daß die Dame selber einen erholungsbedürftigen Jungen, so möge sie ihn einmal auf ein paar Wochen zu einem pommerischen Bauern geben, damit er dort Landarbeiter „spielt“. Vielleicht wird sie dann über die „Spielerei“ anders denken lernen. Den unbemittelten Witwen, die von Damen des Erziehungsbeitrages mit Besuchen beehrt werden, empfehlen wir, vorzüglich zu sein gegenüber der „Fürsorge“, die man ihnen für ihre Kinder anbietet. Vor dem „Landaufenthalt“ sei dringend gewarnt. Ueber die Mittel zur „Kräftigung“ schwächlicher Jungen scheint man im Erziehungsbeitrag merkwürdige Ansichten zu haben.

Eine Verteidigung des „richtigen Mankes“, des Stadtrais Fischbeil, dessen selbstbereiteter Reinsal in unserer Dienstadtnummer geschilbert worden war, wird von der Freien deutschen Presse veröffentlicht. Danach soll im „Vorwärts“ unser Genosse Hoffmann „geflennt“ haben über das „Unrecht“, das Fischbeil ihm zugefügt habe. Fischbeil habe, so wird in der Verteidigung erzählt, in einer der letzten Stadtratsversammlungen öffentlich festgestellt, daß Hoffmann im Obduktorium gegen den neuen Inspektor des Obdachs gestimmt habe, den er nun selber als human rühme. Infolgedessen habe jetzt Hoffmann im Kuratorium „eine Gelegenheit vom Jamme gebrochen“, um den Versprechenden Fischbeil „wegen seiner Enttäuschung mit einem Stednadelknopf anzugreifen“. In dieser Verteidigung, zu deren Veröffentlichung die „Freie deutsche Presse“ gerade das richtige Blatt ist, wird mit keinem Wort angedeutet, welcher Art denn der „Stednadelknopf“ war, mit dem der unverbeßerliche Sozialdemokrat dem verdienten Herrn Stadtrat zu Leibe ging. Die Leser des freisinnigen Blattes dürfen eben nicht erfahren, wie hilflos Herr Fischbeil in die Falle hineingetapelt ist. Es darf ihnen nicht verheimlicht werden, daß er im Kuratorium genau das als unzulässig bezeichnet hat, was er wenige Wochen vorher in der Stadtratsversammlung selber getan hatte. Sollte der Mann, den der Oberbürgermeister Kirchner einmal als den „richtigen“ für die Obdachlosen da draußen bezeichnet hat, etwas wie Scham über seine Blamage empfinden?

Der Arzt und Schriftsteller Dr. Wolf Becker ist gestorben. Er ist im Alter von nur 44 Jahren einer Lungenerkrankung erlegen, die sich aus einer Infuenza entwickelt hatte. Becker ist weiterhin Freirei und auch der Arbeiterbevölkerung bekannt geworden durch seine Bestrebungen auf dem Gebiete der sozialen Hygiene. In dem Kampfe gegen die Tuberkulose hat er manche wertvolle Anregungen gegeben. Ihm verdanken ihre Entstehung die W alderholungsstätten — ein Unternehmen, dem er sich in selbstloser Weise gewidmet hat.

St. Bureaukratismus. Ueber einen Missetand in den städtischen Krankenhäusern und anderen öffentlichen Krankenanstalten wurde in der Generalversammlung der Betriebskrankenkasse der Großen Berliner Straßenbahn von verschiedenen Delegierten lebhaft Klage geführt. Die Veranlassung zu der Debatte gab ein Vorfall, der sich am vorigen Sonntag in Weihenstephan zutrug. Dort war ein Straßenbahnkassierer schwer verunglückt und mußte nach dem Viktoria-Krankenhaus geschafft werden. Den Kollegen, die den Transport bewirkten, wurde bedeutet, daß alles besetzt sei, und erst auf den Einwand, daß es unmöglich wäre, den Schwerverletzten weiter zu transportieren, wurde für diesen ein Bett zur Verfügung gestellt. Um ihn nach dem Aufnahmezimmer zu schaffen, mußte eine Tragbahre herbeigeholt werden, und es vergingen mehrere Minuten, ehe dies geschah. Dann mußte der Verunglückte, der eine Querschnitts des Brustkastens und Bauchfellverletzung erlitten hatte, erst seine Personalien angeben, obwohl er nur schwer und stoßweise zu sprechen vermochte. Die Schwester, welche die Personalienaufnahme bewirkte, hatte auch erkannt, daß dem Verletzten das Sprechen sehr schwer wurde, denn als der Verwundete noch eine Pfeilung an seine Frau machen wollte, wurde ihm das Sprechen unterbunden. Er verging geraume Zeit, ehe der Unfallhabende nach dem Untersuchungsraum gebracht und ihm die erste Hilfe zuteil wurde. In der Diskussion, die sich dieser Schilderung anschloß, wurde hervorgehoben, daß auch in den übrigen, besonders in den städtischen Krankenhäusern die Aufnahmemaßnahmen selbst bei Schwerverkranken eine erhebliche Zeit in Anspruch nähmen. Man begnügte sich nicht mit der Feststellung der Personalien des Patienten, sondern derselbe hat auch noch Geburts- und vielleicht jahrzehntelange zurückliegende Todeslage der Eltern anzugeben, ja selbst wo diese gestorben sind, wünschte die Krankenhausverwaltung zu wissen. Es wurde hervorgehoben, daß die Nationalversicherung, wenn hierbei nur einige Schwierigkeiten entstanden, eine Zeit bis zu dreiviertel Stunden in Anspruch nähmen. Der Vorstand wurde beauftragt, gegen diesen allen Fortschritten auf dem Gebiete der sanitären Hilfe hohen sprechenden Jopp der Krankenhausverwaltungen Stellung zu nehmen.

Aus dem Straßengeleise. Tödlich verletzt wurde vorgestern abend kurz nach 9 Uhr bei einem Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Jockeide der Kaufmann Hermann Lerm, Liegnitzerstr. 5 wohnhaft. L. fuhr auf einem ihm gehörenden Jockeide die Wilschenerstraße entlang und bog vor dem Hause Nummer 78, einer vor ihm fahrenden Droschke ausweichend, nach dem Straßengeleise hinüber. Auf diesem kam der Motorwagen Nummer 1748 der Linie 89 entgegen. Der Fahrer des Motorwagens bemerkte den dicht hinter der Droschke herkommenden, auf die Schienen hinauffahrenden L. erst im letzten Augenblick, gab sofort Gaspedal und verminderte auch die Geschwindigkeit des Motorwagens ganz erheblich. L. versuchte nun zwar wieder nach der anderen Seite des Fahrdammes hinüberzublicken, fuhr jedoch bei der kurzen Entfernung gegen die vordere Plattform des Straßenbahnwagens und wurde mit seiner Maschine zurückgeschleudert. Der Kaufmann stürzte und fiel so unglücklich mit dem Hinterkopf auf die Kante der Vordrschelle der Promenade, daß er einen komplizierten Schädelbruch erlitt. Lerm wurde nach dem Krankenhaus Am Urban gebracht, wo er bald nach seiner Einlieferung verstarb. Von einer Automobildrochke überfahren und tödlich verletzt wurde in der vorgestrigen Nacht der Handelsmann Barthe, der schon einmal das Opfer eines ähnlichen Unglücksfalls geworden war. W. passierte in der zwölften Nachtstunde die Alte Schönhauserstraße und wollte an der Ecke der Ringstraße den Fahrdamm überschreiten. Hierbei stürzte er vom Bürgersteig herab, fiel auf den Fahrdamm, und zwar unmittelbar vor einer heranrollenden Automobildrochke, deren Räder ihm über den Brustkasten hinweggingen. Der Droschkenfahrer erlitt eine Querschnitts des Brustkastens und einen Schädelbruch. Der Fahrer des Automobils brachte den Schwerverletzten nach der Unfallstation in der Straße...

Straße, von wo er nach der Charité übergeführt wurde. Vor etwa acht Jahren war B. unter einem Omnibus geraten, dessen Räder ihm die rechte Hand zerquetschten. Durch den damaligen Unfall war B. der rechte Arm verkrüppelt worden.

Beim Abstieg eines Eisenträgers verunglückt. Auf dem Bau-terrain der Niesen-Konzerthalle im Zoologischen Garten hat sich gestern kurz vor Feierabend ein bedauerlicher Unglücksfall zugetragen. Ein etwa 20 Zentner schwerer Eisenträger war beim Aufwinden vom Kranhaken gestürzt und traf unglücklicherweise den Arbeiter Johannes Beck aus Ober-Schöneberg. Schwerverletzt wurde B. in das Krankenhaus in Moabit eingeliefert.

Von einem Stadtbahnfahrender beraubt wurde in der gestrigen Nacht der städtische Beamte G. aus der Gürtelstraße in Rummelsburg, der einen Stadtbahnzug von der Jannowitzbrücke aus benutzte. Er schloß unterwegs ein und machte bei Ankunft auf der Station Rummelsburg die Entdeckung, daß ihm auf der Strecke sein Portemonnaie mit 10 M. Inhalt und eine goldene Zylinderuhr gestohlen war. Der Diebstahl ist vermutlich zwischen den Stationen Schlesischer Bahnhof und Warschauer Brücke verübt worden. Die gestohlene Uhr trägt die Nummer 6351.

Aus einem Zuge herausgestürzt und schwer verletzt wurde gestern Abend ein Arbeiter aus der königlichen Gewerbfabrik in Spandau, dessen Personalien bisher noch nicht festgestellt werden konnten. Der Arbeiter war von seiner Arbeitsstelle aus Spandau kommend auf dem Bahnhofs Weidung eingetroffen und wollte das Coupee verlassen, ehe der Zug gehalten hatte. Er stürzte auf den Bahnsteig, erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde bestimmungslos dem Moabiter Krankenhaus zugeführt. Der Verunglückte, der mit dem Leben wohl kaum davonkommen dürfte, ist etwa 50 Jahre alt und war im Besitz der Arbeitsnummer 1306 der königlichen Gewerbfabrik in Spandau.

Bei der Raifair sind verschiedene Gegenstände gefunden worden respektive verloren gegangen, so in der Brauerei Friedrichshain ein Portemonnaie mit Geld, abgehoben bei Fr. Kaiser. Am Friedrichshain 10, Seitenstr. III. Desgleichen ein Schirm, derselbe kann bei Barentzin, Lillferstr. 81, in Empfang genommen werden.

In Südost ist ein Mantel und Schirm gefunden worden und in der Parteipedition, Lausiger-Platz 14/15, abgehoben.

Im Ballspielverderben Lokal, Wadstraße, ist eine goldene Damen-uhre verloren gegangen. Der Finder derselben wird gebeten, dieselbe bei W. Baumann, Bergstr. 70, I. Quergebäude III, abzugeben.

Straßensperrungen. Die Jannowitzbrücke und die Straße An der Jannowitzbrücke von der Ecke der Brückenstraße und des Brandenburger Ufers bis zur Holzmarktstraße ist beidseitig zur Ausführung von Reparaturarbeiten an der Stadtbahnüberführung dorthin bis auf weiteres für schwere und Lastfahrzeuge gesperrt worden. — Die Malpfaßstraße von der Liebenwalder bis zur Seestraße wird beidseitig für schwere und Lastfahrzeuge gesperrt.

Der Zentralverband der Schmiede ersucht um Veröffentlichung folgender Notiz:

Einer unserer Handlaffierer hat bei seiner Tätigkeit ein Portemonnaie mit Inhalt verloren, und zwar am Sonntag, den 29. April, vormittags 9 1/2 Uhr, auf dem Wege von Schlesischestr. 21 bis Nr. 7. Es war ein gelbes Lederportemonnaie mit 24,75 M. Inhalt. Der eifrige Finder wird gebeten, dasselbe in unserem Verbandsbureau, Stralauerstr. 48, abzugeben.

Das Apollo-Theater hat sein Repertoire recht abwechslungsreich gestaltet. Das Märchenstück „Eisentüte“ führt uns ins Reich der Elfen, durch deren Lockungen schließlich ein Wanderer das Opfer derselben wird. Die Akrobaten „Les Figants“ bringen auf dem Gebiete der „Hand auf Handstände“ viel Neues. Es folgt dann La Katschke, der mexikanische Tanz, der von acht elegant kostümierten Tänzerinnen vorgeführt wird. Auf dem Gebiete des Humors wirkt der Humorist Martin Kettner und der Bauchredner Heinrich Wank, der mit seiner Szene: „In der Waldschänke“ schallende Weitzerheit hervorruft. Ihnen schließen sich die komischen Exzentriks Reje und P. P. mit ihrem Humori-Bummel würdig an. Mit den einfachsten Mitteln rufen diese Künstler die drastischsten Situationen mit wahrhaftig erschütternder Komik hervor. Das Gastspiel der amerikanischen Burlesk-Compagnie mit ihrer Pantomime: „Born und Dint“ ist eine Variation der wenig ansprechenden Pantomime: „Ein Abend in einem amerikanischen Singelangel.“ Man ist froh, wenn eine neue Nummer drankommt. Da die französischen Sängerinnen schon wieder aus der Mode kommen, hat auch das Apollo-Theater zu einer englischen gegriffen; sie singt und tanzt, aber auch nicht anders als die Französin. In ein Märchenland von prachtvoller Schönheit versetzt uns die „Wundergrotte“, die mit den farbenprächtigen Wasserfontänen eine Zugnummer des Programms darstellt, wie überhaupt auf dem Gebiete der Lichteffekte in diesem Variété Vortreffliches geleistet wird.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Ueber zu wenig Polizei am Orte wird wohl schon seit langem in sämtlichen bürgerlichen Vereinen geklammert. Alle möglichen Gelegenheiten werden benützt, um zu beweisen, daß die Sicherheitsverhältnisse in den Straßen Schönebergs durch den Mangel an Schutzleuten immer unzulänglicher werden. Auch das „Schöneb. Ztbl.“ glaubt, durch eine Schilderung von Antempelungen heimkehrender Konzert- oder Theaterbesucher durch rabaukische Elemente den Anfechtung zu erwecken, als ob die Sicherheit gegen derartige Rowdies nur in einer Vermehrung der Polizei garantiert sei.

Der von uns vor ganz kurzer Zeit erwähnte Vorgang hat alles andere, nur keinen Mangel an Polizei erwiesen. Auch hatten sich unsere Genossen anlässlich der Raifair gerade nicht über zu geringe Bemerkung zu beklagen, alles Beweise, daß noch eine Anzahl Polizeibeamten von überflüssigen Posten abgefordert werden können. Nichtsdestoweniger ist es auch schon vorgekommen, daß während Duzende von Beamten nutzlos Parteiveranstaltungen oder Vergnügen bewachten, sich an manchen Stellen die größten Exzesse abspielten. Solche Vorkommnisse soll man aber nicht zum Anlaß machen, um die Forderung nach „mehr Polizei“ als berechtigt erscheinen zu lassen.

Rantwig.

Das „Tageblatt für Rantwig und Umgegend“ leistet sich in der Dienstagsnummer ein Stück christlicher Eshypothese. Wie an andere Orte, so hat auch hierher der Agitationsausflug der Freireligiösen-Gemeinde Flugblätter verandt, um sie zur Verteilung gelangen zu lassen. Selbstverständlich ist diese Arbeit auch in der promptesten Weise verrichtet worden. Der Redakteur genannten Blattes führt sich nun berufen, dieses Flugblatt zunächst einmal als ein „sozialdemokratisches“ zu bezeichnen und nennt es „wenig geistreiches Schmierpapier“, das man dem Feuer übergeben müsse. Die Kritik, die sich alsdann an die despektierliche Bezeichnung knüpft, läßt allerdings den Artikelschreiber als eine dieser höchst geschmackvollen Bezeichnungen ähnliche geistige Reichte erscheinen. Fast scheint es, als ob man es mit einem christlichen Demagogen zu tun hat, indem in genanntem Artikel der Vater, der die Austrittserklärung aus der Kirche unterschreibt ein gewissenlos und an seinen Kindern unheimlich handelnder bezeichnet wird. Dagegen rät der christliche Schlichter: „Lassen wir doch unseren Kindern die Religion; wenn sie erwachsen sind und einige Lebenserfahrung haben, dann mögen sie es mit ihrem Gewissen abmachen, ob sie an dem Glaubensbekenntnis festhalten wollen oder nicht.“ Die Religion ist nötig, eine gesunde und sittliche Erziehung der Kinder zu erzielen.“ Das ist es eben, was die Flugblattverleiher für die Erziehung und Entwicklung des Kindes für verderblich halten. Die

Behauptung, daß Religion nötig ist, eine gesunde und sittliche Erziehung zu erzielen, genügt heute nicht mehr, um den Kampf gegen die materialistische Geistesdrehung zu verhindern. Ein nicht geringer Teil hat bereits einsehen gelernt, daß der verderbliche Einfluß des Pfaffenstums nicht erst beseitigt werden kann, nachdem man das Kind 8 Jahre durch die muffige Atmosphäre einer iden und geistes-tötenden Erziehungsstätte führt, sondern daß der Hebel vorher angelegt werden muß, um die Kinder dem christlichen Einfluß zu entziehen. Daß dieser Standpunkt in dem Hirn des Rantwiger Tageblattredakteurs keine Stätte findet, nimmt uns nicht wunder; sein im Rantwiger Tageblatt niedergelegter Unfug wird aber für unsere Genossen ein neuer Beweis sein, daß der Kampf gegen die Verminderung der Volksschule ein Kulturkampf im wahren Sinne des Wortes ist.

Steglitz.

Die Nacht des Schusters. Zu der imposanten Schar derjenigen Arbeiter, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe feierten, gehörten auch die vier Gesellen des Schuhmachermessers und Schuhwaren-händlers Schweinsberg in der Däppest. 30. Das hat den ehrfamen Meister derart erobert, daß er alle vier Mann auf das Pflaster warf. Jedenfalls ein merkwürdiges Verfahren zur Erhaltung und Heranziehung von Arbeiterkundschaft.

Zossen.

Die hiesige Parteibewegung macht, wie die letzte gut beinigte Generalversammlung bewies, erfreuliche Fortschritte. Die gegenwärtige Mitgliederzahl beträgt 120. Dem Kassenericht ist zu entnehmen, daß einer Einnahme von 81,00 M. eine Ausgabe von 57,07 M. gegenübersteht. Zur nächsten Versammlung wird ein Referat über „Die politische Lage Deutschlands“ gehalten werden.

Potsdam.

Die Schule im Dienste der Kirche. Die „christlich-nationalen“ Geister und kleinen Meister in unserer Havelstadt stellen wieder ihren Mann, wenn es gilt, die Volksschule der vollständigen Verpflanzung auszuliefern. Auch hier heißt es salbungsvoll: „Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben!“ Nach ihrer Anschauung ist die Volksschule bekanntlich nicht dazu da, um denkende Menschen heranzubilden, sondern „patriotische“ Vaterlands-verteidiger des Kapitals, das nur willige „Hände“, aber keine aufgestellten Köpfe brauchen kann. Bisher glaubten hier naive Gemüter zwar noch vielfach, daß die Lehrer an den Volksschulen gegen die bedrückende Anwesenheit derselben durch die Staatskirchen-dienere ebenso front machen würden wie ein Teil des deutschen Volkes. Die letzten Ereignisse in der zweiten Residenzstadt gelegentlich der Hoffestlichkeiten und bei anderen „passenden“ Gelegenheiten haben diesen Glauben aber stark erschüttert. Ja, der Glaube an die Unabhängigkeit der hiesigen Volksschullehrer dürfte ganz in die Brüche gehen, wenn die folgende nette Tauf-geschichte allgemein bekannt sein wird. Bei der vergangenen Ostereinkaufung wurde in die 6. Bezirksschule auch ein Abschläge gebracht, der nicht — getauft war. Das hat zwar die Eltern wie ihrem Sprößling absolut nicht geniert; sie lebten glücklich und recht nach dem Grundsatz: „Jeder könne nach seiner Façon selig werden!“ Bei dem Herrn Schullehrer scheint indes der Gedanke vorherrschend zu sein, daß der ungetaufte Mensch überhaupt kein richtiger Mensch ist. Er stellte deshalb an die „hebnische“ Mutter des neuen Schülers das Ansuchen, den kleinen Erdenbürger so schnell wie möglich taufen zu lassen, damit er vor den Gefahren dieser sündigen Welt bewahrt bleibe. Als dieser „fromme Wunsch“ auch nach einigen Tagen noch ein solcher blieb, erklärte der Missionar im Schultes kurz und bündig, daß er selbst nun dafür sorgen wolle, daß der Junge getauft werde. . . .

Wir wissen nicht, ob sich die Eltern dieser veruchten Vergewaltigung der geistlich garantierten Glaubensfreiheit gefügt oder sie stillschweigend geduldet haben. — Jedenfalls zeigt dieser leider nicht vereinzelt dastehende Fall eines Gewissenszwanges wieder aufs neue, wie notwendig auch in Potsdam die Agitation gegen die volksfeindlichen Praktiken der Dunelmänner ist. Der Kampf gegen die Verpflanzung der Volksschule ist zugleich ein Kampf um die Freiheit. Die Kirche sieht hier ganz besonders im Dienste der herrschenden Gewalten, denen nichts verhafter ist als eine freie Volksschule. —

Die großartig verkaufte Raifair ist dem hiesigen „Intelligenzblatt“ arg in die reaktionären Knochen gefahren. Es weiß sich von dem ersten Eindruck, den die allgemeine Arbeitsruhe hier im Lager des Reichsverbandes“ erzeugt hat, nicht anders zu retten, als den Weltfeindtag der Arbeit mit einigen faden „Wipen“ abzutun. Selbstverständlich ist dabei der Kezer über unseren Fortschritt das einzig wahre. Unsere Aufgabe muß jetzt darin liegen, die politische Organisation zu stärken und die Parteipresse mehr als bisher zu unterstützen. Vorwärts heißt die Parole!

Gerichts-Zeitung.

15 Pf. Arbeitslohn und Strafe.

Die schlechte soziale Lage der Heimarbeiter hat indirekt die Veranlassung zu einer Strafsache gegeben, die gestern das Schöffengericht I beschäftigte. Der Schneider Edwin Perkau war in Gemeinschaft mit seiner Ehefrau und seinem 20jährigen Sohne wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung angeklagt. Der Anklage lag eine Episode aus dem Leben einer Heimarbeiterfamilie zugrunde. Der Angeklagte, der einst bessere Tage gesehen hatte, ist genötigt, sich mit seiner Familie durch Heimarbeit durchs Leben zu schlagen. Er arbeitete für einen Zwischenmeister Helbig, welcher wiederum von den großen Firmen Aufträge erhält. Die Bezahlung, welche die Heimarbeiter von den Zwischenmeistern für ihre mühevollen und anstrengende Tätigkeit in den dumpfen Stuben erhalten, ist eine mehr als jämmerliche. Der Angeklagte erhielt z. B. für das Nähen eines kompletten Weinkleides sage und schreibe 15 Pfennige Arbeitslohn, trotzdem diese Arbeit geraume Zeit in Anspruch nahm. Eines Tages lieferte die Tochter des J. drei fertige Weinkleider ab und wollte den „Lohn“ von baren 45 Pfennigen gleich in Empfang nehmen. Helbig verweigerte die Zahlung mit der Begründung, die Weinkleider waren nicht richtig gemacht. Perkau sollte sich in die Werkstatt des Zwischenmeisters begeben und dort die Weinkleider umändern, und zwar auch noch für die 15 Pfennige Arbeitslohn. Im Anschluß hieran kam es zu Auseinandersetzungen. Die drei Angeklagten erschienen nachmittags und erlangten die Auszahlung der sauer verdienten 45 Pfennige. Es kam zu einem Streit und einer Schlägerei, die zu der vorliegenden Anklage führte. Der Staatsanwalt hielt die Angeklagten nur des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs für überführt und beantragte, auf die niedrigst zulässige Strafe von je einer Woche Gefängnis. Einen kleinen Einblick in die Wirrnisse der Vorschriften des Strafgesetzes boten die Ausführungen des Verteidigers, der beantragte, die Angeklagten, im Falle einer Verurteilung, dann auch wegen Körperverletzung zu verurteilen. Der Grund zu diesem sonderbar erscheinenden Antrage liegt darin, daß bei gemeinschaftlichem Hausfriedensbruch die Mindeststrafe eine Woche Gefängnis beträgt, während bei dem Körperverletzungsparagrafen bei milderen Umständen eine Geldstrafe zulässig ist. Nach den Vorschriften des Strafgesetzes muß jedoch derjenige Paragraf in Anwendung gebracht werden, der die höhere Strafe androht, wenn zwei Vergehen in ideeller Konkurrenz stehen. Der Gerichtshof kam auch zu einer Verurteilung wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung. Das Urteil lautete demgemäß auf Geldstrafen von 10 bezw. 5 M., während im Falle einer Verurteilung nur wegen Hausfriedensbruchs auf eine Gefängnisstrafe hätte erkannt werden müssen.

Der „Roland von Berlin“.

Eine Prügelei in der Friedrichstraße führte gestern den früheren Herausgeber des „kleinen Journals“ (jüdische „Kreuz-Zeitung“), jetzt Herausgeber des „Rolands von Berlin“, Dr. Leo Leipziger, und den Inhaber einer Annoncenpedition, Hans Cuno, vor die Schranken der 8. Strafkammer des Landgerichts I. Herr Cuno war angeklagt, am 30. September v. J. am Mittag in der Friedrichstraße Dr. Leo Leipziger mit einem Stock verprügelt und vor einer großen Menschenmenge schwer beleidigt zu haben. Dr. Leipziger, der als Nebenkläger auftrat, gab an, der Angeklagte sei an dem genannten Tage in der Friedrichstraße hinter ihm hergekommen und habe ihm zugerufen: „Von vorn will ich Sie züchtigen, nicht von hinten.“ dann habe er ihn mit einem Stock oder Schirm verprügelt und dabei „Schurke“, „Lump“, „Verleumder“ genannt. Der Menschenmenge, die sich schnell sammelte, habe Cuno dann zugerufen: „Dieser Kerl hat mich verleumdet und bekommt dafür jetzt seine Züchtigung!“ Der Angeklagte gab diesen Tatbestand zu, er habe sich aber in begrifflicher Erregung über das Vorgehen Dr. Leipzigers ihm gegenüber befunden. Nach den Befundungen des Angeklagten, die auch durch die Beweisaufnahme bestätigt wurden, hatte sich zwischen Cuno und Dr. Leipziger, die früher in engen geschäftlichen Beziehungen zueinander standen, eine grimmige Feindschaft entwickelt. Eines Tages wurde nun Herr Cuno von der Polizei eine Denunziation Dr. Leipzigers vorgelegt, in der dieser ihn des Betrugs, der Unterschlagung, Verleumdung, Rötigung und anderer Vergehen beschuldigte. Der Staatsanwalt sowohl wie der Oberstaatsanwalt haben die Strafanträge Dr. Leipzigers gegen Cuno nach eingehender Prüfung als vollständig unbewiesen zurückgewiesen und das Verfahren eingestellt. Der Angeklagte sowohl wie seine Verteidiger führten als Entschuldigung für die Züchtigung Dr. Leipzigers die große Erregung an, in die Cuno durch die aus der Luft gegriffenen schweren Angriffe auf seine Ehre durch Dr. L. verletzt worden sei. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf nur eine Geldstrafe von 150 M., das Gericht erkannte auf 100 M. Geldstrafe.

Eines Pfarrers Brief an Geschworene.

Vor dem oberbayerischen Schwurgericht hatte sich ein Bauernburche wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu verantworten. Als Entlassungszeuge wurde der katholische Pfarrer Schäfer von Unging vernommen. Nach seiner Vernehmung stellte ein Geschworener an den Pfarrer die Anfrage, ob er jener Herr sei, der an die Geschworenen einen Brief gerichtet habe, worin gebeten werde, dem Angeklagten mildere Umstände zuzubilligen. Der Pfarrer mußte dies bejahen, worauf der Präsident Veranlassung nahm mit scharfen Worten seine Mißbilligung über das Vorgehen des Pfarrers auszusprechen. Staatsanwalt und das erlernende Gericht nahmen an, daß der Pfarrer bona fide gehandelt habe. — Zum mindesten anständig ist das Verhalten des Pfarrers doch. Die Verhandlung wurde hierauf ausgesetzt.

Koloniales „Bewohnheitsrecht“ zu prägen. In dem Prozeß wegen der Regermihandlungen in Deutsch-Ostafrika stand gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II Publikationstermin an. Wegen Mißhandlung zweier Neger war, wie im „Vorwärts“ vom 27. April mitgeteilt, der Plantagenbesitzer Rismahli aus Rana angeklagt. Da seitens des Verteidigers Kompetenzbedenken geltend gemacht worden waren, hatte das Gericht die Verkündung der Entscheidung eine Woche ausgesetzt. Landgerichtsrat Hellwig verkündete, daß das Verfahren gegen M. aus rechtlichen Gründen eingestellt werden müsse. Eine Aburteilung war an sich möglich, da es sich um die im Auslande begangene Tat eines Deutschen handelte. Die dem Angeklagten zur Last gelegten Straftaten datieren jedoch schon aus dem Jahre 1899. Es war deshalb zu prüfen, ob möglicherweise eine Verjährung eingetreten sei. Diese könnte nach § 67 St.-G.-B. nur durch eine richterliche Handlung im Inlande unterbrochen werden. Nach Ansicht des Gerichts sei jedoch Deutsch-Ostafrika, wenn auch zum Deutschen Reich gehörig, nicht als Inland anzusehen. Rithin sei durch die Verjährung des Bezirksrichters in Tanga die Verjährung der Straftat nicht unterbrochen worden. Demzufolge sei auch das Urteil des Schöffengerichts Köpenick, nach welchem der Angeklagte zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden war, zu Unrecht ergangen. — Das erste Urteil wurde deshalb aufgehoben und das Verfahren auf Kosten der Staatskasse eingestellt.

Vermischtes.

Ueber die „Borussia“-Opfer, von denen in der Nacht zum Mittwoch 20 und am Mittwoch noch weitere zwei Leichen geborgen wurden, wird uns geschrieben: Die Leichen wurden zusammenliegend gefunden zwischen der 5. und 6. Sohle, vor Ort Nr. 6. Alle sind unterwest und mumienartig ausgetrocknet, mehrere sind noch kenntlich. Einige der Leichen wiegen noch keine 15 Pfd. Dem Gerücht, daß die Leute verhungert seien, widerspricht die Tatsache, daß bei allen noch Lebensmittel vorgefunden wurden. Es ist also sicher, daß sie den Erstlingsstod gestorben sind. Es fehlen jetzt nur noch drei Leichen. Weitere Nachforschungen haben ergeben, daß nach der Katastrophe noch eine Dynamitkammer mit 700 Pfund Dynamit Inhalt explodiert ist, was in den engen Stubenträumen eine furchtbare Wirkung ausgeübt haben muß. Inzwischen schreiten die Herstellungsarbeiten rüstig fort und schon in nächster Zeit gedenkt man den Betrieb auf der Unglücksgrube wieder aufzunehmen. Von dem Prozeß gegen die Verwaltung ist es wieder sehr still geworden. Auch glaubt kein Mensch mehr daran, daß bei der Gesichte was herauskommen wird.

Entgleist. Hagen, 3. Mai. Amtliche Meldung. Bei der Ausfahrt des Güterzuges 7268 fuhr der Güterzug 6817, der das Ein-fahrtssignal überfahren hatte, ihm in die Flanke. Zwei Maschinen und 13 Wagen sind entgleist, zumeist nur leicht beschädigt. Ein Bremser und ein Heizer sind verletzt.

Lege- und Diskutierklub „Norden“. Sitzung am Freitagabend 8 1/2 Uhr bei Koch, Elisabethstraße 18.

Witterungsübersicht vom 3. Mai 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Temp. in Grad F.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Temp. in Grad F.
Swinemünde	765	SB	2	heiter	9	48	Dapunda	770	SB	2	wolkig	12	54
Danzburg	764	SO	3	wolkig	7	45	Petersburg	768	NO	1	bedeckt	4	39
Berlin	768	SB	1	wolkig	9	48	Schw.	753	SB	5	Regen	10	50
Kranz a. M.	765	SO	1	bedeckt	7	45	überbeu	750	SB	1	wolkig	9	48
München	767	SB	2	bedeckt	7	45	Varis	762	SB	3	Regen	12	54
Wien	766	SB	1	wolkig	9	48							

Wetter-Prognose für Freitag, den 4. Mai 1906. Etwas wärmer, trocken und vorwiegend heiter bei mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 2. Mai. Elbe bei Hufing + 2,33 Meter, bei Dresden + 1,04 Meter, bei Magdeburg + 1,63 Meter. — Uckeritz bei Stralsund + 1,55 Meter. — Oder bei Rathow + 1,72 Meter, bei Dresden Oberpegel 5,06 Meter, bei Dresden Unterpegel 0,92 Meter, bei Frankfurt + 1,44 Meter. — Weichsel bei Braunschweig + 2,20 Meter. — Warthe bei Posen + 0,90 Meter. — Rode bei Hg 0,00 Meter.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 4. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhaus. Der Hofschmied.
Schauspielhaus. Cello, der Hof von Venedig.
Deutsches. Der Tartuff. Vorher: Die Ruffuldrigen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Anfang 8 Uhr:
Westen. Gasparone.
Leffing. Roter Lampe.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Weh dem, der lügt!
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.) Helden.
Luisen. Geschlossen.
Berliner. Die lustige Witwe.
Romische Oper. Die schwarze Nina.
Reichens. Liebeslust.
Neutral. Das Herrenhaus.
Vollspielhaus. Die von Hochsattel.
Trianon. Loulou.
Thalia. Hochparterre links.
Metropol. Auf ins Metropol.
Deutsch-Amerikanisches. Arme Mädchen.
Kasino. Madame Bonivard.
Apollo. Die amerikanische Burlesk-Compagnie. Vorn und Hinten.
Carl Weh. Sherlock Holmes Abenteuer.
Folies Caprice. Komiker Schnitzel.
Dalles u. Co. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Ballage. Spezialitäten.
Deutsches. Spezialitäten.
Reichens. Spezialitäten.
Urania. Taubenspiele 48/49.
Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.

Freitag, den 4. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhaus. Der Hofschmied.
Schauspielhaus. Cello, der Hof von Venedig.
Deutsches. Der Tartuff. Vorher: Die Ruffuldrigen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Freitag, den 4. Mai.
Anfang 8 Uhr:
Oberhaus. Der Hofschmied.
Schauspielhaus. Cello, der Hof von Venedig.
Deutsches. Der Tartuff. Vorher: Die Ruffuldrigen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Freitag, den 4. Mai.
Anfang 8 Uhr:
Oberhaus. Der Hofschmied.
Schauspielhaus. Cello, der Hof von Venedig.
Deutsches. Der Tartuff. Vorher: Die Ruffuldrigen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Freitag, den 4. Mai.
Anfang 8 Uhr:
Oberhaus. Der Hofschmied.
Schauspielhaus. Cello, der Hof von Venedig.
Deutsches. Der Tartuff. Vorher: Die Ruffuldrigen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Freitag, den 4. Mai.
Anfang 8 Uhr:
Oberhaus. Der Hofschmied.
Schauspielhaus. Cello, der Hof von Venedig.
Deutsches. Der Tartuff. Vorher: Die Ruffuldrigen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Freitag, den 4. Mai.
Anfang 8 Uhr:
Oberhaus. Der Hofschmied.
Schauspielhaus. Cello, der Hof von Venedig.
Deutsches. Der Tartuff. Vorher: Die Ruffuldrigen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Freitag, den 4. Mai.
Anfang 8 Uhr:
Oberhaus. Der Hofschmied.
Schauspielhaus. Cello, der Hof von Venedig.
Deutsches. Der Tartuff. Vorher: Die Ruffuldrigen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Freitag, den 4. Mai.
Anfang 8 Uhr:
Oberhaus. Der Hofschmied.
Schauspielhaus. Cello, der Hof von Venedig.
Deutsches. Der Tartuff. Vorher: Die Ruffuldrigen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Freitag, den 4. Mai.
Anfang 8 Uhr:
Oberhaus. Der Hofschmied.
Schauspielhaus. Cello, der Hof von Venedig.
Deutsches. Der Tartuff. Vorher: Die Ruffuldrigen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Freitag, den 4. Mai.
Anfang 8 Uhr:
Oberhaus. Der Hofschmied.
Schauspielhaus. Cello, der Hof von Venedig.
Deutsches. Der Tartuff. Vorher: Die Ruffuldrigen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Urania Taubenspiele 48/49.
Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.

Sternwarte Invalidenstr. 57/58.
Täglich nachm. 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 Mk., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Heute Abend 8 Uhr:
ARME MÄDCHEN.
Von Adolf Philipp.
Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Zum letzten Male:
Ueber'n großen Teich.
Abends 8 Uhr: Arme Mädchen.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollander.
Rauchen überall gestattet.

WINTERGARTEN
Neues Programm:
TORTAJADA
Spanische Tänzerin u. Sängerin.
Narrow Bros., komische Radfahrer.
Desrosches-Bianca, französ. Duett.
Die Hartloys, Springer.
Bresina, Pariser Excenter. Sängerin.
Patsy Frank-Truppe, Akrobaten.
König Dollar, englisches Ballett.
Imro Fox, Illusionist.
Die Britons, Neger-Sänger und Tänzer.
De Dio, Phantasie-Tänzerin.
Die Persous, Kugelspieler.
Der Biograph.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das neue Mai-Programm
14 erstklassige Spezialitäten
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes' Abenteuer
oder: Die Jagd auf Leben.
Englisches Sensations-Schauspiel mit Gesang und Tanz in acht Bildern von F. Hol.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Gruntenstr. 16.
Heute geschlossen!
Nächste Extra-Vorstellung:
Sonntag, den 5. Mai 1906:
Die Stiefmutter.
Lebensbild in 3 Akten v. R. Benedig.
Vorher: Die Theaterprinzessin.

Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
Linienstr., Ecke Friedrichstr.
Dalles & Co.
Vorher:
Komiker Schnitzel.
Ant. 8 Uhr. Rasse d. ganz. Tag geöffnet. Vorher: d. Wertwein.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag 4 Uhr:
Gartenkonzert
Theater, Spezialitäten
Am Soles Extratanz. Gr. Tanzmusik.
Bei ungünstigem Wetter Vorstellung im Saal.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bestw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

Freitag, den 4. Mai.
Anfang 8 Uhr:
Oberhaus. Der Hofschmied.
Schauspielhaus. Cello, der Hof von Venedig.
Deutsches. Der Tartuff. Vorher: Die Ruffuldrigen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Freitag, den 4. Mai.
Anfang 8 Uhr:
Oberhaus. Der Hofschmied.
Schauspielhaus. Cello, der Hof von Venedig.
Deutsches. Der Tartuff. Vorher: Die Ruffuldrigen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Freitag, den 4. Mai.
Anfang 8 Uhr:
Oberhaus. Der Hofschmied.
Schauspielhaus. Cello, der Hof von Venedig.
Deutsches. Der Tartuff. Vorher: Die Ruffuldrigen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Freitag, den 4. Mai.
Anfang 8 Uhr:
Oberhaus. Der Hofschmied.
Schauspielhaus. Cello, der Hof von Venedig.
Deutsches. Der Tartuff. Vorher: Die Ruffuldrigen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Freitag, den 4. Mai.
Anfang 8 Uhr:
Oberhaus. Der Hofschmied.
Schauspielhaus. Cello, der Hof von Venedig.
Deutsches. Der Tartuff. Vorher: Die Ruffuldrigen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Weh dem, der lügt.
Lustspiel in 5 Akten v. F. Grillparzer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Macht der Finsternis.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Macht der Finsternis.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Romeo und Julia.
Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Helden.
Komödie in 3 Akten von Bernard Shaw. Deutsch v. Siegfried Trebitsch.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zapfenstreich.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Veilchenfresser.

Freie Volksbühne.
Sonntag, den 6. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater. 3./4. Abteilung
Carl Weiß-Theater. 8./9. Abteilung
Die Frau vom Meere Der Meister.
Henrik Ibsen. Hermann Bahr.

Freitag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr.
16./17. Abteilung im **Carl Weiß-Theater:**
Emilia Galotti.
Trauerspiel in 5 Akten von G. E. Lessing.

16. Kunst-Abend im Rathaus
Mittwoch, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr.
Gottfried Keller.
Rezitation - Gesangs- und Klaviervorträge.
Billetts a 30 Pfennig in den neun bekannten Zahlstellen.
228/18
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Vorlesung Freitag - Abonnement-Vorstellung.
Die Retterin in der Not.
Vollständ. in 3 Akten von Reisingen.
Anfang 8 Uhr. Kaufenerlösn. 7 Uhr.
Billetts - Vorverkauf von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.
Sonntag, den 6. Mai: Die Retterin in der Not. Bei sämtlichem Beifall: Große Gartenvorstellung.

Kasino-Theater
Lohringerg. 37. Täglich 8 Uhr.
Madame Bonivard.
- Vorher das künste Programm -
"Zingbögechen" etc.
Sonntag 4 Uhr: Die Herren Söhne.
Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr: Loulou.

Sanssouci Kottbusor Str. 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Sonnt. u. Donnerst.: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzen.**
Sonnt. u. Donnerst. 8 U.
Neu! Neu!
Die Wahrsagerin.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Das vorzügliche Mai-Programm! Auftreten mit **erstklassiger Spezialitäten.**

Neu eröffnet! Welt-Ausstellungs-Biograph. (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselnd. Abnormitäten-Program.
Neu! Die Hungerleider. Neu! Soziales Bild aus dem Leben. Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstraße 16.

Reichhaltige Dekoration
abgepaßte **Portieren**
Die ganze Dekoration (bestehend aus 2 Flügeln und 1 Querbehang) in **Wollserge 3⁸⁵** (Wert 6,50) schwer. in **Viktoriatuch 4⁸⁵** (Wert 7,50) in **Leinenplüsch 6⁸⁵** (Wert 10,00) in hell **Empire 10⁸⁵** (Wert 15,00) seidenart.
Eine Partie Wollportieren, 90 cm breit, mit allerliebster Blumenkante per Meter **65 Pf.** (Wert 1,25 Mk.)
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefevre
Berlin Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.
Inventur-Extraktliste gratis und der selben erschienenen Katalog 1906 franko

Reichshallen. Stettiner Sänger. Einquartierung. Zum Schluss: Militär-Dum. von Wiesel. Anfang Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Dresdenerstr. 07.
Colosseum Spezialitäten. Neues Programm. 10 1/2 Uhr:
Les Batignolles?

BRENNABOR
DAS BESTE UND MEIST GEKAUFTE FAHRRAD heisst
BRENNABOR
Ueber 42 000 Maschinen wurden im verflorenen Jahre verkauft.
Kataloge umsonst und postfrei.
BRENNABOR-WERKE, BRANDENBURG A. H.
Filiale Berlin W., Kronenstraße 11.

Gewerbegericht zu Berlin.
J. Nr. 270. Gen. Ver. 00.
Bekanntmachung.
In Sachen
des Ausstandes im Malergewerbe ist nach erfolgter Einsetzung des Einigungsamtes durch beide Teile, in dessen Sitzungen vom 11. und 14. April 1906, zwischen den Parteien vor dem Gewerbegericht nachfolgender Tarifvertrag vereinbart worden:
1. Lohn- und Arbeitstarif für das Maler- und Anstreicher-gewerbe der Stadt Berlin, deren Vororte und Umgebung.
Abgeschlossen zwischen dem Verband der Malereigehilfen von Berlin und den Vororten "Eingetragener Verein" und der Vereinigung der Maler, Anstreicher, Anstreicher usw. Deutschlands, Verwaltungsstelle Berlin.
§ 1. L. Die tägliche Arbeitszeit beträgt im Sommer, d. h. vom 1. März bis 1. Oktober 9 Stunden und zwar von morgens 7 Uhr bis abends 5 1/2 Uhr mit einer 1/2 stündigen Frühstücks-pause, von 8 1/2 bis 9 Uhr, und einer 1/2 stündigen Mittagspause von 12 bis 1 Uhr.
a) Im Winter soll die Arbeitszeit längstens dauern, in der Zeit vom 15. Oktober bis 15. November 8 Stunden, vom 16. November bis 31. Januar 7 Stunden, vom 1. Februar bis 15. März 8 Stunden.
b) Jede weitere Ausdehnung der Arbeitszeit gilt als Ueberlöhne.
c) Das Ankleiden der Gehäusen bei vor Beginn bzw. nach Schluß der Arbeitszeit zu erfolgen.
d) Bei voller Arbeitszeit ist an Sommerabenden eine halbe Stunde; an den Tagen vor Ostern und Pfingsten ist zwei Stunden; vor Weihnachten eine Stunde früher Feierabend.
Diese Tage sind voll zu bezahlen.
§ 2. a) Der Lohn beträgt: ab 1. April 1906 für Malergehilfen 65 Pf. für Junggehilfen in den ersten zwei Jahren nach Beendigung der Lehrzeit und für Anstreicher 60 Pf. pro Stunde.
Mit einem geringeren als dem vorgenannten Lohn darf ein mit Maler- und Anstreicherarbeiten Beschäftigter nicht entlohnt werden.
b) Für Ueberstunden bis 10 Uhr abends wird 1/2 für Nachtarbeit werden 2/3 des Stundenlohnes mehr und für Sonntagsarbeit der doppelte Stundenlohn bezahlt.
c) Als Nachtarbeit gilt die Zeit von abends 10 bis morgens 7 Uhr.
§ 3. Beim Anstreichen von Fassaden, Hochhäusern, Türmen, Bahnhöfen und ähnlichen Arbeiten, soweit solche von Steh-, Leiter- oder Hängegerüsten ausgeführt werden, ist ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde zu zahlen.
§ 4. Uffordbarkeit ist nach Möglichkeit zu vermeiden; bei eventuell vor-tommender Uffordbarkeit ist mindestens der Stundenlohn zu zahlen, indes muß der Arbeitnehmer in diesem Falle die Arbeitszeit pünktlich einhalten.
§ 5. Die Auszahlung des Lohnes hat auf der Arbeitsstelle und zwar unmittelbar nach Schluß der Arbeitszeit zu erfolgen.
In Ausnahmefällen kann die Auszahlung auch in der Wohnung des Arbeitgebers stattfinden.
Am letzteren Falle muß der Arbeitnehmer spätestens innerhalb einer Stunde nach Schluß der Arbeitszeit im Besitz des Lohnes sein. - Längeres Warten gilt als Ueberlöhne.
§ 6. Eine gegenseitige Kündigung des Arbeitsverhältnisses findet nicht statt. Jedoch gilt der Tag als Einheit und dürfen Entlassungen sowohl wie Wiederlegung der Arbeit nur abends stattfinden, sofern nicht besondere Gründe die sofortige Entlassung sowie Wiederlegung der Arbeit rechtfertigen. Forderungen nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind ausgeschlossen.
§ 7 a) Das Jahrgeld ist nach allen Besorren zu zahlen; gleichviel ob der Arbeitnehmer durch Vermittlung des Arbeitsnachweises oder durch Ansuchen auf der Arbeitsstelle eingestellt wird.

Bei der Berechnung des Jahrgeldes ist maßgebend die der Wohnung des Arbeitgebers nächstgelegene Stationation oder Haltestelle der Straßenbahn.
b) Bei auswärtigen Arbeiten ist das volle Jahrgeld zu zahlen. Bei Entlassungen, wo die tägliche Hin- und Rückfahrt nicht stattfindet, ist außerdem eine tägliche Landzulage von 3 Pf. zu entrichten, sofern nicht Kost und Logis gemährt wird.
§ 8. Der Arbeitgeber hat auf Neubauten und bei größeren Privat-arbeiten für beschließbare Räume zum Aufbewahren der Kleidungsstücke des Arbeitnehmers zu sorgen, bei kleineren Privatarbeiten, soweit es in seiner Macht liegt. Ebenso ist dafür Sorge zu tragen, daß auf den Arbeitsstellen kein Seife und keine Gefäße zum Waschen vorhanden sind. Diese Gefäße sind als solche kenntlich zu machen.
§ 9. a) Um den Bestimmungen dieses Tarifs bei den beteiligten Organisationen Geltung zu verschaffen, sowie Unklarheiten aufzuklären und eventuelle Streitfälle zu schlichten, wird die bisherige Lohnkommission als Tarifüberwachungskommission eingesetzt. Die Geschäftsordnung gibt sich die Kommission selbst.
b) Wird in der Tarifüberwachungs-kommission eine Einigung nicht erzielt, so ist das Einigungsamt innerhalb einer Woche anzurufen.
§ 10. Diese Arbeitsbedingungen gelten in: Albersdorf, Baumhagen, Weg. Berlin, Borsigwalde, Britz, Charlottenburg, Groppe, Dahlem, Döllsdorf-Bittenau, Deutsch-Wilmersdorf, Friedmann, Friedrichsberg, Friedrichs-felde, Friedrichshagen, Gr. Lichter-felde, Grünau, Grunewald, Guckel-borst, Heinersdorf, Hohen-Schön-hausen, Johannisberg, Jungfernheide, Karlshorst, Kottbus, Lichtberg, Mariendorf, Mariensfelde, Nieder-Schöneweide, Pantow, Plöthen, Reinickendorf, Rixdorf, Rudow, Scharn-weide, Schmaragdort, Schöne-berg, Schönholz, Steglitz, Stralau, Töbende, Tegel, Tempelhof, Treptow, Weihensee, Wannsee, Westend, Zehlendorf.

Schließen sich noch andere Arbeit-geber-Vereinigungen diesem Vertrage an, so gelten die Vorschriften desselben für die Bezirke der Vereinigungen und für die in diesen Bezirken liegen-der Ortschaften.
§ 11. Dieser Vertrag tritt mit dem 1. April 1906 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 1908. Er läuft immer um ein Jahr weiter, so lange er nicht ein halbes Jahr vor Ablauf von der einen oder der anderen Seite gekündigt wird.
§ 12. Die Arbeitgeber sind ver-pflichtet, diesen Vertrag in ihren Verhältnissen an schärfster Stelle aus-zuhängen.
§ 13. Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die den in diesem Tarif niedergelegten Bestimmungen widersprechen, sind un-gültig.
§ 14. Die Arbeit wird am Dienstag, den 17. April 1906, wieder aufgenommen.
Nahregelungen anlässlich dieses Ausstandes und wegen Jugendberühmtheit zur Organisation dürfen beiderseits nicht stattfinden.
Berlin, den 14. April 1906.

gez. von Schulz, G. Bernhard Köhler.
gez. U. Rasse, Wd. Ritter, R. Silberstein, Emil Kruse, E. Unse, R. Köhler, August Hopp, G. Kolbenberg, Otto Högner, Emil Reke, Gustav Krüger, R. Döhl, L. Jatsch, G. Reich, Wilhelm Wende, Fr. Klotz.

Vorsitzender Tarifvertrag wird auf Grund des § 76 unseres Orts-statuts hiermit öffentlich bekannt ge-macht.
Berlin, den 28. April 1906.
Der Vorsitzende des Einigungsamtes, gez. von Schulz.

Zentral-Franken- u. Sterbe-kasse der Tischler
und anderer gewerbl. Arbeiter.
Hamburg.
Certifizierte Verwaltung Berlin F.
Sonntag, den 6. Mai 1906, vormittags 10 Uhr,
bei Rheinisch, Zwimmländerstr. 42:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des 1. Quartals 1906.
2. Vortrag des Genossen Brückner über: "Ansauberungsgesetz".
3. Verschiedene Kasenanliegenheiten.
Regen Besuch erwartet.
184/8 Die Ortsverwaltung.

Für Damen!
Billigste Preise
Direkt aus der Fabrik.
Jetzt nach beendeter Engros-Saison wieder Einzelverkauf zu den be-kannt billigen Preisen:
Jackets u. farbige in kolossaler Auswahl 3,75, 4,50, 6, 7-20 Mk.
Capes in sämtlich. Längen 5 1/2, 6 1/2, 7 1/2 - 25 Mk.
Staubmäntel 6,50, 7,25, 8-22 Mk.
Kostüm-Röcke in blau, schwarz, diversen englischen Stoffen 3,50, 4,25, 5,50-20 Mk.
Fabrik Polz, Kurstr. 61/62
Sonntags geöffnet.
Vorzeig. dies. Annonce 5/2, Rab.

Achtung! Mai-Ausgesperrte der Metall-Industrie.

Zur Auskunftserteilung sind folgende

Auskunftsstellen

errichtet.

1. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal V.
2. Oberschöneeweide: Wilhelminenhof.
3. Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42.
4. Moabit, Waldstr. 8.
5. Fegel: Trapp, Bahnhofstr. 1.
6. Mariendorf, Feldstr. 44.

118/10

Die Auskunftsstellen sind geöffnet von früh 9 Uhr bis abends 6 Uhr. In sämtlichen Auskunftsstellen wird mitgeteilt, wann und wo Werkstattversammlungen stattfinden.

Wir ersuchen die gesamten ausgesperrten Kollegen u. Kolleginnen dringend, Freitag früh sich zu einer der obigen Auskunftsstellen zu begeben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Verband der Fabrik-Hilfsarbeiter (Zahlstelle Berlin).

Alle Mitglieder unserer Organisation, welche anlässlich der Maifeier ausgesperrt sind, haben sich, soweit sie in Berlin und Umgegend wohnen, im Bureau, Linienstr. 215 und die in Ober-Schöneeweide wohnenden im Bureau Schöneeweide, Wilhelminenhofstr. 45 vormittags von 10-12 Uhr zur Kontrolle zu melden.

Die Ortsverwaltung.

J. H.: C. Bruns.

64/11

Achtung! Bauschlosser! Achtung!

Seit Freitag, den 6. April früh stehen die Kollegen in 21 Werkstätten im Streik. Die übrigen in Betracht kommenden Firmen haben bewilligt, darunter auch eine Anzahl Zimmungsfirmen.

Von Montag, den 9. April ab, dürfen sämtliche Bauschlosser nur noch mit Berechtigungskarten arbeiten, diese sind Sonnabend, den 7. April den Vertrauensleuten ausgehändigt. — Die Bauarbeiter ersuchen wir, uns dadurch zu unterstützen, daß sie die auf die Bauten kommenden Schlosser nach den Arbeitsberechtigungskarten fragen. Jeder Schlosser ohne Karte ist als Arbeitswilliger zu betrachten.

Des weiteren machen wir alle Bauschlosser darauf aufmerksam, daß ohne Zustimmung des Streikkomitees nirgends die Arbeit niedergelegt werden darf.

117/20

Das Streikkomitee. Cohent.

Zentral-Krankenkasse der Maurer

„Grundstein zur Einigkeit“.

Sonntag, den 6. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Vortrag des Herrn Dr. Chajes über: „Lungenentzündung und Bohnensuppe“. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

149/9

Die örtliche Verwaltung.

Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Sonntag, den 6. Mai, vormittags 10 Uhr, finden in allen Berliner Bezirken sowie in Adlershof, Alt-Bloniewitz und Schöneeweide

Bezirks-Versammlungen statt.

Gruppen-Versammlungen:

Fliesenleger-Hilfsarbeiter

Freitag, den 4. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Barelz, Bräudenstr. 7, Eingang Brandenburger Ufer.

Dachdecker-Hilfsarbeiter

Sonntag, den 6. Mai, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Fahrrad-Hilfsarbeiter

Sonntag, den 6. Mai, vormittags 10 Uhr, in den Insel-Festhallen, Inselstr. 10.

Bachofenbau-Hilfsarbeiter

Montag, den 7. Mai, abds. 9 Uhr, im Lokal von R. Augustin, Drantenstr. 103.

Tagesordnung wird in den Versammlungen bekannt gemacht. Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: Sitzung der Ortsverwaltung.

H. Zimmermann

Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206

Gold- und Silberwaren-Fabrik,

Uhren-Großhandlung.

277L*

Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur. Streng reell. — Billigste Preise.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: E. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Ausnahme-Preise

von heute an bis Pfingsten.

Herren-Stoffhosen sonst 2.65, heute 2.20 netto

Herren-Stoffhosen sonst 3.50, heute 3.00 netto

Herren-Stoffhosen sonst 3.75, heute 3.25 netto

Herren-Stoffhosen sonst 4.00, heute 3.50 netto

Weiß Lederhosen, dunkle oder gestreifte,

früher M. 4.85, heute M. 4.25 netto

früher M. 3.95, heute M. 3.50 netto

früher M. 4.50, heute M. 4.00 netto

Blaue Monteur-Köper-Jaeken u. Hosen

früher Stück M. 2.40, heute M. 2.20

Gratis eine bunte Weste erhält jeder Käufer beim Einkauf eines Anzuges oder $\Delta \Delta \Delta \Delta$ Paletots $\Delta \Delta \Delta \Delta$ von 18 M. an netto.

Amerikanische Verkaufshallen

Rosenthalerstraße 53

Frankfurter Allee 186

Ecke der Weinmeisterstraße.

Ecke der Weichselstraße.

1088L*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Königs-Wusterhausen. Heute Freitag, Königs-Wusterhausen, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Lange, Berlinerstr. 31:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Bauanschläger. Achtung!

Sonntag, den 6. Mai, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15, Saal V:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Zweiter Vortrag des Genossen Ahrens über „Der gewerbliche Arbeitsvertrag“. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

116/9

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Hammel-Zentrale



Hammelfleisch-Verkauf nach Pariser Art
Dresdenerstraße 17
vis-a-vis Tamaschke. 588L*

Reellität

auf deutsch: Ehrlichkeit, ist heute im

Herren-Bekleidungs-Geschäft

eine Seltenheit. — Unter mehr als 200 Läden dieser Branche in Berlin befinden sich zirka 20 mit streng festen Preisen und unter diesen hat die Firma

Herrmann Schlesinger

Turmstr. 58 u. Turmstr. 85

einen so hervorragenden Ruf, daß nicht nur Moabit und Umgegend, sondern ganz Berlin zu den Abnehmern gehört.

Spezialität:

Knaben- u. Burschenbekleidung

Möbelfabrik Ostend.

Eingetragene Genossenschaft m. beschränkter Haftpflicht. Bilanz am 31. Dezember 1905.

Aktiva.		Kredit.	
R.	fl.	R.	fl.
An Materialen-Konto	56 364	20	
Kassa-Konto	7 891	73	
Verkauf-Konto	2 457	35	
Maschinen	1 845	67	
Konto - Korrent-Konto, Debitoren	59 833	80	
Bauschulden	10 698	90	
	139 079	65	
			139 079
			65

Die Mitgliedszahl am 31. Dezember 1904 betrug 28, eingetragenen keine, abgetreten 4, Betrag der Gesamtsumme 730 fl., Geschäftsausgaben 730 fl. Die Gesamtsumme hat sich vermindert um 120 fl., das Geschäftsausgaben hat sich ebenfalls um 120 fl. vermindert.

10602

Der Vorstand.



Täglich von 4-8 Uhr nachm. findet Probewaschen mit den weltberühmten patentierten Waschmaschinen, Ringmaschinen und Waschlappen „Ruhperle“ von dem größten Spezial-Fabrik-Geschäft der Welt „Karl Stämpmann jr., G. m. b. H., Wilhelm-Ruhr“ statt. — Heinrich Lohbeck, Berlin N., Invalidenstr. Nr. 142, Hof, Duergebäude.

NIUEDAHT

Haus Industrie und Handel.

Die Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine gibt ihren Jahresbericht für 1905 heraus. In Besprechung der Wirtschaftslage heißt es darin:

Die zu erwartende Steigerung des Verbrauches der Masse ist leider ausgeblieben. Die gute Konjunktur und die Höhe des Zinsfußes haben zu einer Preissteigerung zahlreicher Bedarfsartikel geführt. Am meisten jedoch fiel ins Gewicht, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage war, den Fleischbedarf des deutschen Volkes zu decken.

Da die rigorosen Grenzsperrn verhinderten, einen Ausgleich durch eine entsprechende Einfuhr herzustellen, stiegen die Fleischpreise rapid.

Die Folge dieser Preissteigerung war eine erhebliche Verminderung der Kaufkraft der Massen und der Konsumenten. Wenn also auch die Gesamtsumme des Arbeitslohnes eine höhere gewesen ist, so ist doch der Gesamtverbrauch der breiten Massen der Industriebevölkerung nicht gestiegen. Vielfach wird sich der einzelne infolge der Verminderung der Kaufkraft seines Einkommens haben Entbehrungen auferlegen müssen.

Für die Konsumvereine, sowie auch für deren Großhandels-Gesellschaft ist also in erster Linie zu beachten, daß infolge der Erhöhung der Fleischpreise die Kaufkraft der Mitglieder in solchen Artikeln, welche die Konsumvereine führen, eine geringere geworden ist. Ausgeglichen ist die geringere Kaufkraft zum Teil durch die größere Arbeitslosigkeit oder durch die geringere Arbeitslosigkeit, soweit nicht örtliche Erscheinungen wie Ausprägungen, Streiks usw. zu berücksichtigen sind.

Da Verminderung der Kaufkraft aber und vermehrte Arbeitslosigkeit in ihren Wirkungen auf den Gesamtverbrauch der Industriebevölkerung einander nahezu die Wage halten dürften, so kann irgendwelche Heberziehung in der Entwicklung unserer Gesellschaft, also eine besonders große Zunahme des Umsatzes oder gar ein Stillstand bzw. Rückgang, nicht erwartet werden, um so weniger, als auch in der inneren Organisation, Errichtung neuer Bäder, Anlage von Fabriken, wesentliche Änderungen nicht eingetreten sind.

Der Warenumsatz der Gesellschaft, die mit 1305 Vereinen arbeitet, erreichte die Höhe von 38 780 199,17 M. gegen 38 929 405,88 M. im Vorjahre. Die Zunahme beträgt rund 4 1/2 Millionen M., gleich 14,3 Proz. Im Jahre 1901 wurden erst für 15 187 761,48 M. Waren umgesetzt; es kann mithin ein bedeutendes Vorwärtsschreiten konstatiert werden.

Die Gesellschaft beschäftigte insgesamt 226 Personen. Der erzielte Reingewinn beläuft sich auf 238 605,49 M. Das Stammkapital beträgt 750 000 M., die Reserven stellen sich auf 246 407,88 M. Der Vorstand schlägt der im Juni stattfindenden Generalversammlung vor, die Reserven auf 380 227,94 M. zu erhöhen.

Die Handelskammer zu Berlin läßt soden ihren Jahresbericht für 1905 in einem statistischen Bande von 802 Seiten erscheinen.

Der Bericht bringt die Erntezahlen für das Gebiet des Deutschen Reiches und kennzeichnet das Ergebnis so:

Der Menge nach war die Ernte in Brotgetreide etwa auf der Höhe der früheren Jahre, wenn man von dem besonders günstigen Jahre 1904 absteht; in Getreide und besonders in Hafer ist sie dagegen zurückgeblieben. Groß war sie in Kartoffeln, Zuckerrüben und in Grünfutter. Die Qualität hat durch zu große Feuchtigkeit mehr oder minder gelitten bei den Ackerfrüchten und den Kartoffeln (der Prozenzfuß der erkrankten Kartoffeln wird von der Statistik auf nicht weniger als 8,8 angegeben gegen 1,3 in 1904). Auch Hülsenfrüchte wurden in unbedeutender Qualität geerntet. Oelsaaten hatten nach Menge und Güte eine Minderernte zu verzeichnen.

Der Außenhandel erreichte nach der vorläufigen Wertschätzung in Ein- und Ausfuhr zusammen die gewaltige Summe von 12,7 Milliarden Mark, 860 Millionen mehr als im Vorjahre. Die Umsätze der Reichsbank steigerten sich um mehr als 13 Prozent; der für Handel und Industrie besonders in Betracht kommende Giro-, Wechsel- und Lombordverkehr zeigt bei der Reichsbank in Berlin sogar eine Zunahme von mehr als 19 Prozent. Die Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer stiegen im Bezirke der Oberpostdirektion Berlin um nahezu 20 Prozent.

Bemerkenswert sind auch die (zum Teil sonst nicht publizierten) Angaben der Handelskammer über den lokalen Güterverkehr des Berliner Wirtschaftsgebietes. Abgesehen von der Beförderung von circa 6 1/2 Millionen Stück Vieh, belief sich die gesamte Güterbewegung, Empfang und Versand zusammengenommen, im Berichtsjahre auf 21 885 044 Tonnen, gegen 1904 mehr 1 851 651 Tonnen = 9,25 Prozent.

Endlich wird die gesteigerte Lebhaftigkeit der wirtschaftlichen Tätigkeit noch belegt durch die gewachsene Zahl der Arbeiter. In Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Kirdorf und den unmittelbar angrenzenden Vororten waren bei den Krankenkassen erwerbsfähige Versicherte z. B. am 1. Dezember 1905: 789 719, d. h. 64 956 oder

reichlich 8 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Von den Arbeitern waren etwa 2/3 männliche, 1/3 weibliche.

Die Bankverrechnungen in den Clearinghäusern der Vereinigten Staaten von Amerika nahmen im ersten Vierteljahr 1906 einen bisher noch in keinem Jahresviertel erreichten Umfang an. Die insgesamt verrechnete Summe belief sich in den 94 für die statistische Zusammenstellung in Betracht gezogenen Hauptplätzen der Vereinigten Staaten auf 41,5 Milliarden Dollars und war um 17,8 Proz. und 63 Proz. größer als in dem entsprechenden Abschnitt von 1905 und 1904. In New York allein erreichten die verrechneten Summen die Höhe von 27,9 Milliarden Dollars und überstiegen die vorjährige um 18 Proz.; für die übrigen 83 Städte verblieb also eine Gesamtverrechnung von 13,6 Milliarden Dollars bei einer Steigerung um 16,8 Proz. gegenüber dem Januar bis März 1905.

Unternehmerrisiko. Wie groß das Unternehmerrisiko bei manchen Gesellschaften ist, lehren die Ergebnisse der Metallwarenfabrik Vör u. Stein in Berlin. Die vor 10 Jahren gegründete Gesellschaft arbeitet mit 1 150 000 M. Aktienkapital. In den 10 Jahren des Bestehens wurden an Dividenden mehr als das ganze Aktienkapital verteilt, nämlich 1 437 500 M. Die Aktionäre haben schon 287 500 Mark mehr zurückerhalten, als sie einzahlten, und das Unternehmen ist frei. Aber nicht nur das, es wurden auch noch 253 761 M. Reserven angehäuft und 461 892 M. für Abschreibungen verwendet. Das macht zusammen 187 Prozent des Aktienkapitals aus. Die Aktionäre erkannten, daß das so gut sei, und beschloßen in der Generalversammlung am Montag, sich ihr Risiko für das letzte Jahr mit 20 Prozent Dividende bezahlen zu lassen.

Ein 42 Millionen Mark-Geschäft. Die Hamburger Bürgerschaft stimmte dem Antrage des Senats auf Erbauung der von Siemens u. Halske, Berlin, für fast 42 Millionen Mark herzustellenden elektrischen Stadt-Vorortbahn nunmehr endgültig und bedingungslos zu.

2 1/2 Millionen Mark Reingewinn, 12 Proz. Dividende, das ist das Resultat des Unternehmerrisikos bei der chemischen Fabrik Griesheim-Helikon.

Haus der Frauenbewegung.

Kinder- und Frauenarbeit in Japan.

Seit Ausbruch des russisch-japanischen Krieges ist so viel Neues über die inneren Verhältnisse Japans bekannt geworden, daß in der Meinung über dieses Land ein vollständiger Wechsel sich vollziehen mußte. Japan ist heute schon ein moderner Industriestaat. Viel schneller wie in Deutschland hat sich dort die Entwicklung vom Handwerksbetrieb zum modernen Maschinen- und Großbetrieb vollzogen. Vor ungefähr fünfzig Jahren noch vollständig stochte die Industrie Japans in den Kinderschuhen. Die Japaner haben es verstanden, sich die technischen Fortschritte in anderen Ländern zunutze zu machen. Durch seine natürliche Lage — es besitzt große Kohlenlager, Petroleumquellen, herrliche Wasserfälle — eignet sich das Land ganz besonders für Großindustrie- und Warenausfertigung. Obgleich die Japaner sehr viel von den Europäern gelernt haben, kann doch wohl behauptet werden, daß die japanische Industrie mit der deutschen noch lange nicht konkurrieren kann. Im allgemeinen geht das Urteil dahin: Die Arbeit ist in Japan wohlfeil, aber schlecht. — Billig und schlecht! Das war ja auch einst ein Prädikat für deutsche Industrieerzeugnisse. — Die japanischen Arbeiter erhalten nur einen geringen Lohn, liefern dafür aber auch nur eine minderwertige Ware. Die japanischen Industriellen wenden allerlei Zwangsmittel an, um die Arbeiter vollständig in Knechtschaft zu fesseln. Hierin haben die Japaner von den deutschen Unternehmern ebenfalls gut gelernt. Das Ziel ist dasselbe, nur in der Form ist eine Verschiedenheit. Prügeln kann man hier ja nicht gut mehr, darum erkor man als Ersatz die Wohlfeilheitsmaßnahmen.

Auch die Frauenarbeit sieht in Japan in voller Blüte. Ganz junge Mädchen, die durch Agenten aus den verschiedensten entlegenen Gegenden zusammengeführt werden, findet man in den Fabriken eingepfercht! In einer Bandfabrik, nicht weit von Tokio, z. B. arbeiten solche Mädchen im Alter von 12—15 Jahren. Nach einem Vertrage, der zwischen den Mädchen und dem Fabrikanten besteht, sind die bedauernswerten Kinder verpflichtet, für 4 Pfennig (104 Frank) bis zum 18. Jahre in derselben Fabrik zu schweben. Kechnliche „Gitten“ bestanden vor 20—30 Jahren auch in Deutschland. In den großen Industriestädten am Niederrhein, in Spinnereien und Webereien, fand man einen großen Prozentsatz junger Mädchen, welche von ihrer Heimat, meist Dörfern aus einiger Entfernung, fortzogen, um ihr Heil in der Fabrik zu suchen, ja, Kinder wurden von ihren Eltern direkt an die Unternehmer verkauft. Hier wie dort sind die jungen Arbeiterinnen sich selbst überlassen, kein Wunder, daß viele von ihnen körperlich und geistig verkommen. Wie in Japan diese Mädchen untergebracht werden, darüber ist nichts bekannt. In Deutschland wohnten sie in Schlaf-

stellen, bei anderen Fabrikarbeitern, in kleine enge Wohnungen zusammengepfercht, oft mit männlichen Personen in einem Raum. Oft kampierten junge Leute beiderlei Geschlechts einfach in den Fabrikräumen. Wie es dabei mit der Sittlichkeit und der Abneigung in den Fabriken gefährdeten Gesundheit befaßt war, kann man sich leicht vorstellen. Die Arbeitslöhne sind in Japan ganz miserabel, doch ist der Unterschied zwischen männlicher und weiblicher Bezahlung kein so großer wie in Deutschland. In einer japanischen Baumwollspinnerei erhalten beispielsweise männliche Arbeiter pro Tag nach unserem Gelde ungefähr 1,20 M., Arbeiterinnen werden mit 90 Pf. entlohnt. Man muß nun die ganzen dortigen Verhältnisse in Betracht ziehen, vor allem darf man die ungeheure Verdürftigung der japanischen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht vergessen, um die Möglichkeit einer so geringen Entlohnung sich vorstellen zu können. Die Schaulustigen einer jungen Industrie zeigen in Japan sich in trauerlicher Form. In Hiogo arbeiten in einer Säbholzfabrik Frauen mit kleinen Kindern auf dem Rücken gebunden. Die Rot treibt die Armen hinein in die Fabriken, und da sie die Kleinen bei sich am besten aufgehoben glauben und auch nicht genügend verdienen, um sie bei fremden Leuten unterzubringen, viele Mütter vielleicht auch noch nähren, so sind sie gezwungen, die armen Geschöpfe in die verpestete Fabrikluft hinein zu bringen. Ist es nicht geradezu schauerhaft, junge Menschenkinder in derartig schädlichen Arbeitsräumen wie Säbholzwerkstätten unterzubringen? Kein Wunder, daß die Kinder bald an Phosphorvergiftung sterben. Ist da nicht der Staat verpflichtet, im Interesse einer gesunden Nachkommenschaft derartige Zustände zu beseitigen? Aber trotz der 15jährigen internationalen staatlichen Arbeiterkulturfaktion ist noch nicht einmal das Verbot der Verwendung von Phosphor ab 1911 gefordert. Eine Reihe Staaten haben das bezügliche Schlußprotokoll noch nicht unterzeichnet. Die herrschenden Klassen aller Länder sind sich gleich in dem Willen, die Arbeiterkraft so wenig wie möglich Konzessionen zu machen. Wenn etwas zum Wohle der arbeitenden Klassen geschieht, so müssen diese selbst sich das Wenige erringen.

Die Arbeiter in Japan wohnen in kleinen Häusern, die gewöhnlich so hergerichtet sind, daß dem Unweilner nicht gerade unbehaglich der Eintritt ermöglicht ist. Möbel findet man in den Wohnungen überhaupt nicht. Aus Reisstroh hergestellte Lager dienen als Bett. Bei solchen Verhältnissen kann man die niedrige Entlohnung begreifen. Auch in Ausbeutung der Kinder ist man hüben wie drüben gleich groß. In oben angeführten Baumwollspinnereien bringen es Kinder auf einen Tagesverdienst von 20 Pf. So zeigen in Japan sich die kapitalistischen Verbrechen in abschließlicher Form und Gestalt. Da aber der Sozialismus längst seine Aufklärungsarbeit begonnen, ist zu erwarten, daß ebenso schnell, wie Japan zu einem modernen Industriestaat sich entwickelt, dort auch eine moderne Arbeiterbewegung heranreift. Und das ist ein erfreuliches Moment: die jüngeren industriellen Staaten sind ein fruchtbarer Boden für unsere Ideen, als die alten Industrieländer.

Treptow - Baumschulenweg. Der hiesige Frauenbildungsverein hielt am Donnerstag, den 26. d. Mts., in Treptow im Lokale von Paulus eine Mitgliederversammlung ab, die sich eines sehr guten Besuches erfreute. Herr Adolf Stern behandelte in einem längeren Vortrage das Thema: „Gibt es ein Fortleben nach dem Tode?“ — Die trefflichen, weitgehenden Ausführungen des Vortragenden wurden von den anwesenden Frauen sehr beifällig aufgenommen. Eine längere Diskussion schloß sich dem höchstinteressanten Vortrage an.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 62-66 pr. 100 Pfund, IIa 62-62, IIIa 48-52, IVa 40-46, engl. Bullen 00-00, dan. Bullen 00-00, holl. Bullen 00-00, Kalbfleisch, Doppellager 105-120, Ia 80-90, IIa 60-78, IIIa 52-64, Hammelfleisch Ia 60-70, IIa 54-60, Schweinefleisch 58-64, Kaninchen 0,90-1,05, Hühner, alte, Stück 1,50-3,25, alle per Pfd. 0,00, junge, per Stück 0,80-1,10, Tauben, junge 0,45-0,60, alle 0,00, Enten, junge, per Stück 3,00-3,30, per Pfd. 0,00-0,00, Hamburger per Stück 2,75-3,75, Gänse, junge, per Pfd. 0,95-1,05, per Stück 4,00-6,70, Hechte 90-112, Schleie, 101-136, Bleie 55-58, maif 00-00, Aale, groß 95-105, mittel 111, klein 00-00, unsortiert 76-91, Stüben 45,00, Flunders, pomm. I. p. Schod 4-8, Kieler, Schlege Ia 4-7, do. mittel, per Riste 2-4, do. klein, per Riste 00-00, Säcklinge, Schmed, per Ball 0,00, norm. 0,00, holländ. 1,50 Kieler 1-3,00, Strahlhuder 3,50-4, Aale, groß, per Pfd. 1,10-1,30, mittel 0,80-0,90, klein 0,50-0,60, Sprotten, Kieler, 2 Ball 1-1,50, 3/4, per Stüte 0,00-0,00, Sardellen, 1902er, per Anker 70,00, 1904er 74,00, 1905er 70,00, Schottische Vordringlinge 1905 00-00, largo 40-44, full 36-38, mod. 33-35, deutsche 37-44, Deringe, neue Waizes, per 1/2, Tonnen 60-120, Kummern, Ia, 100 00-00, Krebse, per Schod, große 15-27, mittelgroße 13,50, kleine 4,50-5,00, unsortiert 5,50-9,00, Eier, Land, per Schod 00-00, kirchliche 3,00, Butter per 100 Pfund, Ia 115, IIa 110-114, IIIa 107-110, abfallende 105-108, Saure Gurken, Schod 3,50-4 M., Pfeffergurken 3,50-4 M., Kartoffeln per 100 Pfd. magen don. 2,10-2,35, rote Dabersche 2,00-2,20, runde weiße 1,80-2,00, Birngöhl, holl., per Schod 8,00-24,00, Weisgöhl, dan., per Schod 7,00-9,00, Raitgöhl, holl., per Schod 16,00-24,00, Grünköhl, per 100 Pfd. 00-00, Rüben, weiße 00-00, Zeltower 00-00, Kohlraben, per Schod 2,50-4,50, holl., 5-6.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstagswahlkreis. Unser langjähriges Mitglied, der Maurer Paul Muck ist nach langem, schweren Leiden verschieden und bereits gestern beilattet worden. Bevor ihn die tödliche Krankheit ergriff, war derselbe ein treues und tätiges Mitglied des Vereins und der Partei, an welcher er mit ganzer Seele hing. Ehre seinem Andenken! Der Vorstand.

Todes-Anzeige. Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Zimmerer Albert Meyer (am 1. d. Mts.) am Sonntag, den 5. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, von der Halle des neuen Luisen-Kirchhofes aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner Heinrich Krug gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Nordufer Kirchhofes, Mariendorfer Weg aus statt. Regte Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung. 118/8

Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Glaser. Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser treuer Mitkämpfer, der Bauglaser Hermann Geske mitten auf seiner Tätigkeit für die Organisation durch den Tod (Herzschlag) und entfallen wurde. Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, vom Leichenhaus aus nach dem Elisabeth-Kirchhof in der Brinjen-Allee statt. Die daran teilnehmenden Kollegen wollen sich pünktlich um 4 Uhr am Portal des Schauhause in der Hamoderstraße einfinden. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Dr. Vorstand. 78/6

Neu eröffnet! Schönholz Kastanienwäldchen. Konzert-Saal und Garten. 2 Minuten von der Bahnstation Schönholz, 3 Minuten von der Endstation der elektrischen Straßenbahn. Zu den bevorstehenden Sommerfesten empfehle ich den geehrten Vereinen und Gesellschaften meinen vollständig neu renovierten Parkett-Saal mit Theaterbühne, 340 qm groß, sowie großen schattigen Garten, 1500 Personen fassend, mit zwei verdeckten Regeldächern zur gef. Benutzung. Jeden Sonntag: Großer Ball bei stark beleucht. Orchester. Große Kaffeetische. 10822* Hermann Ramlow.

Nur Qualität! Jeder veredelte Raucher spreche mit dem H. Preuß. Zigarettenfabrik „Spree-Blume“ Berlin N. 28, Schweinendammstr. 66 I. Telefon: Amt III. 6949. (gesetzlich geschützt) Nur qualitativ! Zigaretten

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf. Todes-Anzeige. Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner Heinrich Krug (Mitt. 16, Bez. O.) verschieden ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 292/12 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg. Den Genossen hiermit zur Nachricht, daß am 2. Mai unser Mitglied, der Zimmerer Albert Meyer verschieden ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. Mai, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des neuen Luisen-Kirchhofes, am Fürstendamm-Weg aus statt. Treffpunkt um 5 Uhr bei Müller, Köpenickerstr. 3. — Um rege Beteiligung ersucht. 250/11 Der Vorstand. Billige Rohtabake. Max Jacoby, Strolitzerstr. 52.

Dankfagung. Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres teuren Feindgenossen sagen wir allen Beteiligten, besonders dem Gesangsverein „Vorwärts“ unseren herzlichsten Dank. 1619b Ww. Eugenie Gehauer nebst Sohn und Mutter. Kellertes Erzahlungs-Geschäft für Kein Laden. Brennabor. Räder. Günstigste Bedingungen. Berlin 50., Louis Garth, Brückenstr. 10a pt.

Charlottenburg. Anfertigung feiner Herren-Garderoben. Maß Gr. Stofflager in engl. u. deutsch. Stoffen nur erstklass. Fabrikate. Garantie guter Sitz. Solide Preise. Karl Ehring, Schneidermeister, 752L* Leibnizstr. 75, parterre, nahe der Kantstraße. Englischen, französischen, deutschen Unterricht 15066* G. Swienty, Schöneberg, Gehanstraße 57 III.

Dr. Schünemann. Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonn. 10-12 Uhr.

Jedes Jenensia-Rad ein Meisterwerk deutscher Technik. Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie! Sozial-Räder M. 65.-, Sozial-Luxus-, Freilauf, M. 100.-, Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten. 23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe Die beste der Welt Erhältlich in jeder besseren Millioneren im Gebrauch Engros-Vertrieb: Romani Talbot, Berlin 8.

Accumulatoren- und Electricitätswerke-Aktiengesellschaft

vorm. W. A. Bossé & Co.

9. ordentliche Generalversammlung.

Wir beehren uns hiermit, unsere Aktionäre zu der Montag, den 28. Mai cr., vormittags 10 Uhr, im Sitzungssaal der Gesellschaft hier, Köpenickerstr. 154, stattfindenden 9. ordentlichen Generalversammlung ergebenst einzuladen.

Gegenstände der Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichts des Vorstandes nebst Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz pro 1905 sowie des Prüfungsberichts des Aufsichtsrates.
2. Beschlußfassung über die Bilanz und Gewinnverteilung.
3. Erteilung der Entlastung an Aufsichtsrat und Vorstand.
4. Neuwahl des Aufsichtsrates.

Die Aktionäre, welche in der Generalversammlung das Stimmrecht ausüben wollen, haben ihre Aktien ohne Dividendenbogen spätestens am sechsten Tage vor dem Versammlungstage in Berlin bei der Kasse der Gesellschaft oder bei einer der nachbenannten Stellen:

- in Berlin bei der Dresdner Bank,
- in Berlin bei den Herren F. W. Krause & Co., Bankgeschäft,
- in Berlin bei der Kommerz- und Diskontobank,
- in Frankfurt a. M. bei der Dresdner Bank,
- in Frankfurt a. M. bei der Pfälzischen Bank,
- in Frankfurt a. M. bei der Bank für industrielle Unternehmungen,
- in Frankfurt a. M. bei dem Bankhause Bass & Herz,
- in Stettin bei dem Bankhause Wm. Schlutow,
- in Hamburg bei der Kommerz- und Diskontobank zu hinterlegen.

Es genügt auch die Hinterlegung bei einem deutschen Notar und der Nachweis dieser Hinterlegung bei einer der Hinterlegungsstellen innerhalb der angegebenen Frist.

Die Zulassung zur Generalversammlung erfolgt nur gegen Eintrittskarten, welche von obigen Stellen auf Grund der bei diesen oder beim Notar erfolgten Hinterlegung verabfolgt werden.

Berlin, den 2. Mai 1906.

Direktion

der Accumulatoren- und Electricitäts-Werke-Aktiengesellschaft
vorm. W. A. Bossé & Co.
1061L E. Hartzfeld. K. Kunze.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfehlung!

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,

auch für korpulente Herren passend.

Dieselben sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen, 5552* Fahrgeld wird vergütet. * Bitte auf Hausnummer zu achten.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, den 6. Mai.

1. Abteilung früh 7 Uhr nach Breeden. Nachmittags 1 Uhr nach Bernau. Start Döllowstr. 59.
2. Abteilung früh 5 Uhr Streifzüge durch den Diamental. Nachmittags 1 1/2 Uhr nach Friedrichshagen (Graumet). Start Urban- und Tempelherrenstrassen-Gde.
3. Abteilung früh 5 1/2 Uhr Streifzüge durch den Diamental. Nachmittags 1 Uhr nach Döberitz (Gemeinschaftshaus). Start Mariannenpark.
4. Abteilung früh 7 Uhr nach Breeden. Nachmittags 1 1/2 Uhr nach Buch. Start Döllowstr. 59.
5. Abteilung früh 8 Uhr nach Breeden. Nachmittags 1 Uhr nach Bernau. Start Döllowstr. 59.
6. Abteilung früh 7 Uhr nach Breeden. Nachmittags 1 Uhr nach Bernau. Start Döllowstr. 59.
7. Abteilung früh 8 Uhr nach Breeden. Start Köpplerstr. 10.
8. Abteilung früh 7 Uhr nach Breeden. Nachmittags 1 Uhr nach Döberitz (Graumet). Start Döllowstr. 59.
9. Abteilung nachmittags 1 1/2 Uhr nach Friedrichshagen. Start Schillingstr. 22.

Herrenfragen, rein Lein. 4f. beste Qualität. D. M. 3 u. 3.50. Manschetten, prima. 4fach 1/2 D. M. 2.00 und 2.50. Servietten, größte Auswahl Stück von 35 Pf. an. Krawatten, Handtücher, Socken, Strümpfe etc. Detailverkauf zu Engros-Preisen. Ernst Marcuse 23. Münzstraße 23.

Von der Reise zurück. Zahnkünstlerin. Gertrud Rewald. Prinzenstr. 68. 120/11



Victoria
Vornehm! Praktisch!
Eleganter
Reise- u. Strapazier-Anzug
tadellos sitzend
15 Mark
in den neuesten hell und dunkel gemusterten Dessins vorrätig
Mode-Haus
Hermann Vandsburger
Friedrichstr. 7 | Turmstr. 80a
nahe Ecke der Wilhelmshavenstraße.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Ausflüglern

empfehlen wir folgende Spezial-Karten der Umgebung Berlins.

Bernau-Biesenthal, Lante-Neuph- und Wandlitz-See 1 M.
Sudow u. Umgebung mit angehängtem Führer 75 Pf.
Eberswalde und Umgebung 75 Pf. und 1 M.
Gehner und Umgebung 75 Pf.
Friedrichshagen, Köpenick, Grünau, Schmöckwitz 75 Pf.
Oranienburg und westliche Vororte, 2., 3., 5. u. 8-fachig, 25, 50, 75 Pf. und 1 M.
Königs-Wusterhausen und Umgebung 5-fachig 1,50 M.
Westliche Vororte, Spandau, Tegel u. a. 1 M.
Kotsdam und Umgebung 75 Pf.
Kotsdam und Becher 1 M.
Hädelshorfer Seeberge, Umgebung von Wollersdorf u. Ucker 75 Pf.
Spreewald mit prächtigem Touristenführer 75 Pf.
Strausberg u. der Diamental 1 M.
Tegel und Umgebung 75 Pf.

Ferner empfehlen wir:
Wandervogel für die Mark Brandenburg, 3 Bände, zusammen 6,00 M.
I. Teil: Nähere Umgebung Berlins, umfasst die Gegend von Kotsdam, Spandau, Oranienburg, Königs-Wusterhausen 1,50 M.
II. Teil: Westliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Brandenburg a. H., Stendal, Tangermünde, Neu-Ruppin, Neu-Strelitz 2,00 M.
III. Teil: Ostliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Eberswalde, Frankfurt a. D., Schwedt, Küstrin, Mübben, Spreewald, Muskau 2,50 M.

Diese Wandervogel bieten prachtvolle Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein zuverlässiger Führer und Berater. 234/3*

Expedition des Vorwärts

BERLIN SW. 68
Lindenstraße 69 (Laden).

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenband Große Frankfurterstraße 9, parterre. 14

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grün, Gadescher Markt 4, Bahndorf Str. 263/2

Herrenfahrerb., Damenfahrerb., wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 35 b. 14278*

Möbel, Gelegenheitskäufe, neue und gebrauchte billig Linienstr. 247 L.

Schürvenne Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00. Herrenhosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Nägelsstraße 63, 1 Treppe.

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 23, Stalitzerstraße 40. 15098*

Gardinen - Versandhaus Verkaufsstelle für Gardinen, Stores, Bettdecken, Kissen, Tischdecken. Auch enorm billig. 15118*

Teppiche mit Farbenbleich Bodenbeläge Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Frack von 2,50 an, sowie für korpulente Herren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen! Kauf man am vorteilhaftesten bei Kap. Nikolaistraße 14. 16005*

Kleiderverleiher. Landens, Dreifüßiger, Fahrradrep. u. Fahrradzubeh. Fahrräder, neue und gebrauchte, sportbillig, auch Teilzahlung. Rämmerstr. Große Frankfurterstraße 14. 121*

Abreißerpumpen, 8,00 bis 100,00, alle 5,00, Sauger, Gartenpumpen, Schlauchen. Erdbohrer umsonst. Gumpenwoll, Köpplerstraße 81. 1115*

Grundstück in Köpenick, an gepflanzter Straße, Wasser und Gas, umhändelbar zu verkaufen. Zu erkragen bei Fromm, Berlin, Grandenzerstraße 10. 121

Kanarienvogel 8,00, Jungweibchen Köpenickerstraße 98, III.

Ringschiffchen 25,00, Garantie, gutgehend, Lindenstraße 47, II.

Sportbillig. Teppiche, Betten, Möbel, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Kronenlampen, Spiegel, Bilder, Remontiermaschinen, Uhrwerke, Regulator, Anzüge, Leder, Ormierzug 113. Teilzahlungen gestattet. 1622/75*

Wäschekleber 40,00, Schafseife 35,00, Vanilleseife 50,00, Salonparfüm 70,00, Säulenkränze 32,00, Pfeifenputzer 14,00, Harmonika 3,00, Taschenmesser jeden Preis, Landensbergerstraße 42, II. 16215

Entgehendes Kolonial-Lohn-Gewinngeschäft kaufmännischer billig zu verkaufen. Charlottenburg, Friedbergstraße 27.

Wohnungen.

Wohnung zu vermieten Stube, Küche, Isolat oder zum 1. Juni. Köpplerstraße 19, I. 16285

Zimmer. Separates möbliertes Zimmer für einen oder auch 2 zu vermieten. Köpplerstr. Köpplerstraße 20. 1750

Schlafstellen. Schlafstelle für Herrn. Köpplerstr. 14/15. 121*

Schlafstelle Köpplerstraße 35, vorn III.

Schlafstelle für Herrn. Köpplerstraße 124, Hof II rechts. 1604*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. Blüder Tischler bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Gläser, Mühlstraße 27. 14656

Stellenangebote. Automobilfahrer! Nedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Bedrängte Kostenlos. Günstigste Erfolge. Automobiltechnikum, Berlin, Spandauerstraße 11/12. 207/2*

Fräser und Schnitzer auf Verlangen verlangt Großstadt, Köpplerstraße 134. 16045*

Steinholzbodenleger, versetzt, verlangen Berliner Steinholzmeyer, Tempelhofer-Ufer 22. 16165

Kleiderbügelmacher verlangt Schmidt, Andreestraße 21. 15500

Reiniger verlangt Isolat C. Heise, Köpplerstr. 11, Köpplerstraße 62. 16265

Behring für Bäckerei Isolat gesucht bei Köppler, Galente, Köpplerstraße 135. 16285

Verarbeiter und Verarbeiter auf Bronzeblech verlangt Dehnbach 4.

Burschen unter 16 Jahren verlangt Leonard, Köpplerstraße 31.

Chemische Arbeiter gesucht Altmeyer, Köpplerstr. 11, Köpplerstraße 4. 1139

Tüchtigen Arbeiter auf Operationsmodell sucht G. Berle, Berlin, Köpplerstraße 18. 774

Suche drei tüchtige Schriftbauer, nach Tarif wird bezahlt. Friedrichshagen, Köpplerstr. 11, Köpplerstraße 95. 292/4

Reinigungsfrauen finden lohnende und dauernde Beschäftigung. Wohnungen Köpplerstraße 22. Touren Köpplerstraße und Reubenburgerstraße.

Mütterinnen auf bunte Oberhemden in und außer dem Hause verlangt J. Schneider, Köpplerstr. 88, rechter Ausgang 4 Köppler. 10542*

Wirtschafterin sucht Köppler, Köpplerstraße 45. Köpplerstr. 7. 1144

Näherinnen auf Passendern verlangen mit Probe Gebr. Gottschalk, Köpplerstraße 66. 16115

Wohnungen.

Wohnung zu vermieten Stube, Küche, Isolat oder zum 1. Juni. Köpplerstraße 19, I. 16285

Zimmer. Separates möbliertes Zimmer für einen oder auch 2 zu vermieten. Köpplerstr. Köpplerstraße 20. 1750

Schlafstellen. Schlafstelle für Herrn. Köpplerstr. 14/15. 121*

Schlafstelle Köpplerstraße 35, vorn III.

Schlafstelle für Herrn. Köpplerstraße 124, Hof II rechts. 1604*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. Blüder Tischler bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Gläser, Mühlstraße 27. 14656

Stellenangebote. Automobilfahrer! Nedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Bedrängte Kostenlos. Günstigste Erfolge. Automobiltechnikum, Berlin, Spandauerstraße 11/12. 207/2*

Fräser und Schnitzer auf Verlangen verlangt Großstadt, Köpplerstraße 134. 16045*

Steinholzbodenleger, versetzt, verlangen Berliner Steinholzmeyer, Tempelhofer-Ufer 22. 16165

Kleiderbügelmacher verlangt Schmidt, Andreestraße 21. 15500

Reiniger verlangt Isolat C. Heise, Köpplerstr. 11, Köpplerstraße 62. 16265

Behring für Bäckerei Isolat gesucht bei Köppler, Galente, Köpplerstraße 135. 16285

Verarbeiter und Verarbeiter auf Bronzeblech verlangt Dehnbach 4.

Burschen unter 16 Jahren verlangt Leonard, Köpplerstraße 31.

Chemische Arbeiter gesucht Altmeyer, Köpplerstr. 11, Köpplerstraße 4. 1139

Tüchtigen Arbeiter auf Operationsmodell sucht G. Berle, Berlin, Köpplerstraße 18. 774

Suche drei tüchtige Schriftbauer, nach Tarif wird bezahlt. Friedrichshagen, Köpplerstr. 11, Köpplerstraße 95. 292/4

Reinigungsfrauen finden lohnende und dauernde Beschäftigung. Wohnungen Köpplerstraße 22. Touren Köpplerstraße und Reubenburgerstraße.

Mütterinnen auf bunte Oberhemden in und außer dem Hause verlangt J. Schneider, Köpplerstr. 88, rechter Ausgang 4 Köppler. 10542*

Wirtschafterin sucht Köppler, Köpplerstraße 45. Köpplerstr. 7. 1144

Näherinnen auf Passendern verlangen mit Probe Gebr. Gottschalk, Köpplerstraße 66. 16115

Wohnungen.

Wohnung zu vermieten Stube, Küche, Isolat oder zum 1. Juni. Köpplerstraße 19, I. 16285

Zimmer. Separates möbliertes Zimmer für einen oder auch 2 zu vermieten. Köpplerstr. Köpplerstraße 20. 1750

Schlafstellen. Schlafstelle für Herrn. Köpplerstr. 14/15. 121*

Schlafstelle Köpplerstraße 35, vorn III.

Schlafstelle für Herrn. Köpplerstraße 124, Hof II rechts. 1604*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. Blüder Tischler bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Gläser, Mühlstraße 27. 14656

Stellenangebote. Automobilfahrer! Nedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Bedrängte Kostenlos. Günstigste Erfolge. Automobiltechnikum, Berlin, Spandauerstraße 11/12. 207/2*

Fräser und Schnitzer auf Verlangen verlangt Großstadt, Köpplerstraße 134. 16045*

Steinholzbodenleger, versetzt, verlangen Berliner Steinholzmeyer, Tempelhofer-Ufer 22. 16165

Kleiderbügelmacher verlangt Schmidt, Andreestraße 21. 15500

Reiniger verlangt Isolat C. Heise, Köpplerstr. 11, Köpplerstraße 62. 16265

Behring für Bäckerei Isolat gesucht bei Köppler, Galente, Köpplerstraße 135. 16285

Verarbeiter und Verarbeiter auf Bronzeblech verlangt Dehnbach 4.

Burschen unter 16 Jahren verlangt Leonard, Köpplerstraße 31.

Chemische Arbeiter gesucht Altmeyer, Köpplerstr. 11, Köpplerstraße 4. 1139

Tüchtigen Arbeiter auf Operationsmodell sucht G. Berle, Berlin, Köpplerstraße 18. 774

Suche drei tüchtige Schriftbauer, nach Tarif wird bezahlt. Friedrichshagen, Köpplerstr. 11, Köpplerstraße 95. 292/4

Reinigungsfrauen finden lohnende und dauernde Beschäftigung. Wohnungen Köpplerstraße 22. Touren Köpplerstraße und Reubenburgerstraße.

Mütterinnen auf bunte Oberhemden in und außer dem Hause verlangt J. Schneider, Köpplerstr. 88, rechter Ausgang 4 Köppler. 10542*

Wirtschafterin sucht Köppler, Köpplerstraße 45. Köpplerstr. 7. 1144

Näherinnen auf Passendern verlangen mit Probe Gebr. Gottschalk, Köpplerstraße 66. 16115

Rohrer

verlangen F. W. Schrewe & Co. SW., Luckenwalderstr. 2. 16125

Geübte Tischler

Kontor-Möbel gesucht. 15895
A. Heinemann & Co., Köpplerstr. 55.

Achtung, Wagenfabriken!

In den Wagenfabriken von Lange u. Wöhe und Leuschner, Endepl. 6, Gebr. Wiese, Pantom, Gottschalk, Rotormaschinenfabrik in Reinickendorf, befinden sich die sämtlichen Arbeiter im Streik.

In der Wagenfabrik von Lange u. Wöhe, Frankfurt a. M., sind sämtliche Arbeiter anlässlich der Reise ausgesperrt.

Wir ermahnen die Kollegen aller Branchen nach den obigen Vertrieben keine Arbeit anzunehmen. 178/9

Die Agitationskommission.

Vereinigung der Maler, Lackierer.

Filiale Berlin.

Hierdurch den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen in der Metall-Industrie, Wagenfabrik Lange & Gutzeit sowie 125/1* wegen der Feier des 1. Mai gemüßigt sind.

Die Kollegen werden ersucht, in diesen Fabriken keine Arbeit anzunehmen, bis die allen Leute eingestellt sind.

Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Buchhändlerverband

(Zahlstelle Berlin).

Folgende Firmen haben wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai das Personal ausgesperrt:

Wäbben & Co. Sperrling. Lüderitz & Bauer. Bleistein. Reiff. Rickmann. Thomas. C. F. Walter. Schneider & Ziegler. Fritsche-Baumbach. Schubert. Ludwigs. Nauersch. Wenk. Pinkert & Co. Schoß. Mettschke.

Der Arbeitsruhe am 1. Mai sind folgende Firmen gemüßigt:

Janzig III. Fernhaber! 23/20* Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zentrale Charlottenburg.

In der Bauhilfskammer von Altdorf (früher Sommer) sind sämtliche Verbandskollegen wegen Feier des 1. Mai gemüßigt worden.

Die organisierten Kollegen werden ersucht, in diesem Betriebe keine Arbeit anzunehmen. 85/3*

Die Ortsverwaltung.

Stukkateure!

Infolge Tarifvertragsbruches haben unsere Kollegen bei der Firma Oskar Thiele, Friedenau, am Güterbahnhof die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb sowohl wie die nachfolgenden Baustellen sind daher 173/14*

für Stukkateure gesperrt!

1. Reubau Fr. Schell, Köpplerstr. 10. 2. Reubau Fr. Schell, Köpplerstr. 33. 3. Reubau P. Arnold, O., Köpplerstr. 14. 4. Reubau H. Dorsch, Friedenau, Köpplerstr. 14. 5. Reubau F. Rango & Co., Friedenau, Köpplerstr. 14. 6. Reubau M. Rosenkranz, Köpplerstr. 14. 7. Reubau M. Stöckel, Köpplerstr. 14. 8. Reubau M. Stöckel, Köpplerstr. 14.

Filiale Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure Deutschlands.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streik und Lohn Differenzen sind gesperrt:

für Tischler, Polierer und Maschinisten Franz Schulz, Frankfurter Allee 28.

Gebr. Neukirch, Langestr. 10. Siegfried, Köpplerstr. 10. Kuhnert in Marienfelde. Meyer, Heldechen & Co., Köpplerstr. 10.

für Drechsler, Tischler, Stellmacher, Polierer, Wägenarbeiter und Bildhauer

Treppenschleiferfabrik Joseph Drechsler, Köpplerstr. 33. Nähmaschinenfabrik Frister & Rossmann, Köpplerstr. 85/1

für Stellmacher 85/1

famil. Stellmacherwerkstätten Wagenfabriken und die Drehschleiferfabrik Plan, Köpplerstr. 10. Rotormaschinenfabrik Gottschalk, in Reinickendorf.

für Polierer

Leinke, Köpplerstr. 10. Zugzug in streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes.